

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagshefte „Wolk und Reiz“ mit „Erdkunde und Kleinarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Reklameweile 4. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festbedruckte Wort 20 Pfennig (schließen zwei festbedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnement Seite 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SO 6, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Telefon: Redaktion: Köhler 292-295 Verlag: Köhler 2506-2507 Auf der Reichs-Telegraphen-Verwaltung: Wilhelm 5744

Mittwoch, den 6. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Vertriebsstelle: Berlin SO 6, Lindenstraße 3, Telefon: Köhler 2506-2507 Auf der Reichs-Telegraphen-Verwaltung: Wilhelm 5744

Der Landbund bereichert sich.

Die vom Landbund betrogene Reichsgetreidestelle.

Im Haushaltsauschuss des Reichstages sind sehr eigenartige Gesichtspunkte des Landbundes zur Sprache gekommen, die eine größere Beachtung verdienen, als ihnen bisher zuteil wurde.

Die Reichsgetreidestelle soll fort!

Die Reichsgetreidestelle hatte im vorigen Jahre größere Mengen von Getreide aufgekauft, um mit diesen Vorräten zu geeigneter Zeit an den Markt zu kommen. Der Zweck des Vorhabens war, daß eine übermäßige Preissteigerung verhindert werden sollte für den Fall, daß etwa bei ungünstiger Ernte eine Preissteigerung auf dem Auslandsmarkt eintreten würde und auch auf Deutschland zurückwirkte. Diese Vorfrage war durchaus angebracht; denn im Herbst vorigen Jahres gingen die Getreidepreise ganz plötzlich stark in die Höhe und überschritten in Deutschland kurze Zeit den Weltmarktpreis. Die Reichsgetreidestelle konnte nun die deutschen Getreidepreise etwas unter Weltmarkthöhe halten, indem sie von ihren Vorräten verkaufte und so die Preise drückte. Diese Wirkung war für unsere Großgrundbesitzer nicht angenehm; sie erhoben vereint mit dem Getreidehandel die heftigsten Angriffe gegen die Reichsgetreidestelle und forderten, daß dieser letzte Rest der Zwangswirtschaft beseitigt werden müsse. Die Reichsgetreidestelle hat gegenwärtig noch 140 000 Tonnen Getreide auf Lager, um für ähnliche Fälle gerüstet zu sein. Aber der Handel und der Großgrundbesitzer wollen freie Hand haben, um die Konjunktur voll auszunutzen und will sich die Preisbewegung nach oben nicht durch staatliche Eingriffe unterbinden lassen. So gelang es diesen Interessentengruppen, auch im Haushaltsauschuss die Forderung durchzusetzen, daß die Reichsgetreidestelle nur noch bis zum Ende des nächsten Etatsjahres bestehen bleibt. Die Herren haben also Freiheit für ihre Preisstreiberi.

Der Landbund bereichert sich.

Das ist die eine Seite der Frage; die andere war die, wie verhöflicht sich die Reichsgetreidestelle ihre großen Bestände? Sie behauptete leider den Verkauf von Getreide nicht selbst, sondern beauftragte damit u. a. den sog. Landbundkonzerne, der zum Reichslandbund in enger Verbindung stand. Die Aufträge waren sehr erheblich, sie gingen in die Millionen Mark. Der Landbund-

konzerne, der unter Leitung des Herrn v. Ragner, einer berühmtesten deutschnationalen Größe in Kattbus, stand, erhielt zuletzt einen Kredit von einer Million Mark mit dem Auftrag, Getreide einzukaufen. Nun ist im Haushaltsauschuss festgestellt, daß nur für 289 322 Mark Getreide geliefert wurde, und der Rest des Kredites in Höhe von 710 678 Mark vom Landbundkonzerne nicht einzutreiben ist.

Man fragt sich, wie ist ein solcher Betrug möglich? Wie war es möglich, daß ein Kredit in Anspruch genommen werden konnte, der weit über die tatsächlichen Lieferungen hinausging? Kein Geschäftsmann würde eine Vereinbarung treffen, die dem Agenten die Möglichkeit gibt, weit über die Lieferung Kredite in Anspruch zu nehmen. — Weiter: Ist hier nicht eine

Verquickung von Politik und Geschäft

zu verzeichnen, gegen die sich die Deutschnationalen mit so großem Eifer wenden, die sie aber selbst, wie der vorliegende Fall zeigt, in der ungenügendsten Weise betreiben? Bei der engen Verbindung, die zwischen Landbundkonzerne und Reichslandbund bestand, fragt man: Wo ist die unterschlagene Summe geblieben, um die die Reichsgetreidestelle betrogen wurde? Daß hinter dem Geschäft auch der Landbund steckt, ergibt sich aus der Mitteilung der Regierung im Reichshaushaltsauschuss, daß der Landbund die Hälfte der Restsumme deckte. Der Rest wurde dann von der Reichsgetreidestelle gestrichen. Es ist wohl anzunehmen, daß der Landbund bei anderen Geschäften mit der Reichsgetreidestelle sozial verdient hat, daß er seinen ungetreuen Getreidestellern hilfreich unter die Arme griff.

Wie hieß doch die Parole bei der Reichspräsidentenwahl: Man wolle eintreten für die Verwirklichung von Reinheit, Recht, Gerechtigkeit und Ordnung! Es wird schwer sein, den vorliegenden Fall unter diese Parole zu bringen. Und was würde die deutschnationalen Presse für Entrüstungsstöße anschlagen, wenn es sich bei diesem Betrugsmanöver um eine Organisation handelte, die auch nur im entferntesten Zusammenhang mit der Sozialdemokratischen Partei stände. Indeß: Lug und Betrug gehört zu den unlegendarsten festen Grundtugenden der Deutschnationalen.

Technik und Sozialismus.

Die Einweihung des Deutschen Museums.

Das Deutsche Museum in München wird heute feierlich eingeweiht. Ein großzügiges Werk, das die Entwicklung der angewandten Naturwissenschaften, den Triumph des Menschengenies über Materie und Naturkräfte in geschichtlicher Aufeinanderfolge darstellt. Ein Hymnus auf menschliche Arbeit und Fortschritt. Dies Museum ist nicht nur totes Anschauungsmaterial, und nicht nur Lehrmittel. Es zwingt zum Nachdenken über die Verflochtenheit von Technik und gesellschaftlicher Entwicklung, zum Nachdenken über menschliche Zielsetzungen und den Sinn des Fortschritts. Es stärkt den Glauben an den Menschen. Es erhebt.

Die Reichsregierung nimmt an der feierlichen Einweihung des Deutschen Museums teil. Sie ist von Berlin nach München geflogen — in weniger als vier Stunden. Mit unseren schnellsten Jüngen erreichen wir in vier Stunden von Berlin aus Weimar oder Hannover, kaum Hamburg und Schneidemühl. In kaum vier Stunden fliegt man über ein mehrfaches des Weges von Berlin nach München. In dieser Verkürzung der Wege kommt der Sieg der Technik über Raum und Zeit am sinnfälligsten zum Ausdruck. Die moderne Verkehrstechnik führt die Bevölkerung dichter zusammen. Sie verkleinert die Erde. Aus der unendlichen, unübersehbaren, grenzenlosen Fläche, die die Länder des Mittelmeeres für die Alten bedeuteten, ist das Bild des modernen Menschen von der Erde geworden — ein übersichtliches, bekanntes, vertrautes — und beherrschbares Ganze. Ein englischer Minister vermag mit dem Flugzeug in wenigen Tagen die wichtigsten Gebiete des englischen Weltreichs zu überfliegen und zu übersehen. Das große deutsche Sechzig-Millionen-Volk wählt an einem Tage seinen Präsidenten und kann mit Hilfe der modernen Verkehrsmittel in sieben Stunden das Ergebnis der Abstimmung von 30 Millionen Stimmberechtigten feststellen und in ebensowenig Stunden dem ganzen Volk und der ganzen Welt mitteilen.

Hier sind die Grundlagen und die Voraussetzungen der modernen gesellschaftlichen Organisation. Die Demokratie ist unmöglich ohne die moderne Verkehrstechnik. Erst die Verkürzung der Wege, die Verkürzung der Zeiten ermöglicht die Öffentlichkeit des ganzen staatlichen Lebens in volkreichen und weiträumigen Gebieten. Unter der Herrschaft der modernen Verkehrstechnik aber ist auf die Dauer auch keine andere gesellschaftliche Organisation als die demokratische denkbar. Die Gesellschaft wird so unerhörlich dicht, daß nur das demokratische Prinzip der Gleichberechtigung ein Zusammenleben und Zusammenhandeln der Menschen ermöglicht, ohne daß die Dichte der Gesellschaft zu anarchischem Kampfe über gegen alle führt.

Das gilt nicht nur für das innere staatliche Leben der Völker — es gilt ebenso für das Leben der Völker untereinander. Die Technik, die die Völker einander näher rückt, wird das gegenseitige Verständnis der Völker fördern. Das Verständnis, das zu Toleranz, zu Verständigung und Weltfrieden führt.

Die moderne Technik — nicht nur die Verkehrstechnik — ist die Grundlage unserer Wirtschaft, unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die Technik ist geboren aus der Not des Menschen im Kampfe mit den Naturgewalten und um Lebenspielraum. Sie ist das Ergebnis menschlichen Kampfes und menschlicher Denkarbeit. Sie zeigt Wege aus der Not. Aus materieller Not und aus gesellschaftlicher Not. Ohne Entwicklung der Technik ist gesellschaftlicher Fortschritt unmöglich. Zunehmende Beherrschung der Naturkräfte im Dienste des Menschen ist der Sinn des technischen Fortschritts. Technik bedeutet, die elementaren Kräfte in geschicklichen Ablauf zu vorbestimmtem Ziele zwingen. Es bedeutet die Unterwerfung des Ungeordneten, Elementaren unter ein rationales Prinzip, die Befreiung vom Unberechenbaren, vom Zufall.

Von der materiellen Technik führt eine gerade Linie zur Gesellschaftstechnik. Wir müssen lernen, die Elementarkräfte im gesellschaftlichen Leben ebenso zu erkennen und zu lenken, wie wir materielle Naturkräfte erkennen, ordnen, lenken. Wir müssen über die sinnvolle Ordnung der Naturkräfte und ihres Zusammenspiels eine nicht minder sinnvolle Ordnung des Zusammenspiels der gesellschaftlichen Kräfte aufbauen. Wir müssen das Vernunftprinzip im Gesellschaftsleben zur Geltung bringen.

Es ist kein Zufall, daß aus den Reihen der großen Techniker fruchtbare und wertvolle Gedanken über die vernünftige und zweckmäßige Organisation des menschlichen Zusammenlebens, Zusammenwirkens und Zusammenlebens gekommen sind. Das Ziel der materiellen Technik und der Gesellschaftstechnik ist das gleiche: Wege aus menschlicher Not zu zeigen zum Wohle aller Menschen.

Die Verwirklichung sozialistischer Ideale ist ohne Bekämpfung und Fortentwicklung der Technik undenkbar. Für den Sozialisten ist es die große Aufgabe, die Technik von den Fesseln zu befreien, die ihr im heutigen Gesellschaftssystem angelegt sind. Heute ist ihre Fortentwicklung nicht abhängig

Coolidge mit Houghton einverstanden.

New York, 5. Mai. (Durch Funkpruch. WTB.) „Associated Press“ meldet aus Washington: Obgleich Vorkäufer Houghton in seiner Rede bei dem Pilgrims-Bankett lediglich auf eigene Verantwortung gesprochen habe, hoffe Präsident Coolidge dennoch, daß die Auffassung des Vorkäufers über die Stellungnahme Amerikas gegenüber Europa den Staatsmännern und Völkern Europas von Nutzen sein werde. Coolidge sei der Ansicht, daß die wirtschaftliche Lage Europas sich bessere. Die Rückkehr Englands zum Goldstandard und die wahrscheinlich gleiche Maßnahme Hollands würden als günstige Anzeichen ausgelegt. Der Präsident betrachte diese günstige Aussicht als wesentlich bei der Erwägung von Anleihen amerikanischer Bankiers an europäische Industrien oder Regierungen. Coolidge sei sich indessen darüber klar, daß die amerikanischen Finanzleute die Lage jedes einzelnen Landes in bezug auf seine Wirtschaftspolitik beachten und Klugheit walten lassen müßten, wenn sie darüber entscheiden, wo ihre Hilfe in praktischer Weise angebracht sei.

Der Schlusssatz ist dunkel. Er kann auch bedeuten: Ländern, die draußensitzen, keinen Dollar!

Finanzminister J. W. Thorsson gestorben.

Stockholm, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Inger erst vor kurzem als Nachfolger Brantings zum Parteivorstandenden gewählte Genosse Finanzminister Thorsson ist heute gestorben.

Fredrik Wilhelm Thorsson hatte einen recht dramatischen Lebenslauf. Geboren 1885, hatte er das Unglück, seine Eltern sehr frühzeitig zu verlieren und wurde den Elternräten in Obhut gegeben. Als Knabe kam er zu einem Schuhmacher in die Lehre. Sein Wandertrieb führte ihn weit herum; in Kopenhagen wurde er für die sozialdemokratische Bewegung gewonnen. 1888 lehrte er nach Schweden zurück und alsbald trat er als eifriger Agitator für die sozialistische Sache hervor. Thorsson war einer der ersten sozialdemokratischen Abgeordneten im schwedischen Reichstag. In der Kammer machte er sich frühzeitig durch seine Rednergabe und Schlagfertigkeit bemerkbar. Trotzdem er in Parlamentsdebatten scharfe Reuerungen nicht verschmähte, genoss er doch bei den Gegnern Achtung und Ansehen. Für Finanzfragen zeigte er eine ungewöhnliche Begabung und infolgedessen wurde er auch Mitglied der Finanzkommission. 1914 wählte ihn der Reichstag zum Mitglied der Reichshandelsdirektion. Als 1917 Branting die damalige Regierung als Finanzminister verließ, erhielt Thorsson diesen wichtigen Posten. Bei der Bildung des Brantingschen Ministerrats 1920 war Thorsson der gegebene Mann für den Finanzministerposten. Daß dieses Amt bei ihm in guten Händen war, zeigt der Stand der Finanzen Schwedens, der nicht zum geringsten ein Verdienst Thorssons ist. In der Partei genoss er das größte Ansehen und die schwedische Arbeiterchaft trauert einmütig um den verehrten Vorkämpfer, der ihr so bald nach Branting entziffen wurde.

Stichwahlparolen in Frankreich.

Die Sozialisten für Poincaré.

Paris, 5. Mai. (WTB.) Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei hat beschlossen, bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Gemeinde-Stichwahlen überall da ihre Kandidatur zurückzuziehen, wo dies notwendig ist, um den Sieg des Kandidaten der Linken zu sichern.

Ein sichter Augenblick der KPF.

Paris, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Partei Frankreichs scheint aus den Fehlern der deutschen Kommunisten etwas gelernt zu haben. Ein Aufruf ihres Zentralkomitees begründet den Mißerfolg bei den Gemeindevahlen u. a. damit, daß die Gegner durch den Hinweis auf die Wahlliste der deutschen Kommunisten für Hindenburg den Kommunismus in den Augen der Arbeiterklasse in Mißkredit bringen könnten. Für die Stichwahl hat die Partei, gemittelt durch das Mandat der deutschen Kommunisten und seine Rückwirkung, die Parole ausgegeben, daß der Kampf in erster Linie der faschistischen Reaktion gelten müsse. Der Zentralrat fordert in seinen Richtlinien die örtlichen Verbände auf, ihre Kandidaten überall da, wo diese weniger Stimmen erhalten haben als die Liste des Kartells, zurückzuziehen, sie dagegen ausreicht zu halten, wo sie mehr Stimmen als das Kartell auf sich vereinigen konnten. In den Wahlfreien, wo die Sozialisten mit einer eigenen Liste in der Stichwahl stehen, soll der Sozialistischen Partei die Aufstellung einer gemeinsamen Liste vorgeschlagen werden, auf der Kandidaten beider Parteien im Verhältnis der im ersten Wahlgang erhaltenen Stimmen stehen sollen. Die Wirkung dieser auf den ersten Blick überraschend vernünftig erscheinenden Beschlüsse wird allerdings stark eingeschränkt durch die gleichzeitig ausgegebene Parole, daß die Partei unter allen Umständen an Stichwahlfreizug teilzunehmen habe und auch da, wo sie die eigenen Kandidaturen zurückziehe, den Kampf gegen die „sozialistische Illusion“ fortsetzen müsse!

Trozkis Rückkehr.

Panik der Oberbolschewiki?

Moskau, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Infolge des Beschlusses des Rates der Volksbeauftragten, Trozki die Rückkehr nach Moskau zu gestatten, haben Sinowjew, Bucharin und Frunze mit den Rücktritt gedroht. Es wird sogar behauptet, daß die drei Genannten aus der kommunistischen Partei austreten wollten, weil die Rückkehr Trozkis von ihnen als der offizielle Beginn einer reformistischen Ära angesehen wird.

Im Reichstagsauschuss für die besetzten Gebiete wurde am Dienstag ein Antrag angenommen, wonach die Reichsregierung Mittel bereitstellen soll zu Ersatzbauten für beschlagnahmte Schulen und andere öffentliche Gebäude sowie für Lagerräume, Getreidevorräte usw. Ein weiterer Beschluß verlangt die Bewilligung von 17 Millionen Mark für die noch ausstehenden 1700 Wohnneubauten im besetzten Gebiet.

und bestimmt von allgemeiner menschlicher Not und von allgemeiner Zielsetzung zum Nutzen des Ganzen. Vielfach und fast unauslöschbar verflochten ist ihre Entwicklung mit der unregelmäßigen und anarchischen Bewegung der kapitalistischen Wirtschaftsliebhaber. Gegenkräfte, die aus dem Wesen des kapitalistischen Systems geboren sind, stemmen sich ihrer sinnvollen Fortentwicklung, ihrer Ruhmbarmachung im Dienste der Gesamtheit in den Weg. Es sind nicht nur wirtschaftliche Gegenkräfte, die sie hemmen und ablenken, nicht nur die Gesetze des Marktes in der kapitalistischen Gesellschaft. Unverstand, mangelnder Sinn für das Gemeinwesen, alte Herrschaftsinstitute, innerhalb der Völker und zwischen den Völkern verhindern die technische Ausnutzung von Erkenntnissen, die die Wissenschaft, die Mutter der Technik, längst gesammelt hat.

Trotzdem zeigt die Entwicklung der Technik eine große Linie, die vorwärts und aufwärts führt. Diese Linie stellen die Sammlungen des Deutschen Museums in München dar. Sie zeigen mit dem technischen Fortschritt auch den gesellschaftlichen Fortschritt. Mit zwingender Gewalt führen sie zu der Frage: wozu das alles, wenn es uns nicht gelingt, diese Erzeugnisse dem Interesse der ganzen Menschheit dienstbar zu machen, wenn es nicht gelingt, die Beherrschung der Naturkräfte zu verbinden und sie dienstbar zu machen den großen, auf das Wohl der ganzen Menschheit gerichteten Ideen, der großen Idee der Gerechtigkeit unter den Menschen?

Wir wissen viel von den Kräften der Natur. Was wissen wir von den Kräften der Gesellschaft?

Wir verstehen nach vernünftigen Prinzipien das Zusammenspiel von Elementar Kräften im Dienste der Produktion zu regeln und zu lenken. Warum regeln und lenken wir nicht das Zusammenspiel der wirtschaftlichen Kräfte nach vernünftigen Prinzipien zum Wohle der Gesamtheit?

Die Beherrschung der Technik ist für den modernen Menschen selbstverständlich. Wann wird die Beherrschung des Sozialismus für alle modernen Menschen selbstverständlich?

München, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag begannen die offiziellen Feierlichkeiten zur Eröffnung des Deutschen Museums. Der Auftakt war ein Festzug, veranstaltet von der Münchener Bevölkerung zu Ehren Oskar von Millers, dem damit an seinem 70. Geburtstag äußerlich der Dank für seine Energie abgestattet wurde, mit der er seit 22 Jahren an der Vollendung des Deutschen Museums rastlos gearbeitet hat. Der Festzug bestand aus allegorischen Darstellungen der im Deutschen Museum veranschaulichten Werte der Technik und Naturwissenschaften und schloß mit dem Aufmarsch der Münchener Gewerbebetriebe in ihren alten historischen Trachten. Ganz München war seit den Mittagstunden auf den Beinen, da die Geschäfte und Betriebe geschlossen hatten. Außerdem brachten mehrere Sonderzüge eine Masse Menschen aus dem ganzen Lande nach der Hauptstadt, so daß das Gemischel in den Festzugstraßen einen für München außergewöhnlichen Umfang annahm.

Nachmittags um 1/2 3 Uhr war der Reichskanzler, der Reichsverkehrsminister, der Reichstagspräsident Böbe und mehrere Staatssekretäre als Vertreter des Reiches in zwei Junkers-Großflugzeugen von Berlin in München eingetroffen. Auf dem Landungsplatz Oberwiesenfeld wurden sie von Prof. Junkers und den beiden Bürgermeistern der Stadt München begrüßt.

Von der bayerischen Regierung hatte sich zu dieser inoffiziellen Begrüßung niemand eingefunden, da sämtliche Mitglieder der Regierung bei dem Gründungsakt der Deutschen Akademie in der Universität anwesend waren. Diese Deutsche Akademie soll bekanntlich das große, unabhängige Zentralinstitut werden, in dem alle geistigen und wirtschaftlichen Mächte der gesamten deutschen Geisteskultur zusammenwirken sollen. Alle kulturellen Lebensäußerungen des Deutschen sollen durch diese Akademie gepflegt und die nichtamtlichen kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Ausland und der Auslandsdeutschen zur Heimat im Dienste des deutschen Nationalbewußtseins liebevoll zusammengefaßt und gefördert werden. Zur Mitarbeit sollen alle Kräfte der gesamten deutschen Kulturwelt gewonnen werden, wie es in den Satzungen heißt.

Mit Kindern in die Weite.

Von Adolf Dau.

Adt Uhr abends, Anhalter Bahnhof. Menschen drängen zum Fahrkartenschalter, eilen auf den Bahnsteig, hasten von Rupee zu Rupee, um ein Plätzchen zu erwischen. Menschen im Reisefieber, Reise-Großwahn an die Stier geheset. Zwischen ihnen durch quirlt stöckend, bangend und doch wieder freudiger Erwartung voll, vorwärtsdrängend eine kleine Schar Wanderer; ärmlich, aber lauber gekleidet, ein Paketchen in der Hand: kleine Weltreisende.

Mancher bleibt verwundert stehen, schaut fragend: Wohin, wohin? Aus den Augen der Keinen Erdenbürger leuchtet ferne Erlebnissehnung, und von bleichen Kinderlippen formt es sich leise: Nach der Schweiz ins Kinderheim. Einigen Wenigen der Kernstern des Berliner Ostens ist es vergönnt, eine achtwöchige Erholungstour in den Schweizer Bergen zu machen. Freude leuchtet auf und verglimmt fast wieder im Abschiedsschmerz. Eltern drängen vor dem abgeschlossenen Wagen, ein letzter Gruß und Wunsch, dann . . . Langsam und doch immer schneller werdend verläßt der lange Zug die Halle, fährt in die finstere Nacht hinein . . . Winkende Lächeln verschwimmen im Dunkel . . .

Während der tausenden Fahrt werden letzte Pakete verstaubt. Stille herrscht noch fast überall. Doch bald ringt sich fröhliche Kinder-natur wieder durch. Winteres Gepolde erfüllt noch ein Weichen der ratternden Zug. Erwartung des Kommenden bannt den Schlaf; nur allmählich senken sich seine Schatten hernieder . . .

Weitenweite Strecken sind durchmessert. Station um Station blies zurück. In Erfurt ein Erwachen in frühesten Morgenstunde. Ein guter Freund der Jugend winkt einen letzten Gruß, um heim-zufahren in die Großstadt-Heimat und neuen Freuden neue Bahnen zu bereiten. Und weiter braust das eiserne Ungetüm in das Dunkel hinein . . .

Nach Stunden unruhigen Schlafes blinzelt der Morgen durch die Fenster. Einige früh Erwachte haben staunend den breiten Mainstrom begrüßt. Frankfurt bietet einen Moment der Erholung und Ruhe, dann faust der Zug weiter den süßlichen Gefilden zu. Jetzt wird die Schar schnell nunter. Schaulustige Augen suchen oft das Herrliche da draußen weit zu erfassen. Kinderheile, in Berliner Hinterhäusern zum Dasein erweckt, auf dunklen Höfen und schmutzigen Straßen in Großstadt-Treibhauskultur zu kümmerlicher Entwicklung gelangt, loben sich an weiten Bergeshängen. Sperrart und Obenwald schanden noch zu schnell, kaum gesehen. Doch der Schwarzwald zur Linken, die Vogesen rechts in Fernen verschwimmend, prägen tiefe, unauslöschliche Eindrücke. Und zwischen den Höhen schäumt der viel bejagte Rhein. All dieses zu schauen, ward bisher kaum geahnt. Jetzt aber jubelt es in den Herzen, wenn auch der Regen die Landschaft in unfreundliches Grau kleidet.

Nach 17 stündiger Bahnfahrt naht das Ende. Basel, die alte Schweizer Bundesstadt, grüßt bald die kleine Schar. Lächelnd,

Es ist keine Frage, daß in dieser Akademie eine große Menge von Intelligenz und großzügiger Schaffensfreude versammelt sein wird. Doch wird man abwarten müssen, ob ihre führenden Männer tatsächlich das Ziel vom Zusammenwirken der gesamten deutschen Kulturkräfte verwirklichen wollen. Zu diesen Kulturkräften gehört naturgemäß mit in erster Linie auch der nationale Lebenswille der deutschen Arbeiterklasse. Wenn man die Liste der in den Senat berufenen hervorragenden Träger der deutschen Kulturwelt ansieht, so möchte man den Eindruck bekommen, daß auf dem bis jetzt eingeschlagenen Wege das hochgesteckte Ziel kaum erreicht werden wird.

Es mühte auch ausfallen, daß bei dem Eröffnungssatz die Reden der beiden Präsidenten dieser Deutschen Akademie es sich besonders angelegen sein ließen, gewisse Befürchtungen zu zerstreuen. Präsident Pfeilschütter, katholischer Theologieprofessor an der Universität München, erklärte, der Deutschen Akademie liege jede aggressive Tätigkeit fern und alle Befürchtungen, daß völkerverföhnende und völkerverbindende Friedensarbeit bedroht wäre, seien absolut unbegründet: Die Deutsche Akademie sei durchaus überparteilich. Auch Präsident Oden, der Münchener Historiker, wies darauf hin, daß sich die Deutsche Akademie niemals in den Dienst irgendwelcher Gewalten und Interessen stellen werde, auch nicht in den Dienst einer überhöhten nationalen Selbstliebe, die niemals eine gute Beraterin im Völkerverleben gewesen sei. Trotz dieser beruhigenden Erklärungen wird man gut daran tun, abzuwarten.

Von wirklichen Trägern des Gedankens der Völkerveröhnung liest man in der Liste der Senatoren vorläufig nur sehr wenige Namen, unter ihnen Thomas Mann, Gerhart Hauptmann, Professor Adolf Weber, Richard Strauß, Oberbürgermeister Adenauer (Köln); andererseits aber Namen wie Tirpitz, Cuno, Professor Röhre, Stegerwald und die Namen vieler deutscher Universitätsprofessoren, die zum Teil an der übernationalistischen Erziehung der deutschen Studentenschaft in den letzten Jahren viel Schuld haben. Stark vertreten sind auch Namen führender Großindustrieller, auch der Präsident des Reichslandbundes, Graf Rakareuth, ist unter den Senatoren.

Die eigentlichen Eröffnungsfestlichkeiten des Deutschen Museums finden am Donnerstag statt.

Begen die Oeser-Hecke.

Die Reichsbahn wehrt sich.

Die Reichsbahn und besonders ihr demokratischer Generaldirektor Oeser, der sich gegenwärtig zur Kur in Karlsbad aufhält, sind seit einiger Zeit Gegenstand ebenso heftiger wie systematischer Angriffe der Rechtspresse, die auch vor der gehässigsten persönlichen Verdächtigung nicht zurückschrecken. Jetzt hat nun der stellvertretende Generaldirektor, Staatssekretär a. D. Stielter, Vertretern der Presse einen Ueberblick über die Lage der Reichsbahn geben lassen, der sich gegen jene Verdächtigungen wendet und versichert, daß von einer Verdrängung Oesers überhaupt keine Rede sein könne, auch nicht, wie die reaktionäre Presse behauptet, durch die ausländischen Kommissare. Die Erhöhung der Personentaxen sei durch die letzte Wohnverhöhung notwendig geworden, die durch Schiedspruch für verbindlich erklärt wurde. Im übrigen konnte nachgewiesen werden, daß die finanzielle Lage der Reichsbahn längst nicht mehr so trostlos ist, wie es die heftigen Angriffe der Rechtsblätter darstellen.

Das Radioverbot im Rheinland.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgende kleine Anfrage eingebracht: Noch immer besteht das Radioverbot im besetzten Gebiet. Durch den Willen der Befehlsmächte ist der deutschen Bevölkerung am Rhein ein kultureller Fortschritt von hoher Bedeutung verweigert, der längst selbst von halb zivilisierten Völkern in wenig erschlossenen Erdteilen benutzt wird. Insbesondere die deutsche Presse in den besetzten Gebieten leidet unter dem schweren Nachteil des Verbots.

Freude ausstrahlend und verbreitend, hat die „Frau Professor“, die Schweizer Mutter der Berliner Rangen, alles zum Empfang vorbereitet. Nun kommt auch der Wagen zu seinem Recht . . . Am Nachmittag oder nehmen die kleinen Heime im Baseler Land und im Berner Oberland — Aidenbach und Burg — die Berliner Jungen und Mädchen auf, die sich doch allzubald der wohlverdienten Ruhe hinzugeben trachten.

Der Morgen aber bringt fröhliche Auferstehung. Klare Köpfe und helle Augen lassen die Umwelt noch einmal so schön erscheinen. Die freundlichen Häuser des Dorfes wirken anheimelnd. Grüne Matten und waldige Höhen werden Freude und Kraft bei Spiel, Tanz, Wandern und Klettern auslösen. Überallhin soll es gehen, und der glänzende Firm in weiter Ferne empfängt wühelnd den Morgengruß, den andachtsvolle Stille ablöst. Wie vieles gibt es hier zu schauen. Und neue Tage bringen neue Wunder; acht lange, lange Wochen . . .

Wieviel Zucker essen die Völker der Erde? Nach Ausweis einer soeben veröffentlichten Statistik über den Zuckerverbrauch der Hauptländer der Welt, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, stehen die Vereinigten Staaten an der Spitze des internationalen Zuckerverbrauchs. Während noch vor 100 Jahren auf den Kopf der Bevölkerung Amerikas nur ein halbes Kilo Zucker pro Jahr entfiel, betrug der seit damals ständig steigende Zuckerverbrauch im Jahre 1913 bereits 40 Kilo pro Kopf und ist im Jahre 1924 weiterhin, nämlich auf 50 Kilo, gestiegen. An zweiter Stelle stehen die Engländer mit einem Jahresverbrauch von 38 Kilo pro Kopf der Bevölkerung. Die Russen, die vor dem Krieg 12 Kilo verbrauchten, sind auf dem Weg der inzwischen notwendig gewordenen Einschränkungen heute auf einen Verbrauch von nur 2 Kilo zurückgekommen. Die Franzosen haben pro Kopf der Bevölkerung einen Verbrauch von 17 Kilo, wobei aber zu bemerken ist, daß diese Zahl erst in neuester Zeit erreicht wurde, während sich früher viele Jahre hindurch das Durchschnittsniveau auf 7 Kilo hielt. In Deutschland, Desterreich und Spanien ist der Zuckerverbrauch nach dem Krieg in ständiger Steigerung begriffen. Die ersten beiden Länder haben eine Steigerung von 22 Kilo im Jahre 1914 auf 27 Kilo im Jahre 1923 zu verzeichnen, Spanien eine solche von 6 1/2 auf 8 1/2 Kilo. Von den europäischen Ländern hat Italien mit einem Sach von 6 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung den kleinsten Verbrauch dieses wertvollen Fettbildners. Außerhalb Europas folgen Brasilien und Japan mit je 5 Kilo, während China mit 2 Kilo, neben Rußland, die unterste Stufe des Zuckerverbrauchs darstellt.

Keine Krisis in der Staatsoper mehr. Aus dem Kultusministerium wird uns mitgeteilt: In letzter Zeit haben die Zeitungen mehrfach Notizen über Krisen in der Staatsoper gebracht. Richtig ist an ihnen nur, daß die Balancierung des Etats der Staatsoper infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und gewisser Nachwirkungen der Inflationszeit erhebliche Schwierigkeiten bietet, die die beiden zuständigen Ministerien für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und für Finanzen zu eingehenden Verhandlungen nötigte. Im Zusammenhang mit der dabei auch zur Sprache gekommenen Frage einer größeren Berleibständigung der Oper am Königsplatz wurde

Deshalb fragen unsere Genossen die Reichsregierung, was sie bisher unternommen hat, um die Aufhebung des kulturfeindlichen Radioverbots zu erreichen, und worauf die Befehlsmächte ihr die rheinische Bevölkerung schädigendes und verletzendes Verbot stützen.

Was ist Hindenburg?

„Ein Geburtstagsgeschenk für den Kronprinzen“.

Es geht schon wieder los! Der älteste Sohn des letzten Kaisers ist heute 43 Jahre alt geworden. Die Rechtspreffe war schon gestern abend illuminiert. Wie sie die Wahl Hindenburgs aufsaßt, der am nächsten Dienstag seinen Eid auf die Republik schwören wird, zeigt die „Kreuz-Zeitung“ in Transparenzschrift:

Für den deutschen Kronprinzen ist das Geburtstagsgeschenk, das ihm das deutsche Volk durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten dargebracht hat, sicherlich von unschätzbarem Wert. Zeigt es doch, daß die Arbeit und Sorge seines Geschlechtes um das Vaterland nicht vergebens gewesen ist, zeigt es doch, daß noch immer der Geist Friedrichs des Großen für Deutschland mehr bedeutet als ein landfremdes System, in das wir wider unseren besseren Willen gezwängt worden sind.

So möge dem Kronprinzen auch beschieden sein, daß er die Auferstehung deutschen Geistes ganz erlebt. Es mögen seine eigenen deutschen Staats in Erfüllung gehen. Die Hoffnungen, die in ihm und in uns allen durch die Wahl Hindenburgs belebt wurden, sind tiefen groß. Die Kämpfe und Mühen, die wir noch zu bestehen haben werden, sind schwer. Aber wir haben die Zuversicht, daß sie durchgefochten werden, wenn der wiedererweckte national-staatliche Gedanke auf seinem Wege zur Macht siegreich fortschreitet.

Gerade heraus sagt es der „Reichsbote“:

Die Monarchie wird nicht von heute auf morgen kommen. Aber der Tag wird sein, das ist gewiß, wo es wieder einen König von Preußen geben muß, und es gilt dafür zu arbeiten, daß das evangelische Hohenzollernhaus dann das Reich zu neuer Blüte führt, wie es seit dem ersten Hohenzollernkurfürsten in stetigem Aufstiege geschah.

Unser Kronprinz soll das noch erleben, das wünschen wir ihm zu seinem Geburtstag.

Für solche Offenherzigkeiten können wir Republikaner nur dankbar sein. Als wir im Wahlkampf sagten, es ginge um Monarchie und Republik, erklärte die Hindenburg-Presse das für einen „Volksblod-Schwandel“. Die Republik, betuerte sie, sei nicht im mindesten in Gefahr, niemand denke daran, ihr ein Leid anzutun. Nachdem der Betrug gelungen ist, küßt man die Maske und proklamiert den Sturz der Republik als Ziel.

Geht es nach ihren „heißten Wünschen“, dann wird Hindenburg der Reichspräsident des Bürgerkriegs!

Volkswohlfahrt und Finanzministerium.

Kein Geld da für soziale Zwecke!

Im Haushaltsausschuß des Reichstags setzte sich am Dienstag bei der Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums Genosita Bohm-Schuch für die Bewilligung von fünf Millionen Mark zur Verbilligung der Milch für Bedürftige und zur Kindererpeisung ein. Der Vertreter des Zentrum schloß dem Antrag zwar an, wies aber doch darauf hin, daß vom Reich den Ländern 2,6 Millionen Mark für solche Zwecke zur Verfügung gestellt worden seien. Das war natürlich Veranlassung für das Reichsfinanzministerium, sofort zu betonen, daß es sich bei diesem Antrag um Wohlfahrtszwecke handele, was Sache der Länder sei; der Antrag müßte deshalb abgelehnt werden. Das geschah denn auch von der bürgerlichen Mehrheit, die sich nur zu einer Entschlebung aufschwang, das Reich möge auf die Länder einwirken, die diesen zur Verfügung gestellten Mittel für die Kindererpeisung und die Verbilligung der Milch zu verwenden.

auch die Möglichkeit einer Ergänzung in der Zeitung erörtert, von einer solchen aber im Einvernehmen mit dem Intendanten v. Schillings abgesehen.

Rückgabe der Parthenonfragmente an Griechenland? Unter dem Eindruck der Begeisterung, in der sich Griechenland an die Restitution des Parthenon in Athen macht, schlägt ein Mitarbeiter der „Times“ die Rückgabe der im britischen Museum aufbewahrten Brief-Friesstücke an Griechenland vor. England müßte sich mit Abgüssen begnügen, die, wenn sie in einem helleren Saal aufgestellt würden als die Originale, noch besser zur Geltung kämen als diese. Wenn sich das britische Museum an die Originale klammere, die in Athen schmerzlich vernichtet werden, gebe es ein Beispiel „niedriger Sammelwut“; das Zusammenstellen von Fragmenten, die aus einem Gesamtwert herausgerochen sind, gleiche dem Knurren eines Hundes über einen Knochen, den er benagt. Erhaltung und Wiederherstellung der Meisterwerke der Kunst müsse solidarisches Bemühen aller zivilisierten Nationen sein und nicht unter Erwägungen des formalen Eigentumsrechtes leiden.

Zwanzig Jahre Simplotunnel. Im Sommer 1906 wurde der heute noch längste Eisenbahntunnel der Erde, der Simplotunnel, eröffnet. Dieser Bau kostete samt dem später vollendeten Parallelstollen gegen 65 Millionen Mark, so daß jeder Meter des Tunnels (Länge 20 Kilometer) etwa 3250 Mark kostete. Der Tunnel verbindet die Westschweiz und das östliche Frankreich mit dem nördlichen Italien, er hat aber den beiden älteren Tunnels, Gotthard und Mont Cenis, keinen Abbruch an Verkehr gebracht. Die Tunnelmitte liegt 70 Meter über dem Meere und etwa 1200 Meter unter dem Bergmass. Die höchste im Tunnel angetroffene Temperatur betrug 42 Grad, Wasseradern hatten bis zu 50 Grad Wärme. Die Luft im Tunnel ist wegen des elektrischen Betriebes völlig rein, was seit einem Jahr auch für den Gotthard zutrifft.

Dreihundertzweitausend Autos in New York. Nach der neuesten Statistik hat sich in New York die Zahl der Autos seit dem vorigen Jahre um 20 Prozent vermehrt. Die Zahl beträgt zurzeit rund 272 000, das sind 45 000 mehr wie Ende 1924 und 80 000 Frachtautos gegen 35 000 im vergangenen Jahre. Die Gesamtzahl erreicht mithin 322 000; gewiß ein schöner Rekord! Die starke Vermehrung der Autos hatte zur Folge, daß die Fahrgeschwindigkeit auf 30 Kilometer beschränkt wurde, und daß es verboten ist, zu überholen. So kommt es, daß man jetzt für eine Fahrt im Auto vom Flugplatz in Long-Island bis New York durchweg zwei Stunden braucht, obwohl die Entfernung nur 30 Kilometer beträgt. Schwarzscher sind der Meinung, daß, wenn es so weiter geht, man in 10 Jahren in New York schneller zu Fuß zum Ziele kommen wird.

Das Sonderheft der Zeitschrift „Der Eigene“ (Herausgeber: Adolf Brand in Bildeinsagen bei Berlin), das als Spott- und Kampfsnummer unter dem Titel: „Die Leute“ erschienen ist, ist wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften und Bilder von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Beschlagnahmt werden in diesem Heft zwei Grotesken von St. G. Waideke.

Ein internationaler Architektur-Wettbewerb für Buenos Aires. Die argentinische Regierung schreibt einen internationalen Wettbewerb im Borenbau für eine Windenanstalt in Buenos Aires bis zum 31. Dezember d. J. aus. Als Preise werden 2000 bis 10 000 Goldpesos ausgesetzt.

Ein Deutschnationaler gegen Schutzzölle.

Die brüchige Front der Hochschutzzöllner.

Die Stellung der einzelnen Wirtschaftsgruppen zu der Zoll- und Handelspolitik ist je nach den Profitinteressen der ihnen angehörigen Unternehmungen eine durchaus verschiedene. Diese Beobachtung kann man auch bei jetzt schwebenden handelspolitischen Fragen machen. Die Deutschnationalen haben bekanntlich den „Schutz der nationalen Arbeit“ auf ihr wirtschaftspolitisches Programm geschrieben und sich damit zu Vertretern der Hochschutzzollinteressen gemacht, wie sie die Konservativen früher in dem bekannten Bündnis der Großagrarien und der Eisenindustrie schon seit 1879 verfolgten haben. Die Verteuerung der inländischen Rohstoffe muß aber heute mehr als je die Produktions- und Konkurrenzfähigkeit der Verarbeitungsindustrie beschränken. Es ist nun interessant, zu sehen, wie ein Deutschnationaler, der Reichstagsabgeordnete Hans Arthur v. Kemnitz, in der „Industrie- und Handelszeitung“ sich gegen die Einführung von Blechzöllen wendet. Er geht in seinem Aufsatz davon aus, daß die Arbeiter von Weiß- und Schwarzblech billige Rohstoffe bekommen müssen, daß die deutschen Firmen das benötigte Blech meist erst mit einer Lieferfrist von drei Monaten zur Verfügung stellen und daß diese mangelnde Belieferung es der verarbeitenden Industrie unmöglich macht, eine ansteigende Konjunktur auszunutzen. Kemnitz stellt dann fest, daß die deutsche Industrie Bleche zu billigeren Preisen an das Ausland verkauft, als sie ihren inländischen Abnehmern berechnet. Das ist nicht überraschend. Denn die deutsche Schwerindustrie hat seit jeher ihren Ehrgeiz darin gesehen, mit Hilfe der Schutzzollmauern und einer diktatorischen Kartellpolitik das Ausland billiger mit Rohstoffen zu versorgen als das Inland; sie hat auf diese Weise dem englischen Schiffbau und damit der holländischen Metallverarbeitung zum Schaden der deutschen Industrie auf die Beine geholfen.

Kemnitz stellt nun fest, daß die Blechverarbeitende Industrie bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr konkurrenzfähig ist und daß nur durch eine Herabsetzung oder Aufhebung der Blechzölle Abhilfe geschaffen werden kann. Denn erst dann wird es lohnend sein, Rohbleche auch vom Ausland heranzuschaffen und sie zu Fertigwaren zu „veredeln“, wobei der Lohn für diese Arbeit der deutschen Wirtschaft verbleibt. Er geht dann noch auf Spezialfragen der Blechverarbeitungsindustrie ein, die hier weniger interessieren.

Die Gründe aber, die Kemnitz gegen Blechzölle geltend macht, sind für Eisenzölle jeder Art nicht haltbar. Durch alle Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate werden die hochwertigen deutschen Fertigindustrien vor denen des Auslandes benachteiligt. Die Fertigindustrien aber sind es, die durch ihre wertvollen Fabrikate zum Ausgleich der Handelsbilanz viel stärker beitragen können als die Rohstoffindustrien, deren einseitige Begünstigung Deutschland zum Ruin des Weltmarktes machen und Laufende von Arbeitern der Fertigindustrien auf die Straße setzen würde. Das Schlagwort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ stellt sich also in Wirklichkeit als ein Schutz der nationalen Arbeitslosigkeit dar.

Man darf gespannt sein, wie die Zoll- und handelspolitischen Debatten im Reichstag verlaufen werden, nachdem die Front der Hochschutzzöllner bereits an der Behandlung des deutsch-französischen Handelsvertrags und in der Frage der Rohstoffzölle brüchig geworden ist.

Deutsche in der spanischen Fremdenlegion.

Die Reichsregierung muß eingreifen!

Nachdem die Kämpfe in Spanisch-Marokko schon seit einiger Zeit zum Stillstand gekommen sind, sind die Kämpfe plötzlich in der französischen Zone auf einer 400 Kilometer langen Front zum Angriff geschritten. Wie immer dürften die Eingeborenen einige Anfangserfolge erzielen, um sodann der technischen und zahlenmäßigen Übermacht der Franzosen zu unterliegen. Indessen kann damit gerechnet werden, daß die Kämpfe sich zunächst auch auf die spanische Zone ausdehnen. Diese Möglichkeit sollte die Reichsregierung veranlassen, sich mehr als bisher um das Schicksal der zahlreichen jungen Deutschen zu kümmern, die mehr oder minder zwangsweise in die spanische Fremdenlegion eingereiht wurden. Aus einer kürzlich in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichten Schilderung eines solchen deutschen Fremdenlegionärs namens Otto Haentjchel, dem es gelungen war, in das französische Okkupationsgebiet zu flüchten und von dort den Weg in die Heimat zurückzufinden, geht hervor, daß in der spanischen Fremdenlegion geradezu grauenhafte Zustände herrschen und daß binnen Jahresfrist von 1200 Deutschen bereits 800 teils getötet, teils infolge Epidemien gestorben waren.

Wenn es sich um Landsleute handeln würde, die freiwillig in den spanischen Militärdienst eingetreten wären, so könnten allerdings die deutschen Behörden nicht viel für sie tun. Der Gewährsmann der „Vossischen Zeitung“ behauptet aber, daß es bei ihm und bei den meisten anderen nicht der Fall gewesen sei. Vielmehr seien diese Deutschen durch das spanische Konsulat in Hamburg für Eisenbahnarbeiten gewonnen worden, ohne daß von Afrika oder gar von Militärdienst irgendwie die Rede gewesen sei. Die Wahrheit sei ihnen erst in Spanien, in der gegenüber Marokko liegenden Hafenstadt Agadir mitgeteilt worden und als sie sich zunächst geweigert hätten, weiter zu fahren, seien sie durch Drohungen und Kolbenstöße dazu gezwungen worden. Mit den gleichen Mitteln sei ihnen die Unterschrift unter die eigentlichen Fremdenlegionsverträge nach ihrer Ankunft in Ceuta erpreßt worden.

Treffen diese Angaben zu, dann bekommt in der Tat die Angelegenheit ein ganz anderes Gesicht, und das Auswärtige Amt hat die Pflicht, sich mit allen Mitteln für die Befreiung dieser regelrecht verstrickten jungen Deutschen einzusetzen. Dies um so mehr, als sie alle in höchster Lebensgefahr schweben.

Das Stararader Unglück.

Der Streit um die Ursache.

Eine Erklärung des polnischen Bahndirektionspräsidenten in Danzig bekräftigt aufs neue die polnischen Behauptungen, daß einzig und allein ein verbrochener Anschlag den Schnellzug Insterburg-Berlin am 1. Mai habe entgleisen und abstürzen lassen. Wie anderen Behauptungen über die Unfallursache werden als Erfindungen erklärt.

Demgegenüber behaupten die „Danziger Neuesten Nachrichten“, daß die Polen bei den ersten Aufräumungsarbeiten die Schwellen weit über die Unfallstelle hinaus entfernen mußten, da sie vollkommen morsch waren. Dadurch sollte die eigentliche Ursache des Unglücks verheimlicht werden.

Der polnische Eisenbahnminister hat sämtliche Präsidenten der Eisenbahndirektionen nach Warschau berufen, um mit ihnen die Revision des gesamten Streckenüberwachungsdienstes zu beraten. An der Konferenz nehmen auch die Sicherheitsbehörden teil.

Fort mit dem Steuerunrecht!

Reichstag und Steuervorlage.

Die erste Lesung der Steuervorlage hat die mühsamsten Wertes Klarheit über die Stellungnahme der Parteien zu den Vorlagen der Regierung noch nicht gebracht. Immerhin sind die allgemeinen Linien doch bereits sichtbar geworden.

Die einzige Partei, die die Vorlagen der Regierung ernsthaft bekämpft, ist die Sozialdemokratie. Sie sieht in ihnen die Verewigung der Wirtschaftskrise und des Steuerunrechts. Ihre Abänderungsvorschläge verlangen deshalb in erster Linie Abbau der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer, ferner Milderung der Steuerlast für die Kleinrentner, den Mittelstand und die freien Berufe. Aber auch als Oppositionspartei ist sich die Sozialdemokratie des Einflusses bewußt, der von der Steuergestaltung her auf die Währung ausgeübt wird. Nach wie vor nehmen deshalb alle ihre Steueranträge Rücksicht auf die Sicherung der Währungen. Dadurch unterscheidet sie sich von den Kommunisten, deren Anträge wollen fast alle Steuern einfach beseitigen, ohne ausreichenden Ersatz zu schaffen. Ein solches Verhalten, das einer neuen Währungskatastrophe entgegenstrebt, aber schädigt die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse und erschwert die Abwehr der Pläne des Rechtsblocks und der Rechtsparteien.

Grundsätzliche Billigung finden die Vorschläge der Regierung bei den Rechtsparteien. Jetzt bereits ist deutlich, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei in der jetzigen Steuerreform die langersehnte Möglichkeit zum radikalen Abbau der dem Großbesitz unangenehmen Steuerlasten erblicken. Alle darauf zielenden Pläne der Regierung werden von ihnen begeistert begrüßt. Die Versprechungen aus der Wahlzeit sind vergessen. Die Umsatzsteuer, die sie bisher bekämpft haben, suchen sie jetzt zu erhalten. Auch bei der Lohnsteuer soll die Ueberbesteuerung bleiben.

Aber die Rechtsparteien allein verfügen nicht über die Mehrheit im Reichstag. Bedenfalls dann nicht, wenn sie nicht auf die Unterstützung der Kommunisten rechnen können. Alle Bestrebungen der Regierung laufen deshalb darauf hinaus, die bürgerlichen Mittelparteien, Zentrum und Demokraten, zum Anschluß an die Rechtsparteien zu bewegen. Ein Urteil über die Aussichten dieser Bemühungen scheint verfrüht. Vergewagt man sich jedoch, daß innerhalb der Zentrumsgruppe einige der christlichen Arbeiterführer durch die gewerkschaftliche Bewegung eng an die Deutschnationalen gefesselt sind, so wird man die Gefahr, daß die Arbeiterinteressen und die Interessen des Mittelstandes den parteipolitischen Interessen geopfert werden, nicht unterschätzen dürfen. Auch in der demokratischen Partei sind Gegenseitigkeiten besonders in der Steuerfrage unverkennbar.

Die Verhandlungen des Steueraussschusses, denen die allergrößte Bedeutung zukommt, beginnen am heutigen Mittwoch. Von ihrem Verlauf wird für das Dasein von Millionen Menschen außerordentlich viel abhängen.

Vizepräsident Dr. Bell eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Die erste Lesung der Steuervorlagen wird fortgesetzt. Abg. Dr. Hugo (D. Vp.) hebt hervor, daß nach der Stabilisierung der Währung die Steuerreform das zweite Hauptmerkmal zur Neufundamentierung zur ganzen deutschen Wirtschaft sei. Die tatsächlichen Einnahmen für 1921 betragen 11 Milliarden, während für 1925 12 Milliarden vorgesehen sind. Das ist eine ungeheure Ueberspannung der Steuerkraft.

Den staatlichen Notwendigkeiten soll und muß ihr Recht werden, aber darüber hinaus darf man nicht gehen. Bedauerlicherweise hat man der Anregung einer besonderen Veranlagung der Einkommensteuer für 1924 keine Folge gegeben. Die Einkommensteuer als wichtigste aller Steuern muß die Grundlage des ganzen Steuerrechts bilden. Der Abg. Herz hat Unvergleichbares verglichen, wenn er die englische mit der deutschen Besteuerung vergleicht. Für das zentralisierte System in der Unbestimmtheit, wie es Dr. Herz empfahl, sind wir nicht zu haben. Das Ausgleichsgesetz kann erst verabschiedet werden, wenn in Preußen über die Lastenverteilung Klarheit geschaffen ist. Bezüglich der Besteuerung der kommunalen Betriebe müssen wir auf die Wiederherstellung der Regierungsvorlage bestehen. (Aha! und Widerspruch links.)

Die Konkurrenz dieser Institute gegenüber den privatwirtschaftlichen Unternehmungen darf nicht derart wie bisher begünstigt werden.

Die Umsatzsteuer ist ja sehr hoch, und sie ist unwirtschaftlich; aber zu einer Ermäßigung wird erst der Moment gegeben sein, wenn Klarheit über den Gesamtbedarf an Steuererträgen geschaffen ist. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Hölein (Komm.): Das Deutsche Reich ist nur noch eine Domäne des englisch-amerikanischen Kapitalismus. Mit der Zustimmung seiner zuverlässigen Hilfspolizei, der Sozialdemokratie, wird hier der Prozeß eingeleitet, auf unblutigem Wege 20 Millionen deutscher Arbeiter auszurotten, um Deutschland endgültig an die Sklavenkette zu legen.

Die kommunistische Partei läßt sich durch das Gerede von der Berechtigung der Steuerreform nicht täuschen. Das einzige Rettungsmittel ist die Enteignung der Produktion. Wir müssen

den Klassenkampf gegen das Kapital und gegen den Klassenstaat kämpfen. Die sogenannte Demokratie ist ein Rührerglaube der Sozialdemokraten. Auf dem Kampf der Arbeiter um die wirtschaftliche Freiheit! (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Fischer (Dem.) hält die Beweiskraft des Zahlenmaterials des Finanzministers nicht für stichhaltig. Nicht einverstanden, so fährt der Redner fort, sind mir vor allem mit der Verwendung der fast zwei Milliarden Reinerlöse. Am Etat von 1924 waren 100 Millionen für Zinsen und 210 Millionen für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge vorgesehen. Ueber den Verbleib dieser Mittel, die tatsächlich nicht in Anspruch genommen wurden, geben die bisher veröffentlichten Zusammenstellungen keine Auskunft. Eine

Nichtachtung des Budgetrechts des Reichstags

Ist es, wenn aus den laufenden Einnahmen die Gesamterfordernisse des außerordentlichen Haushalts gedeckt wurden. Der Redner weist darauf hin, daß der Finanzminister einen Teil des Ueberflusses für noch zu leistende Entschädigungen zurückgestellt habe und fragt, welche Beträge davon bereits gezahlt seien. Es sei zu befürchten, daß der Reichstag auch hier, wie bei den Rührentschädigungen, vor vollendete Tatsachen gestellt werden solle. Zu den nicht verwandten 310 Millionen kämen auch noch die Steuererlöse aus dem vorigen Jahre, die nach Schätzungen ungefähr 300 Millionen ausmachen sollen. Auch über die Verwendung dieser noch eingehenden Mittel habe der Minister noch nichts gesagt. Auch hinsichtlich der künftigen Einnahmen können wir dem Minister nicht folgen. Der Minister sieht das voraussichtliche Ergebnis der Besitz- und Verkehrssteuern mit 4999 Millionen an, tatsächlich sind aber 5283 Millionen zu erwarten. Bei den anderen Steuern ist es ähnlich. Der Gesamtsteuereingang beträgt mindestens 7178 Millionen gegenüber 6527 Millionen nach der Schätzung des Ministers.

Während der Minister durch Ueberspannung der Ausgaben und weitgehende Unterschätzung der Einnahmen trotz des Steuerdrucks ein Defizit von 248 Millionen errechnet, kommen wir zu dem Ergebnis, daß für 1925 ein Ueberfluß von 491 Millionen zur Verfügung stehen wird.

Zuzüglich des Ueberflusses und der Steuerrückstände von 1924 ergibt sich ein Mehr von 1130 Millionen. Wir können auf Grund der allgemeinen finanzwirtschaftlichen Lage nicht anerkennen, daß der Zwang zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Steuerdrucks und zur Erhöhung der Verbrauchssteuern besteht. Wir treten im Gegenteil für erhebliche Steuerermäßigungen ein. Wir können den Fiskalismus, der aus der Rede des Ministers spricht, nicht billigen. Wenn wir jetzt durch eine Steuerreform eine endgültige Regelung unseres Steuerwesens durchführen wollen, so muß diese Reform drei Forderungen erfüllen: Rückkehr zu normaler Steuerwirtschaft und klaren steuerlichen Rechtsverhältnissen, Anpassung der Steuerleistungen an die dauernde Steuerkraft der Wirtschaft und Sicherung der finanzwirtschaftlichen Durchführung der mit den Dames-Gesetzen übernommenen Verpflichtungen des Reichshaushalts. Die steuerliche Befähigung der privatwirtschaftlichen Grundlagen unseres Wirtschaftslebens müsse aus den Vorlagen heraus. Das unbegrenzte Zuschlagsrecht der Gemeinden sei eine Steuerwaffe in der Hand kapitalfeindlicher Kommunalverwaltungen, die zu völliger Konfiskation von Einkommen und Vermögen gebracht werden könne. Jede Steuerpolitik, die dem produktionswirtschaftlichen Gedanken den sozialpolitischen Ruhmgegenwert gegenwärtigen Geldbesitzes voranstellt, untergräbt die Möglichkeit stetiger sozialpolitischer Entwicklung und untergräbt die wirtschaftliche Position gerade derjenigen Kräfte, die sie zu vertreten und zu fördern beabsichtigt.

Die sofortige Verabschiedung weiterer Steuerermäßigungen sei erforderlich. Hierbei müsse auch die Lohnsteuer einbezogen werden. Der Redner fordert weiter einen durchgreifenden Abbau der Umsatzsteuer. Für Erhöhungen der Bier- und Tabaksteuer sei der Beweis der Notwendigkeit nach keiner Richtung gebracht. Für den Fall, daß eine Veranlagung für 1924 vom Reichstag nicht beschloßen werde, tritt der Redner für eine Vertagung der endgültigen Erhebung des Finanzausgleichs ein. Der Redner stellt der Regierung die Mitarbeit seiner Fraktion bei jeder Bemühung, eine Anpassung der Steuergesetze an die dauernde Leistungsfähigkeit der Wirtschaft herbeizuführen, zur Verfügung. Der Grundsatz der gerechten Lastenverteilung müsse dabei in jeder Beziehung gewahrt werden. Rücksichtslos werde aber jeder Versuch bekämpft werden, die Vorherrschaft des Fiskalismus über die wirtschaftlichen Lebensinteressen der Nation aufzurichten.

Abg. Dr. Hortalcher (Bayer. Vp.): An dem Lohnempfänger und am gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstand ist ein steuerlicher Raubbau getrieben worden. Die Angaben des Ministers über die Finanzlage des Reiches lassen die nötige Klarheit und Uebersichtlichkeit vermissen. Unser Antrag, der die Finanzhoheit der Länder wieder herzustellen will, ist keineswegs, wie der deutschnationale Redner behauptete, partikularistisch. Wir wollen den Ländern nur die Selbstständigkeit wiedergeben, die ihnen durch den Umsturz genommen wurde. Die unitaristische Auffassung, die die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hier vertreten, steht im Widerspruch zu den Erklärungen, die ihre Parteiführer früher abgegeben haben. Der Redner fordert schließlich den schleunigen Abbau der Umsatzsteuer.

Um 47 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 2 Uhr nachmittags, vertagt.

Hindenburg Reichspräsident.

Die amtliche Bestätigung.

Der Reichswahlaustrich hat Hindenburg als zum Reichspräsidenten gewählt erklärt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Kultusminister angeordnet, daß anlässlich der Amtübernahme des Reichspräsidenten am 12. Mai der Unterricht in sämtlichen Schulen ausfällt und dafür Schulfestern zu veranstalten sind, in denen die Schüler in geeigneter Weise auf die Bedeutung des Tages aufmerksam zu machen sind.

Zu der Anordnung des preussischen Kultusministeriums sind genauere Ausführungsbestimmungen um so notwendiger, als erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Schuldirektoren die Gedenktage der Republik zu monarchistischen Demonstrationen mißbraucht. Die Amtseinführung des Reichspräsidenten ist ein republikanischer Feiertag. Man hätte erwarten können, daß der Erlaß des Kultusministers das klar zum Ausdruck gebracht hätte. Da das nicht geschehen ist, werden sich ergänzende Anweisungen nicht umgehen lassen.

Vereidigung und Amtseinführung.

Für die Vereidigung und Amtseinführung des neugewählten Reichspräsidenten sind, wie amtlich gemeldet wird, nunmehr folgende Dispositionen getroffen:

Hindenburg wird in Begleitung seines Sohnes, des Majors in der Reichswehr v. Hindenburg, und dessen Gattin am 11. Mai, 5 Uhr 52 Minuten nachmittags mit dem fahrplanmäßigen Zuge im Salon-

wagen in Berlin auf Bahnhof Heerstraße eintreffen. Er wird am Bahnhof vom Reichskanzler, dem Reichswehrminister, dem Reichsminister des Innern, den Chefs der Heeres- und Marineleitung, den Staatssekretären in der Reichskanzlei und im Bureau des Reichspräsidenten, dem Kommandanten von Berlin, dem Oberbürgermeister, dem Polizeipräsidenten und dem Kommandeur der Schutzpolizei empfangen werden und im Kraftwagen über Reichskanzlerplatz, Bismarckstraße, Charlottenburger Chaussee, Brandenburger Tor nach der Wilhelmstraße fahren, wo er für diesen Tag im Hause des Reichskanzlers Wohnung nimmt. Am Abend gibt der Reichskanzler dem Reichspräsidenten zu Ehren ein Abendessen, an dem der bisherige Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, und die Reichsminister teilnehmen werden. Am Dienstag, den 12. Mai, 11 Uhr 45 Minuten vormittags, begibt sich der neugewählte Reichspräsident in Begleitung des Reichskanzlers zum Reichstag und wird dort vor versammeltem Reichstag und in Anwesenheit der Reichsregierung und der Vertreter der Landesregierungen den in Artikel 42 der Reichsverfassung vorgeschriebenen Eid leisten; nach der Eidesleistung wird er sich zur großen Freitreppe am Königsplatz begeben und dort die vom Wachregiment Berlin gestellte Ehrenkompagnie abschreiten; hernach fährt er, von einer Schwadron des Reiterregiments 4 geleitet, zum Hause des Reichspräsidenten, wo der Stellvertreter des Reichspräsidenten ihn empfängt und ihm die Geschäfte übergibt. Um 1 Uhr 15 Minuten empfängt der Reichspräsident in seinem Hause den Reichskanzler und die Reichsminister zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche. Im Anschluß daran findet zu Ehren des neuen Reichspräsidenten ein Frühstück statt, zu dem der Stellvertreter des Reichspräsidenten den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, die Mitglieder der Reichsregierung, den Präsidenten des Reichstags, die Chefs der Heeres- und der Marineleitung sowie die Staatssekretäre in der Reichskanzlei und im Bureau des Reichspräsidenten geladen hat.

Gewerkschaftsbewegung

Das Textilarbeiterhaus.

Auch der Deutsche Textilarbeiterverband hat sich jetzt für seine Hauptverwaltung ein eigenes Verwaltungsgebäude beschafft. Es liegt im Osten Berlins, Remeler Straße 8/D. Der Verwalter, die der Verbandsvorsitzende Hermann Jäckel bei dieser Gelegenheit im „Textilarbeiter“ anstellt, entnehmen wir:

Es war im Juni 1870, als in Crimmitschau in Sachsen der erste Zentralverband der Textilarbeiter Deutschlands unter dem Namen „Internationale Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft“ gegründet wurde. Rottler, Stolle, Bebel, Goldig, Bronnemeier standen an seiner Spitze. In dem industriell entwickelten Sachsen, in Göppingen, Augsburg, Berlin, Neumünster im Rheinland wirkten seine Filialen. Die Einrichtungen waren primitiv. In Bureaus war nicht zu denken.

Das Sozialistengesetz zwang zur Rückkehr zu der in England überwandenen Form lokaler Berufsvereine. Aber selbst in diesen Stürmen erhebt ein neuer Zentralverband in Gera unter dem Namen „Deutscher Manufakturarbeiterverein“. Emil Bettelein, Frey, Geinib, Uhlig u. a. waren seine Gründer. In den Abendstunden nach getaner zwölfstündiger Fabrikarbeit erledigte die Leitung die Verbandsgeschäfte. Keine finanzielle Entschädigung für geleistete Tag- und Nachtarbeit und kein Bureau kann bezahlt werden. Nach wenigen Jahren verschwindet auch diese Organisation. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes erhebt am 29. März 1891 ein Industriearbeiterverband der Textilarbeiter unter dem Namen „Verband aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“. Klein und unscheinbar sind seine Anfänge. Berlin wird der Sitz des Zentralvorstandes, und in der Greifswalder Straße 65, hinten im zweiten Hof, hoch oben im dritten Stock, haust mit Weib und Kind in sehr primitiver Wohnung der erste Vorsitzende des Gesamtverbandes, Paul Petersdorf. Die Stube, in der er wohnte und schlief, war seine Verbandswerkstatt. Am 7. November 1892 trat der noch heute amtierende Kollege Karl Hübsch den Posten als Verbandsvorsitzender an. Mit ihm amtiert der an den Strapazen des Crimmitschauer Streiks frühzeitig in Nordenjerrüttung zugrunde gegangene Georg Treue als Kassierer. Die Privatwohnungen der beiden Kollegen waren bis zum Jahre 1898 die Räume, in welchen die Geschäfte des wachsenden Verbandes erledigt wurden. Treue wird im Jahre 1894 fest angestellt. Karl Hübsch folgt als besoldeter Vorsitzender im Jahre 1898. In diesem Jahre war die Mitgliederzahl auf 25.569 gestiegen.

Ein erstes Bureau wird gemietet, bestehend aus einer Stube und einer finsternen Küche in Lichtenberg, Friedrich-Karl-Straße 34. Fünf Jahre wurde hier gewirkt, so gut es ging. 1903 beförderte man die Verbandsheftigkeit nach der Andreasstraße 61. Drei Zimmer und eine Küche wies die Bureauräume. Mit der Größe des Verbandes wuchs die Größe des Bureaus und am Ende des Jahres 1918 waren zwei volle Etagen, bestehend aus 18 Zimmern, für den Verband als Bureauräume in Benutzung. Die rapide Entwicklung 1919 nötigt den Umzug nach der Magazinstraße 6/7 auf.

Die 800 Quadratmeter hier wurden aber bald wieder zu eng. In der Zeit einer fürchterlichen wirtschaftlichen Krise vollzog der Textilarbeiterverband seine Konsolidierung. Seine Finanzen sind geordnet. Die Kontinuität seiner Verwaltung ist hergestellt und das durch Umfang und Bedeutung bedingte Verhältnis des einen Zweiges der Verwaltung zum anderen ist gegeben. Den Bruderorganisationen des Auslandes, welche in Stunden höchster Not helfend einprangen, sind die geliebten Beiträge zurückgegeben und die Führung und finanzielle Unterstützung mehrerer lange andauernder Streiks zeigte dem Unternehmertum, daß der Verband in der Lage ist, auch dieses scharfe letzte Mittel im Klassenkampf anzuwenden, wenn alle anderen nichts helfen. Bei alledem erstand ohne fremde Hilfe, nur aus eigenen Mitteln geschaffen, das eigene Heim, das neue Verwaltungsgebäude des Hauptvorstandes. So ist die Errichtung dieses eigenen Heimes in Verbindung mit den elf Verwaltungsgebäuden, welche für einige große Filialen in dieser Zeit geschaffen wurden, symptomatisch für die Gefebung und die zunehmende Kraftentfaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Das neue Verbandsheim besteht aus zwei Großstadthäusern mit je zwei Hintergebäuden und Seitenflügeln sowie zwei Fabrikgebäuden hinter dem zweiten Hof. Diese ganzen Gebäude wurden zu einem Haus vereinigt, die Fabrikgebäude zu Bureauräumen umgebaut. 35 Zimmer sind für 46 Personen vorhanden, außer den 67 Wohnungen. Zur Herstellung seiner Verbandsdruckfachen befindet sich im Erdgeschoß eine Hausdruckerei. Auch ein Sitzungssaal für 60 Personen ist eingerichtet und ein Konferenzzimmer für 14 Personen.

Die Verwaltung von 400.000 Verbandsmitgliedern ist keine Kleinigkeit. Doch hofft der Textilarbeiterverband noch auf weiteren Zuwachs, für den er sich im eigenen Heim aufnahmefähig gemacht hat.

Wie stehts in der Meierei Volle?

Die Firma will einen Lohnabbau und eine Verschlechterung des Mantellarifs. Der letzte Mantellarif und auch der Lohnarif sind seit dem 1. April abgelaufen. Die Arbeitnehmer haben 15 Proz. Lohnaufbesserung gefordert und Abänderungsanträge zum Mantellarif gestellt.

Der Schlichtungsausschuss hat am 25. April entschieden, daß der alte Tarifvertrag bis zum 30. September 1925 und das alte Lohnabkommen bis zum 31. Mai weiterbestehen soll. Die Firma Volle hat den Schiedspruch abgelehnt. Am 4. Mai nahm die Belegschaft der Meierei Volle zum Schiedspruch in einer stark besuchten Versammlung Stellung.

H. Barwig vom Deutschen Verkehrsband gab den Bericht der Verhandlungskommission. Redner erklärte, daß ihm der Schiedspruch nicht gefalle. In Betracht müsse jedoch gezogen werden, daß es sich um ein wichtiges Lebensmittelprodukt handle und der Berliner Bevölkerung Rechnung getragen werden müsse. Er empfahl die Annahme des Schiedspruches, und zwar deshalb, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß nicht die Arbeiter, sondern im Lager von Volle die Friedensstörer wären. Erst wenn alle Instanzen zur Beilegung des Streits gesprochen hätten, solle vom letzten Mittel Gebrauch gemacht werden. Die Versammelten nahmen darauf den Schiedspruch an, verlangten jedoch, daß die Verbände sofort die Verbindlichkeit beim

Schlichter von Groß-Berlin beantragen. Werde die Verbindlichkeit abgelehnt, soll der Streik beschloffen werden.

Die Versammelten kritisierten, daß die Verbände die Bewegung verschleppt hätten. Es seien nun bereits vier Wochen ins Land gegangen und die Bewegung sei noch nicht abgeschlossen. Barwig verwahrte sich gegen diesen Vorwurf. Am 8. April sei die Beschwerde an den Schlichtungsausschuss abgehandelt worden. Als eine Ladung vom Schlichtungsausschuss nicht eingetroffen sei, habe er, Barwig, beim Schlichtungsausschuss angefragt, warum noch keine Verhandlung anberaumt sei. Der Schlichtungsausschuss habe ihm mitgeteilt, daß die Verhandlung um eine Woche verschoben werden müsse, weil die Herren Assessor Wehrhahn und Direktor Hömann auf eine Woche verreist wären. Ohne diese Herren sei eine Verhandlung zwecklos. Aus der Mitte der Versammlung wurde bestritten, daß die beiden Herren in der fraglichen Woche nicht anwesend waren. Man will Herrn Assessor Wehrhahn im Betrieb gesehen haben. In einer Resolution protestierten die Versammelten entschieden gegen das Verhalten des unparteiischen Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, Herrn Gewerbetar Körner, wegen der Rücksichtnahme auf die Firma Meierei Volle, wodurch der Firma eine Verschleppung der Verhandlung ermöglicht worden sei, den Arbeitnehmern jedoch Nachteile entständen seien. Ein solches Verhalten führe dazu, jedes Vertrauen zum Schlichtungsausschuss zu erschüttern.

Die Berliner Gewerkschaftsmitglieder

haben es bequemer wie alle anderen zur Heimarbeit-Ausstellung zu kommen, da sie hier in Berlin, in den Landesausstellungshallen am Lehrter Bahnhof untergebracht ist. Alle, insbesondere die weiblichen Mitglieder

müssen die Heimarbeit-Ausstellung besuchen.

Sie ist von 10 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet, jedoch nur bis 15. Mai. Dazwischen liegt nur noch ein Sonntag, der möglichst auswärtigen Besuchern freizuhalten ist.

Das Eintrittsgeld ist nur ganz gering bemessen, viel billiger als zum Kino. Die Ausstellung aber ist anschaulicher und lehrreicher als irgend ein gewöhnlicher Film. Die Eintrittskarten sind bei den Gewerkschaften um 20 Pf., für Arbeitslose umsonst zu haben. An der Kasse sind 30 Pf. zu zahlen.

Achtung, Fabrikarbeiter!

In der Generalversammlung am Sonntag, den 3. Mai, haben als Kandidaten zum Verbandsstag Stimmen erhalten: Rücker (102), Poch (100), Thoms (105), Dänzger (102), Thimian (93), Heinrich (53), Schopper (21), Gloger (20), Breitkreuz (89), Warnede (70), Stade (22), Schmidt (14), Ganschow (29), Schwarz (14). Es stehen somit am Sonntag, den 10. Mai, folgende Kollegen zur engeren Wahl: Walter Thoms, Hermann Rücker, Max Dänzger, Karl Poch, Gustav Thimian, Wilhelm Becker, Otto Breitkreuz und Judith Warnede.

Zum Gewerkschaftskongress erhielt Wilhelm Reimann 99, Paul Stade 14 Stimmen. Eine engere Wahl findet nicht statt, da bis zum 7. Mai weitere Kandidaten aus anderen Zahlstellen nicht benannt wurden. Der Kollege Wilhelm Reimann gilt als gewählt. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Dreisverwaltung Groß-Berlin.

Die anderen Gewerkschaftsleiter

Aus Eisenbahntreffen wird uns geschrieben: Daß die Kommunisten und der „Freie Eisenbahner-Verband“ die freien Gewerkschaften noch immer zerstören wollen, ist bekannt. Sie haben nun neue Helfershelfer gefunden. Diesmal sind es die Scharfmacher im Unternehmerlager. Ein Heer von Doktoren, Syndikussen und väulischen Angestellten bringt in der Arbeitgeber-Zeitung offen und versteht zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften unbedingt zerstört werden müssen. Vorbedingung ist, daß die Unternehmer die Abschlüsse von Tarifverträgen ablehnen. Warum? In den Tarifverträgen liegt die Macht und Existenz der Gewerkschaften. Also, die Unternehmer erkennen in den Tarifverträgen ein Stück Kapitulation der Gewerkschaften und die Kommunisten sehen nur eine reformistische Schwäche in den Tarifverträgen, weil diese keinen „revolutionären Geist“ haben. Beide wollen, wenn auch mit ungleichen Mitteln, die Zerstörung der mühselig aufgebauten Gewerkschaften.

Doch die Scharfmacher kommen der Arbeitnehmerschaft entgegen. Man will die seit langen Jahren vergeblich geforderten „Bertragsgemeinschaften“ aufheben lassen. Die Arbeitnehmerschaft soll sich widerstandslos dem Willen der Unternehmer unterordnen. (Bei einem Tanzgen und Freibier wird die „Harmonie“ wiederhergestellt.) Die Art der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird vom Arbeitgeber diktiert.

Um aber die „Harmonie“ im Betrieb zu erhalten, wird zu dieser Regelung der Betriebsrat benötigt. Dieser soll nicht wie bisher, von der Belegschaft gewählt werden, sondern er wird vom Arbeitgeber ernannt. Der seine Plan hat die stürmische Zustimmung aller Scharfmacher im Unternehmerlager gefunden. Auf diese Weise glaubt man, die Gewerkschaften in den Betrieben ausschalten zu können, und dem Herr-im-Haus-Prinzip wieder aufzuhelfen. Nach Ansicht der Scharfmacher ist der Betriebsrat als Gewerkschaftsfunktionär und die Gewerkschaft als Organisation ein „fremdkörper“ im Betriebsgang. Angeblich unterbinden sie jede „fruchtbare“ Betriebsgemeinschaft, verhindern noch immer die ziellose Profitwirtschaft. Die Gewerkschaften sollen überhaupt nur Berufsvertretung sein. Unter keinen Umständen aber dürften sie das Sprachrohr ungelerner und „politisch unreifer“ Massen bleiben. Wie schön, nicht wahr?

Also, in Zukunft, ungelernete Arbeiter, wird Euer Arbeitgeber als Euer Interessenvertreter auftreten, um Staat und Wirtschaft zu lenken und um dann sein Geschäft zu machen. So geschehen unter dem Banner der Betriebs- und Vertragsgemeinschaften. Denn Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit allein ist der Schlüssel zum höheren Menschentum für den Arbeiter. Der andere Schlüssel zum höheren Menschentum ist

Profit und abermals Profit nebst Selbstherrlichkeit. Denn nur so können die „Sorgen“ und selbst verschuldeten Verpflichtungen des deutschen Unternehmertums erträglich gestaltet werden.

Nun, die Arbeitnehmerschaft, dazu gehören auch die Eisenbahner, wird sich für diese Harmonie mit dem Arbeitgeber bedanken. Sie wird sich ihre Gewerkschaften, die das Reaktionsrecht, das Tarifrecht und die Betriebsräte erträmpfen, nicht zerstören lassen, das mag sich u. a. auch die Reichsbahn-Hauptverwaltung gelagt sein lassen. Desgleichen die Firma Schmidte vom Freien Eisenbahner-Verband. Letztere ist der größte Gegner der „Einheitsfront“ der Eisenbahner und somit der Schrittmacher der Reichsbahn-Hauptverwaltung. Sollte Schmidte vielleicht eines guten Tages ausgeschift werden (böse Zungen behaupten dies), so wird er aller Voraussicht nach bei dem national-völkisch orientierten Bund „Deutscher Eisenbahner-Kriegsteilnehmer“ und dem Bund „Deutscher Reichsbahnbeamten- und Anwärter“ landen.

Großer Streik in Brotfabriken Westdeutschlands.

Essen, 5. Mai. (W.B.) Wie vom Zentralverband für Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter Deutschlands mitgeteilt wird, sind am Montag, den 4. Mai, die Belegschaften von sechs großen Brotfabriken in Essen, sowie die aller Brotfabriken von Oberhausen, Duisburg, Reiderich, Hamburg und Mülheim wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Die Zahl der Streikenden beläuft sich bis jetzt auf 270 Bäcker.

Vom Zechenlegen.

Hamburg, 5. Mai. (Z.L.) Die Zeche „Rheinpreußen“ entläßt 923 Arbeiter und 19 Angestellte, die sich auf sämtliche Schachtanlagen verteilen.

Der Maifeierstreik im Pariser Verkehrsgewerbe.

Paris, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl die Direktion der Pariser Verkehrsvereine angesichts der entschiedenen Haltung der Arbeiterschaft am Montagabend nach neuen Verhandlungen mit der Streikleitung zur Wiedereinstellung der 200 wegen Beteiligung an der Maifeier Ausgesperrten mit Ausnahme von vier bereit erklärt hat, haben die kommunistischen Angestellten und Arbeiter dennoch die Arbeit am Dienstag nicht wieder aufgenommen, so daß nur etwa drei Viertel der üblichen Verkehrsmittel in Betrieb gehalten werden konnten. Die dem Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände haben die Beteiligung am Streik einstweilen abgelehnt.

Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien.

Seit ihrer Einführung im Jahre 1921 hat die Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien manche Wandlung erfahren. So wurde die Arbeitsdienstpflicht der Frauen, jungen Mädchen und Kinder ganz abgeschafft. Für Männer von 20—40 Jahren besteht die Verpflichtung, einen jährlichen Arbeitsdienst in der Dauer bis zu 10 Tagen zu verrichten. Ausländer sind ausgenommen. Die Durchführung obliegt einer Zentralkommission in Sofia, welche die Aufgabe hat, den Arbeitsdienst im Interesse der Produktionsförderung, der kollektiven Erziehung des Volkes zur Arbeit und der Förderung des sozialen Wohlergehens zu nutzen. Wie die „Informations sociales“ (Wochenschrift des internationalen Arbeitsamtes) berichtet, wurden im Jahre 1924 591.914 Arbeitstage (zu je 8 Stunden) aufgewendet. Der Wert der geleisteten Arbeiten wird auf etwa 38 Millionen Lewa veranschlagt. Auf Arbeiten für die Eisenbahnverwaltung trafen von der Gesamtzahl 400.154 Tage.

Achtung, SPD-Metallarbeiter!

Am Montag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, im Herbolshaus, Sophienstraße, 14, Versammlung aller SPD-Metallarbeiter. Stellungnahme zur Generalversammlung. Da sehr wichtige Entscheidungen zu treffen sind, ist es Pflicht aller Genossen zu erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Achtung, AEG-Konzern!

Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Hummel, Sophienstraße, Gesamtfractionsversammlung der SPD-Genossen der AEG-Betriebe. Tagesordnung: Stellungnahme zur Gesamtbetriebsratswahl und Aufhebung der Kandidaten. Erscheinen aller Genossen dringend notwendig. Der Fraktionsvorstand.

Bezirksversammlungen des ZöL, Mittwoch, den 6. Mai:

Kredolitz: Union-Geselle, Greifswalder Str. 22, Beginn 8 Uhr. — Friedrichs aus Politik und Wirtschaft? Referent: Kollege Kurt Grottel. — Sören, Sülzweiser, Wälderstraße, Wälderstr. 11, Beginn 7 1/2 Uhr. — Die Probleme der Arbeiter. Referent: Kollege Hans Rausch. — Krenzler: Bürgerliste, Bergstr. 147, Beginn 8 Uhr. 1. Arbeiterbildung. Referent: Kollege Karl Reik. 2. Betriebsratsorganisationen. — Wierschel, Wilmersdorf, Götterstr. 10, Beginn 8 Uhr. 1. Was müssen die Angestellten vom Betriebsratgeheimnis wissen? Referent: Kollege Franz Oppenell. 2. Betriebsratsorganisationen. — Spangenberg, Roter Adler, Jägerstraße, Beginn 7 1/2 Uhr. — Streikführer durch das Gebiet der Kunst. Referent: Kollege Walter Göttsch, Göttsch-Unterhaltung.

Achtung, Kapazitäten! Morgen, Donnerstagabend, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Versammlung aller Wandern. Wichtige Tagesordnung, erfordern die Beteiligung aller organisierten Rotgenossen und Rotgenossen.

Die Frauenleitung.

Verband der Buchbinder und Papiererarbeiten. Heute, Mittwoch, den 4. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, allgemeine Betriebsratversammlung mit dem Thema: „Stellungnahme zum Betriebsratgesetz.“ Mitgliedsbuch legitimiert. Vollständiges Erscheinen erzwungen. Die Dreisverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Göttsch; Revisionen: Dr. John Schilowsky; Soziales und Konflikte: Fritz Rastbach; Anzeigen: Th. Gloger; (Kamille in Berlin). Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 46, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Als neues, vollständig unschädliches Mittel gegen Schlaflosigkeit u. nervöse Aufregungszustände hat sich der pat. gesch. — reinpflanzliche

Sommernervin-Tee hervorragend bewährt

Nehmen Sie nichts anderes. — à 2 Mk. in den Apotheken. In Berlin sicher: Elefant-Apotheke, Leipziger Straße 74.

Musikaufträge überläßt man nur dem Hochweil des Deutschen Musiker-Verbandes Berlin O 27, Rindstraße 21 (Rönnigklatz 4810). Geschäftszeit 9—5, Sonntag 5 1/2—10 1/2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

1/2 1/4 nur 50 Pf

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Rahma

Margarine

buttergleich

Haushaltsdebatte im Rathaus.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung verwendete gestern noch eine ganze Sitzung von beträchtlicher Länge auf die Fortsetzung der ersten Beratung des Stadthaushaltsplanes. Nach den Reden der kleineren Fraktionen, den Demokraten, der Wirtschaftspartei, dem Zentrum und der Einmankfraktion Knüppel-Lange wurde die zweite Reihe der Redner durch unferne Genossen Keimann eröffnet, der sich besonders mit den Deutschnationalen und ihren kommunistischen Bundesbrüdern und mit der Wirtschaftspartei auseinandersetzte. Die übrigen Redner sprachen vor leeren Bänken, und als der Kommunist Stoll als letzter zu Worte kam, war außer einigen Kommunisten fast niemand mehr im Saal.

In der gestrigen, um 5 1/2 Uhr durch den Vorsteher Genossen Haß eröffneten außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten, setzte die Versammlung die erste Beratung des

Stadthaushaltsplanes für 1925

Stadtverordneten (Dem.) wies darauf hin, daß Spandau und Köpenick bei der Zuweisung von einmankigen Ausgaben aus dem ordentlichen Etat sehr reich bedacht sind, und sprach die Hoffnung aus, daß sich die gerade in diesen Außenbezirken grassierenden Loslösungsbestrebungen nunmehr verflüchtigen werden. Den Deutschnationalen für das Schulwesen, Stadtrat Benede, glaubte der Redner gegen den Vorwurf des Genossen Dr. Lohmann, als sei Benede von Vorzügen für das Privatschulwesen besessen, ganz besonders in Schutz nehmen zu müssen. In den Dienst einer Partei dürfe man ebensowenig die Schule wie die Schuljugend stellen. Zum Schluß deutete er an, daß ihm in dem Entwurf des Stadthaushaltsplanes erhebliche stille Reserven zu finden seien. — Der Kammerer Karding stellte Wertes gegenüber richtig, daß eine unüberhältnismäßige Steigerung der Verwaltungsausgaben gegenüber 1924 tatsächlich und erfreulicherweise nicht vorliegt. — Für die Wirtschaftspartei sprach Müller-Franken. Er legte den Hauptakzent auf die ungemeine Geld- und Kreditnot, die die kleine wie die große Wirtschaft in ihrer Entwicklung fort-dauernd hemme. Helfen könne nur eine völlige Abkehr von der heute betriebenen Steuerpolitik; heute würden die Steuern nicht aus den Ueberflüssen der Wirtschaft gezahlt. Wirtschaftliche Sparmaßnahmen werde erst gelobt, wenn man die sechs Verwaltungsbezirke Alt-Berlins wieder verschwinden lasse. — Lange (Z.) konnte auch den Plan für 1925 nur als Provisorium annehmen, da immer noch günstige Kredite nicht zu haben seien und daher für gewisse unaufschiebbare Bauten u. dgl. die Mittel aus den laufenden Einnahmen entnommen werden müssen, was wieder eine Ermäßigung der Steuerlast verhindere. Die

Städtischen Werke

seien zwar in der Verwaltung und im Betriebe freier gestellt worden, aber die erhofften Vorteile seien ausgeblieben, die Tarife seien zu hoch, die Leistungen zu gering. Die Gewerbesteuerlast des Mittelstandes müsse erleichtert werden, sonst sei es mit der Gesundheit des Mittelstandes nicht. Die Haussteuer werde in den einzelnen Bezirken ungleichmäßig veranlagt. In der Aufwertungsfrage müsse endlich den schönen Worten des Kammerers die Tat folgen. Für die Siedlung müsse die Stadt nachdrücklich ihr Können einbringen, auch für eine zweckmäßige stufenweise Siedlungsberatung in Zentren und Bezirken Sorge tragen. Näher ging der Redner dann auf das Schulwesen ein. Er sprach sich dabei gegen eine eigene Turndeputation aus, die ebenso verfehrt sein würde wie die 1924 aus politischen Motiven geschaffene besondere Deputation für das Berufs- und Hochschulwesen verfehrt gewesen sei. In den städtischen Betrieben sei leider immer noch nicht der Friedensstand des Reallohns erreicht; auch die Lohn- und Gehaltsfrage müsse aus dem Gesichtswinkel der Familie, der Bevölkerungspolitik betrachtet werden. Wie hoch belaufe sich denn der finanzielle Effekt der großen Abbaumaßnahmen? In den Kammerer lege die Zentrumskraktion nach wie vor volles Vertrauen. — Natürlich konnte in dieser Rednerreihe Richard Kunze nicht fehlen. Was er sagte war ohne Belang.

Gen. Keimann nahm Anlaß, sich mit einigen Bemerkungen des Dr. Steiniger auseinanderzusetzen. Die Sozialdemokratie habe die Sanierung der Wirtschaft durch Marktstabilisierung nicht selbst durchführen können, weil die andauernde Obstruktion gerade der Rechten alle Versuche der Regierung Birch usw. in dieser Richtung unmöglich machte. Mit genauen Zahlenmaterial wies Gen. Keimann nach

wie gering die Belastung des Besitzes gegenüber der Belastung der breiten Masse

durch indirekte Steuern gewesen sei; so standen 1922 der letzteren in Höhe von 215 Millionen ganze 31 Millionen an Besitzsteuern gegenüber, und im Inflationsjahre 1923 habe der Besitz sich in noch viel umfassenderem Maße von Steuern drücken können. Gewiß habe auch das Gewerbe heute schwer zu tragen, aber von hohem Steuerdruck, von dem Herr Müller-Franken gesprochen und an dem es nach dessen Meinung zugrunde gehen müßte, sei, wie schon der Kammerer dargetan habe, gar keine Rede. Auch die Sozialdemokraten seien nicht mit allem einverstanden, was die Geschäftsführung der Städtischen Werke betreffe, aber eine Vergleichen mit der Vorkriegszeit unter Heranziehung der Geldwertverwertung zeige doch, daß das Lob der Privatwirtschaft gegenüber den Städtischen Werken sehr wenig angebracht ist. Die Lösung des Verkehrsproblems sei dringlich, und die Mittel dafür müßten hergegeben werden. (Auf rechts: Bono?) Dr. Lohmann habe ja schon auf die Grundsteuer hingewiesen, die keineswegs bei 100 Proz. stehen zu bleiben brauche. Herr Müller-Franken scheine heute den Schwanengefang der Wirtschaftspartei angestimmt zu haben. Der Hausbesitzer habe gerade so gut zu den allgemeinen Lasten beizutragen, wie jeder andere Staatsbürger; der Haus- und Grundbesitz sei doch als Kapitalanlage zu betrachten, und als solche habe er doch aus der Inflation sehr reale Vorteile herübergerettet. Es sei jetzt die Zeit da, wo die städtischen Betriebe wieder zu Musteranstalten ausgebaut werden müßten auch in den Lohnverhältnissen. Noch Dr. Steiniger sei die Behandlung der Bororte durch die Zentrale verschiedenartig, je nachdem sie „oben“ angeschrieben seien. Tatsächlich ständen doch die westlichen Bezirke sehr in Gunst, während die nördlichen und östlichen Bezirke, Wedding, Prenzlau und selbst der Stadtbezirk Friedrichshagen sehr schlecht daran seien. Mit Recht habe Wertes auf den

Anfang des Tragens von Parteiflaggen in den Schulen

hingewiesen. Wohin solle es kommen, wenn sich die Dinge so weiter entwickeln? (Unruhe rechts.) Zum Schluß sprach Gen. Keimann dem Vorsteher Haß gegenüber einer Äußerung von Dörner den ausdrücklichen Dank dafür aus, daß er verstanden habe, in der Versammlung Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und eine Art der Verhandlung zu ermöglichen, wie sie sich unter gefütterten Menschen geziemt. Den kommenden Neuwahlen der Stadtvertretung sehe die Sozialdemokratie mit Zuversicht entgegen; sie habe keine Ursache, ihre Politik zu ändern, die sich als durchaus erproblich für Berlin und für das ganze Land erwiesen habe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Böth (Dnat.) übernahm an Stelle des abwesenden Dr. Steiniger die Verteidigung der Deutschnationalen gegen Keimann. Er versuchte außerdem den Nachweis, daß der gesamte Ueberfluß aus den Steuererträgen von der Gewerbesteuer herrühre, daß darum letzten Endes die am Ruin des Gewerbes und des Mittelstandes schuld sei. Der Kammerer Karding bestritt Herrn Böth, daß der von ihm versuchte Nachweis gelungen sei, und konnte die über die Steuererträge für 1924 ins Feld geführten Ziffern als richtig nicht anerkennen. — Dr. Caspari (D. Sp.) zeigte sich für die Beibehaltung der Dezentralisation in Alt-Berlin ein; man könne eher die Zahl der Außenbezirke durch Zusammenlegung vermindern. Politisch auf weite Sicht könne nicht getrieben werden, solange es keine Anleihekredite gebe. Die Uebernahme des Deutschen Opernhause sei allerdings eventuell eine beträchtliche Last, die man aber haben übernehmen müsse. Die Politik in der Schule lehnte Herr Dr. Caspari ab; er will weder die jetzige noch die frühere Staatsform in den Schulen heruntergerissen wissen. Die Politik sei aber durch die

jenigen in die Schule getragen worden, die schon den Zwanzigjährigen das Wahlrecht gegeben haben. (Unruhe links.) Nachdem um 10 Uhr noch Stoll (Komm.) sich mit der Wertpolitik der Stadt bzw. des Oberbürgermeisters, sowie mit der Schwerindustriellen Lutherregierung im Reich auseinandergesetzt hatte, beschloß die Versammlung, den gesamten Haushaltsplan dem Haushaltsausschuß zu überweisen.

Schluß gegen 10 Uhr.

Monarchistische Jugendpflege.

Und was tun die republikanischen Behörden?

Als nach den stürmischen Novembertagen des Jahres 1918 sich das Bürgertum auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellte, da hörte man auch in den Kreisen der Jugend keine Stimme mehr, die sich für monarchistische und militaristische Ideale begeisterte. Inzwischen ist die Situation ein wenig anders geworden. Die Reaktion hat ihr Haupt wieder erhoben und es verstanden, gerade weite Schichten der Hochschulkreise und der studentischen Jugend für sich zu gewinnen. Selbst die Jugend der ärmeren Bevölkerungskreise wird heute wieder mehr vom reaktionären Geist erfaßt. Diese Tatsache ist auf das Konto der alten Autoritäts-erziehung mit ihrem militaristischen Einschlag zu legen. Eine Republik aber kann es sich nicht gestatten, daß ihre Zukunft, die der heutigen Jugend in die Hände gegeben ist, wieder monarchistischer Zerkleinerung preisgegeben wird. Es ist gegenwärtig jedoch festzustellen, daß zahllose Jugend- und Sportvereine in ins Leben gerufen werden, deren Arbeit in ihrem Endzweck diesem Ziele gilt. Abgesehen von den rein völkischen Verbänden, sind es vor allem die Kreise der Bismarck-Jugend der Deutschnationalen Volkspartei, die heute dem monarchistischen Gedanken huldigen und sich auch in ihrem „Sport“-betrieb mit aller Energie auf die Wiederkehr der „guten, alten Zeit“ und Wilhelms des Holländers vorbereiten. In der Zeitschrift der Bismarck-Jugend, dem „Jung-Bismarck — Berlin“, treibt man ganz offen monarchistische Propaganda. Neben der Verherrlichung der alten monarchistischen und militaristischen Tradition finden wir in den Spalten nur Jellen der Herabsetzung des republikanischen Gedankens und der republikanischen Farben. Von dem fortschrittlichen Geist, den eigentlich die Jugend erfüllen soll, ist hier nichts zu spüren. Eine Schande für den deutschen Geist aber ist und bleibt es, wenn nach mehr denn sechs Jahren deutscher Republik in dieser Republik eine Jugendzeitschrift erscheinen kann, die an ihrer Spitze das „alte, schöne“ Motto trägt: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ Derartigen Äußerungen wird man zweifellos mit Verboten nicht Herr werden können. Erwarten dürfte man jedoch nicht, daß republikanische Behörden diesen Organisationen noch ausdrückliche Unterstützung gewähren. Jede Jugendorganisation, die teilhaben will an den Rechten und Pflichten im Staate, bedarf der Anerkennung als Jugendpflege treibender Verein seitens der zuständigen Jugendämter. Auch die Bismarck-Jugend betrachtet nach zahlreichen Äußerungen ihre Arbeit als im Interesse der Jugendpflege gelegen und verlangt von den Organen der Republik, den Jugendämtern, ihre Anerkennung und die Unterstützung ihrer monarchistischen Tätigkeit. Die Jugendpflege „mit Gott für Kaiser und Reich“, wie sie die Bismarck-Jugend zu betreiben beabsichtigt, steht im Widerspruch zum Geiste der Reichsverfassung und kann daher in keiner Weise die Unterstützung der Behörden beanspruchen. Es muß deshalb erwartet werden, daß überall, ganz besonders in den Kommunalverwaltungen, mit aller Entschiedenheit gegen diese monarchistische Jugendpflege Stellung genommen wird.

Der Gamaichenhof.

Der Berliner Polizei ist es endlich gelungen, einen von den Polizeibehörden aller deutschen Großstädte seit 11 Jahren gesuchten Hochstapler, einen gewissen Julius Jakob, festzunehmen und einer großen Reihe von Rikettaten zu überführen. Man stellte ihn nämlich nicht weniger als 24 betrogenen und bestohlenen Frauen gegenüber, die ihn alle bestimmt wiedererkannten.

Im Jahre 1914 trat in München in der Uniform eines preussischen Militärarztes ein Mann auf, der sich Dr. Kaufman, Dr. Panzer usw. nannte. Sein ziemlich plumper aber erfolgreicher Trick bestand darin, daß er sich ein möbliertes Zimmer mietete und die Gelegenheit absparte, um aus dem Zimmer wie aus der Wohnung seiner

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

„Es tut mir wohl, Sie wiederzusehen,“ sagte sie. „Aber was haben Sie denn mit Ihrem Haar angefangen, mein Junge?“ Sie strich ihm leicht über die Haare, drückte ihn dann in einen Lehnstuhl neben dem Feuer.

Er lachte. „Wir in Millsborough ergrauen früh.“ Er betrachtete sie verwirrt, sagte dann plötzlich: „Jetzt weiß ich es.“

„Was?“ fragte sie lachend. „Worin Sie sich geändert haben. Als wir uns das letzte Mal sahen, waren Sie die Ältere, jetzt aber sind Sie die Jüngere; ich meine nicht nur äußerlich.“

„Ja, es ist eine Schande,“ entgegnete sie ernst. Sie verdiente das Geld, das ich ausgab. Das hat Sie all gemacht. Ihr seid ja alle so alt, ihr Geldverdiener; ich kenne eurer viele. Haben Sie noch nicht genug?“

„Darum handelt es sich nicht. Es wird zur Gewohnheit. Ich wüßte nicht, was ich sonst mit mir anfangen sollte.“

Sie ließ sich von ihm erzählen. Zuerst fiel es ihm schwer; es gab so wenig zu sagen. Jim war in Rugby, wollte Soldat werden. Bettys Bruder hatte geheiratet, besaß einen Sohn und zwei Töchter. Doch war der Sohn vom Pferd gestürzt und zum Krüppel geworden, deshalb mußte der junge Strongh'arm die Traditionen der Coomers übernehmen. Da er reich war, würde es ihm leicht fallen. Sein Onkel wollte noch in Indien, wollte aber im Frühling zurückkehren. Norah be'and sich in einer Schule in Cheltenham. Sie war ein selbständig denkendes Geschöpf, wollte die Schule verlassen, sich in Wien weiter bilden. Ein Nachteil des Reichtums war die Tatsache, daß er einen von den Kindern trennte. Wären sie arm gewesen, so würde der Junge bei Anthonys altem Freund Letteridge studiert haben; was den Unterricht anbelangte, hätte er gar nichts Besseres finden können. Und das Mädchen wäre in Fräulein Landripps Schule gegangen. Derart hätten sie alle zusammen bleiben können. Eleanor sei wundervoll; Betty würde sie nicht um einen Tag gealtert finden.

Betty lachte. „Das spricht für Sie, Anthony, bedeutet, daß Sie Ihre Frau noch immer mit den Augen eines Liebenden sehen. Die Zeit, von der Sie reden, liegt siebenzehn Jahre zurück.“

Anthony wollte es erst nicht glauben, mußte sich aber denn durch die Tatsachen überzeugen lassen. Dennoch behauptete er unterschütterlich, Eleanor sei wundervoll. Die meisten Frauen in ihrer Stellung hätten nach Gefelligkeit verlangt,

das alte Landhaus mit vornehmen Freunden und Bekannten gefüllt, ein Haus in London, eine Villa in Homburg, einen Winteraufenthalt an der Riviera gefordert, und würden es Anthony überlassen haben, sich in Millsborough beim Geldverdienen halbtot zu schaffen. Dies war es, was die Mutter stets gefürchtet hatte. Aber nun war sie seit langem schon anderer Ansicht über Eleanor, hatte diese sehr lieb gewonnen. Wenn Norah heimkam, würden sie freilich ihre zurückgezogene Lebensweise aufgeben müssen; doch wird er dann auch schon mit dem Geldverdienen fertig sein. Er hatte entdeckt, oder vielmehr Eleanor hatte die Entdeckung gemacht, daß er ein guter Redner sei. Vielleicht würde er fürs Parlament kandidieren; nicht etwa, daß er eine politische Karriere anstrebe, aber um die Reformen zu fördern, die ihm am Herzen lagen. Das Parlament gab einem Menschen eine gute Plattform, man wurde vom ganzen Land gehört. Der Tee war gebracht worden. Sie saßen einander gegenüber vor dem Kamin.

„Es erinnert mich an alte Zeiten,“ meinte Betty. „Entsinnen Sie sich noch unserer Gespräche und langen Spaziergänge auf dem Moor? Wir mußten schreien, um den Wind zu überhören.“

Anthony antwortete nicht sofort. Er starrte auf sein Bild in einem kleinen venezianischen Spiegel an der Wand, erinnerte sich, daß der alte Herr Mowbray einst gefunden hatte, er beginne Led zu gleichen. Nun bemerkte er selbst die Ähnlichkeit, besonders was die Augen betraf.

„Ja,“ erwiderte er, „ich entsinne mich. Led war ein Träumer, der von einer neuen Welt träumte. Sie hingegen waren für das Praktische, für Verbesserungen in der alten.“

„Ja, ich glaubte an diese Möglichkeit.“ Er schüttelte den Kopf. „Sie irren, es geht nicht, wir waren die Träumer. Und Led hatte den praktischen Verstand. Ja, ich arbeite im alten Sinne weiter,“ fuhr er, ihren fragenden Blick beantwortend, fort. „Was sonst kann ich tun? Früher erhofften wir allerlei von den Reformen. Jetzt müssen wir diese Hoffnung vortauschen. Ich hoffe, daß die Musterwohnhäuser die Slums fortsetzen würden; heute gibt es in Millsborough ganze Meilen von neuen Slums, die vor zehn Jahren noch nicht bestanden. Und ich persönlich zöge die Slums den Musterwohnhäusern vor, weil man darin weniger das Gefühl eines Gefängnisses hat. Wir taten ja unser Möglichstes. Nichteten in den Wohnungen Bäder ein. Das war für Millsborough eine ganz neue Idee. Die lokale Presse war empört; sie nannte es „Das Proletariat verwöhnen“. Die Leute hätten ihre Druckerwärmer sparen können. Die Bäder wurden als Kohlenbehälter benützt oder als Ausguss. Wir legten eine gute Kanalisation an, und die Menschen verstopfen

mit Staub und Schmutz die Ausflüßröhren. Andere werfen den Schmutz zum Fenster hinaus. Diese Menschen verlangen nicht nach Keiligkeit; sie müßten im Schmutz aufwachsen, und der Schmutz klebt an ihnen. Und es wird immer so sein, so lange die Kinder im Schmutz heranwachsen. Freilich findet man auch einige saubere Heime in den schmierigsten Straßen. Aber sie gehen in der Masse verloren. Heute ist Millsborough schwärzer, schmutziger und elender als es früher war. Vor fünf Jahren legten wir auf den Hügel Gärten an; jetzt kommen dort alle Gauner und Diebe zusammen. Was wir tun, ist nichts weiter, als inmitten eines Dschungels einen kleinen Garten pflanzen; früher oder später wird er unsehbar vom Dschungel überwuchert. Jeder Windstoß trägt hierzu die Samen herbei. Und die Beseitigung der Arbeiter am Profit? Auch das kann so nicht durchgeführt werden. Führt zu Streit und Hader, die Starben verschwören sich wider die Schwachen, die fluchend nachgeben müssen. Das alte Spiel der Habgier beginnt von neuem. Und die Genossenschaften: die Angestellten verlangen, daß die Preise erhöht, ihr eigenes Fleisch und Blut geschädigt werden, damit sie höhere Löhne erhalten können. Und wenn ich ihnen dies vorhalte, so reden sie von meinen Unternehmungen und den von uns erzielten Dividenden.“

Er lachte. „Erinnern Sie sich an den alten Piarret Sheepskin? Als junger Bursche suchte ich ihn einmal auf, um das Begräbnis meines Onkels zu besprechen. Und er hielt mir eine Gratispredigt. Ich weiß nicht, weshalb; in jenen Tagen interessierte mich die Religion nicht besonders. Aber ich sehe noch sein bestimmtes, rosiges, rundes Gesicht vor mir, die kleinen, fetten Hände, die beim Sprechen zitterten. Es war kurz vor Weihnachten, vor Christi Geburtstag, und er erklärte, er könne einzig und allein an die Weihnachtsrechnungen denken. Es sei nicht seine Schuld. Wie könne ein ehrbar verheirateter Bürger ein echter Christ sein? Mit Tränen in den Augen stellte er die Fragen: „Wie kann ich den Christ predigen, den Ausgestoßenen, den Bettler, den Bauderer in der Wüste, den Diener der Armen, den Kreuzträger? Den Heiland, den ich zu Beginn meiner Laufbahn predigen wollte? Die Leute würden über mich lachen, sprechen: Seht, er wohnt in einem geräumigen Haus, hat vier Dienstmoten und seine Söhne studieren an der Universität. Gott weiß, wie schwer es mir fällt, das Geld dafür herbeizuschaffen. Aber ich sollte ja gar nicht darauf bedacht sein, es zu tun. Ich müßte unter den Massen leben, Christus nicht durch Worte, sondern durch Taten verkünden.“ Wir brauchen keine Prediger des Wortes, brauchen Kämpfer, Menschen, die die Welt nicht fürchten.“

(Fortsetzung folgt.)

Bierte alles das zu stehen und mitzunehmen, was ihm stehenswert schien. Als ihm der Boden in München zu heiß wurde, kam er nach Berlin. Eines Tages besuchte er ein Konzert und mit Kennern stellte er fest, daß der Kapellmeister einen außerordentlich wertvollen Brillanten an der Hand trug, der beim Hin- und Herfliegen der Hand im Lichte funkelte. Er verschaffte sich die Adresse des Kapellmeisters und am anderen Morgen, als der Herr noch im Bette lag, fand sich der Gauner bei ihm ein und verstand es unter der Maske eines Konzertagenten dem Kapellmeister ein so verlockendes Angebot für Breslau zu machen, daß der Künstler Feuer und Flamme war. In den Gesprächen gelang es dem Gauner tatsächlich, sich den auf dem Nachtschlaf liegenden Brillanten unbemerkt anzueignen. Er wurde aber doch festgenommen und in München verurteilt. Kaum war er frei, nahm er sein schlimmes Treiben wieder auf, nannte sich Dr. Steinthal, spielte den Arzt und mietete wieder möblierte Zimmer. Er trat sehr elegant auf mit Zylinder und hellen Samachen und erhielt deshalb von der Gaunerzunft den Spitznamen „Samachensonne“. Jetzt verschaffte er sich bei Gesang- und Klavierlehrerinnen Eingang und gewann sich deren Vertrauen. Und wiederum stahl er, wenn er allein gelassen wurde, alles was er konnte. Bald kamen Nachrichten aus allen Ecken und Enden Deutschlands, bis es endlich gelang, in Köln den Gauner zu fassen und ihn nach Berlin zu bringen, wo ihn, als ihm die 24 Frauen gegenübergestellt wurden, sein Schicksal ereilte. Er mußte seine Rüstzeugen und Schmuckstücke eine nach der anderen zugeben.

Auch ein gutes Nahrungsmittel.

Frischfleisch ist für den kleinen Mann auch heute noch unerschwinglich. Der Küchenzettel der Arbeiterhausfrau weiß kaum mehr andere als pflanzliche Kost auf. Es bleibt allenfalls noch das Gefrierfleisch, das seit dem Kriege in reichlichen Mengen auf den Markt kommt, aber leider noch nicht diejenige Beachtung und Wertschätzung gefunden hat, die ihm gebührt. Man hört die mannigfachen Vorurteile gegen dieses Fleisch äußern: es stamme von minderwertigem Vieh, es werde unsauber behandelt, es verliere durch das Gefrieren seinen ganzen Nähr- und Geschmackswert.

Und in der Tat, es muß etwas mit dem Fleisch geschehen sein, es muß sich irgendwie verändert haben, denn, wie lange es auch auf dem Feuer steht, es bleibt hart und zäh und schrumpft zusammen. Allerdings ist dem nicht immer so: es scheint auch gute, saftige Stücke zu geben, die sich nicht von Frischfleisch unterscheiden. Aber diese gute Ware kommt ersichtlich nur bei einigen wenigen Schlachtern zum Verkauf.

In der Hauptsache stammt das Gefrierfleisch, das zu uns kommt, aus den südamerikanischen Staaten Argentinien, Uruguay und Brasilien, die besondere Rinder verzüchten. Alle diese Länder besitzen so riesige Viehherden, daß das einzelne Stück nur einen sehr geringen Wert besitzt. Daher ist für die großen Gefrierwerke, die das Einfrieren des Fleisches betreiben, das Interesse, frantes Vieh mit einzuschmuggeln, sehr gering, und der Vorteil, den sie dadurch hätten, stünde in keinem Verhältnis zu dem Schaden. Außerdem stehen die ganzen Betriebe unter sorgfältiger Aufsicht von beamteten Tierärzten. Sorgfältig wird auch darauf geachtet, daß das Vieh nicht in abgetriebenen Zustände, wenn sich noch Ermüdungssymptome im Fleisch befinden, zur Schlachtung gelangt. Eine Ruhepause von mindestens 48 Stunden ist vorgeschrieben. Bevor die Tiere in die Schlachthalle gebracht werden, müssen sie sich einer gründlichen Reinigung im Bade unterziehen. Nach der Schlachtung wird das Fleisch mit feinstem Wasser gründlich abgewaschen und gelangt nun in die Trodenhallen, von denen es schließlich in die Gefrierräume gebracht wird. Das Durchfrieren geschieht bei etwa 20 Grad Kälte. Durch das Gefrieren wird das Fleisch vor Zerstückung und Fäulnis bewahrt. Es ist außerordentlich wichtig, daß es bis kurz vor Aufteilung im gefrorenen Zustand bleibt. Das Allerwichtigste ist dann die Art des Auftauens. Und in den Fehlern, die hierbei gemacht werden, liegt die Qualitätsminderung begründet, die zu den Vorurteilen gegen das Gefrierfleisch geführt hat. Das Gefrierfleisch muß vor dem Verkauf, kurz vor dem Verkauf, langsam und in ganzen Stücken aufgetaut werden. Beim Gefrieren verläßt nämlich das Wasser die Fleischfasern, in denen es enthalten ist, und sammelt sich zwischen diesen zu kleinen Eiskügelchen. Wird nun das Fleisch in der vorschriftsmäßigen Weise vorgenommen, so kommt es zur Wiederaufnahme des Wassers in die Fleischfasern, sie quillt wieder auf und bietet das selbe Bild wie bei frischgeschlachtetem Vieh. Die meisten nehmenden richtige Verfahren einzuschlagen. Sie verkaufen das Gefrierfleisch in Stücke zerlegt in gefrorenem Zustände. Die Hausfrau legt ihr Fleisch zu Hause in eine Schüssel, um es aufzutauen — und dabei wird nun das schmelzende Fleischwasser nicht wieder von der Faser aufgenommen, sondern rinnt durch die Schnittstellen in das Gefäß. Damit ist das Stück aber vollkommen wertlos geworden. Es bleibt beim Kochen und Braten hart und zäh und schmeckt wie Stroh.

Die Hausfrau muß also darauf achten, daß das Gefrierfleisch wie bei frisch geschlachtetem Vieh stets vom gut aufgetauten Stück heruntergeschnitten — nicht heruntergefäht — wird, und einem Schlächter, der das nicht tut, oder nicht tun will, nichts mehr abkaufen. In anderen Fällen wird sie stets imstande sein, ein billiges, gutschmeckendes und nahrhaftes Fleischgericht auf den Tisch zu bringen.

Republikanischer Tag und Fahnenweihe in Guben.

Am Sonntag, den 3. Mai, fand in Guben die Weihe der Kreisfahne und 8 Kameradschaftsfahnen statt. Unter gemäßer Beteiligung der gesamten Bevölkerung marschierten die Kameradschaften in Stärke von etwa 3000 Mann auf der Festwiese auf. Nach einer Begrüßungsansprache des Kreisvorsitzenden Hinginger nahm der Gauvorsitzende Fritz Koch Berlin das Wort. Er sprach den Kameradschaftskameraden den Dank der Gauleitung für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit aus. Es komme jetzt darauf an, die deutsche Bevölkerung zu Staatsbürgern zu erziehen, um dadurch eine Geltung im deutschen Staatsleben zu erzielen. Zum Schluß seiner Ausführungen gedachte Koch der Opfer des Weltkrieges und der gefallenen Kämpfer für die Freiheit, insbesondere des von Hosenkreuzern ermordeten Kameraden Erich Schulz. Nach ihm weihete der Kamerad Fritz Ebert die acht Fahnen. Mit anteuernenden Worten übergab er die Kreisfahne dem Kreisvorsitzenden zu treuen Händen und schloß mit dem Gelöbniß: „Deutsche Republik, wir alle schwören, lehter Tropfen Blut soll dir gehören.“ Darauf erfolgte ein Umzug durch die Stadt und sportliche Vorführungen auf dem Sportplatz Rietebusch.

Feuer bei Carl Richard Schmidt.

Mit der Wirkung „Mittelfeuer“ wurden mehrere Löszüge der Berliner Feuerwehr am Dienstagabend gegen 1/8 Uhr nach der Potsdamer Str. 69 alarmiert. In den Koffeellageräumen der Firma Carl Richard Schmidt war, wahrscheinlich infolge von Unachtsamkeit, ein Brand ausgebrochen, der nur durch die schnelle Feuermeldung und das Erscheinen eines Löszeuges keine gefährlicheren Formen annehmen konnte. Bei der Ankunft der Feuerwehr schlugen aus den Fenstern der Lageräume, die sich in der zweiten Etage befinden und auf den ersten und zweiten Hof münden, helle Flammen und starke Rauchschwaden hervor. Mit zwei Schlauchleitungen gelang es dann, nach fast einstündiger Arbeit, des Brandes Herr zu werden. Die Räume sind jetzt ausgebrannt und die Vor-

räte total vernichtet. Auch ein auf dem zweiten Hof befindliches großes Holzgerüst hatte bereits Feuer gefangen, doch konnte hier glücklicherweise schnell gelöscht werden.

Die Perlen der Gräfin.

Ende und Glüd eines verwegenen Einbrechers.

Eine Einbrecheraffäre mit recht romantischem Einschlag gelangte vor dem Großen Schöffengericht Charlottenburg, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Rohne, zur Aburteilung. Es handelte sich um einen verwegenen Einbruchdiebstahl bei der Gräfin von Redem in Dresden, bei dem der Gräfin Familien- und Braut schmuck im Werte von mehreren hunderttausend Mark gestohlen wurde.

In der Nacht zum 9. April 1923 wurde in der Villa der Gräfin Julie von Redem in Dresden, Goethestr. 1, ein verwegener Einbruch verübt. Gegen 1/3 Uhr morgens erwachte die Gräfin durch ein Geräusch in ihrem Schlafzimmer. Als sie erschreckt aufstie, ertönte von einer Person, die sich hinter einem Spiegel versteckt hielt, der drohende Ausruf: „Ruhig! Kopf unter die Decke, oder ich schieße. Hier sind drei Mann!“ Erschreckt fuhr die Gräfin unter die Bettdecke und verhielt sich einige Zeit ruhig. Als sie dann rief und keine Antwort erhielt, sprang sie aus dem Bett und weckte das Hauspersonal. Der Einbrecher war inzwischen durch ein Fenster hinausgeflüchten und entkommen. Es fehlten eine Kassette mit wertvollem Schmuck und zahlreiche andere Schmuckgegenstände, die auf dem Nachtschlaf gelegen hatten. Erst im Dezember erfuhr die Berliner Kriminalpolizei, daß der unter falschem Namen lebende Techniker und damalige Cafébesitzer Karl Claus zahlreichen Schmuck, der aus einem Diebstahl in Dresden stammen sollte, verkauft habe. Bei der Festnahme blieb Claus aber dabei, daß er selbst den Schmuck in einem Café unter den Linden zum Wiederverkauf erworben habe. Da ihm nichts nachgewiesen werden konnte, sollte er bereits wieder freigelassen werden, als noch im letzten Augenblick die Fingerabdrücke von einer Fensterscheibe in Dresden eintrafen, die sich mit denen des Claus deckten.

Claus hatte sich nach dem Einbruch aus dem Erlös einer Kette von 293 Perlen des Café „Fürstentempel“ am Fürstentempelmarkt gekauft und betrieb daselbe unter dem angenommenen Namen Karlheinz Brud. Als Amateurboxer war der elegant auftretende junge Mann sehr bekannt. Eines Tages erschien in seinem Café eine reiche junge englische Witwe aus Sussex, auf die Claus einen derartigen Eindruck machte, daß sie sich sterblich in ihn verliebte. Es kam auch bald ein Verlöbniß zustande. Die Lady fuhr nach England, um ihre Familienangelegenheiten zur Vorbereitung der Heirat zu erledigen, wobei ihr Claus einen der geraubten Brillanten von 8 1/2 Karat zum Verkauf in London mitgab. Die Lady schickte auch den Erlös in Höhe von 72 Pfund ein. Auch jetzt ist die Engländerin von ihrer Liebesleidenschaft nicht geheilt, denn, wie Claus vor Gericht versicherte und wie auch der Briefwechsel erweist, ist die verliebte Engländerin fest entschlossen, den Verbrecher und Boxer später zu heiraten. Ihm zu Liebe hat sie sogar jetzt die deutsche Sprache erlernt. Seine Beute hatte Claus bei dem Uhrmacher Joseph Drobig in der Wilmersdorfer Straße 151 abgesetzt. Als Claus die Perlenkette der Gräfin zu Drobig brachte, warf er eine Handvoll Perlen lose auf den Boden, wobei zwei große Perlen auf den Fußboden rollten. Großzügig erklärte er der Verkäuferin Margarete R., daß sie die Perlen, die einen Wert von vielen tausend Mark hatten, wenn sie sie fände, zum Geschenk behalten könne. Die R. fiel darauf herein und behielt auch eine Perle, die sie fand, für sich. Nach den Auslagen der aus Dresden als Zeugin erschienenen Gräfin Redem beziffert sich der Wert des ihr gestohlenen Familien- und Braut schmuckes auf mehrere hunderttausend Goldmark.

Das Gericht verurteilte Claus zu 2 Jahren Zuchthaus, unter Anrechnung einer Untersuchungshaft von 8 Monaten, so daß die zu verbüßende Strafe in 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus umgewandelt wurde. Drobig erhielt auch noch wegen anderer Straftaten 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft. Die Angeklagte R. erhielt eine Strafe von 2 Monaten Gefängnis, jedoch wurde ihr eine dreijährige Bewährungsfrist zubilligt.

Hart am Zuchthaus vorbei.

Durch seine Wichtigkeit hat sich der Kaufmann Ewald R. in eine Situation gebracht, die ihn hart am Zuchthaus vorbeiführte. In einem Fehlerprozeß war R. als Entlastungszeuge aufgetreten und hatte unter Eid angegeben, daß er verdächtigter Sachverständiger der Berliner Handelskammer und in leitender Stellung bei einer bekannten hiesigen Großfirma sei.

Bei einer Rückfrage durch die Staatsanwaltschaft stellte sich heraus, daß beide Angaben un wahr seien, und daß es sich bei diesem sonderbaren Sachverständigen der Handelskammer um einen mehrfach wegen Betruges verurteilten Mann handelte, der schon seit seiner Jugendzeit die Gerichte und Irrenanstalten beschäftigt hatte. Daraufhin wurde R. wegen Meineides angeklagt und hatte sich jetzt vor dem Schwurgericht I zu verantworten. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß er sich auf die ganzen Vorfälle nicht mehr besinnen könne. Die von R.-A. Dr. Bindar geleiteten medizinischen Sachverständigen Medizinalrat Dr. Thiele und Oberarzt Dr. Pande aus Daldorf stellten eine sehr schwere erbliche Belastung bei dem Angeklagten fest. Er sei ein phantastischer Vagant, der aus Wichtigtuerei und Eitelkeit sich als Zeuge großsprecherisch benommen hat und im Augenblick der Eidesleistung zweifellos an seine Phantastereien geglaubt habe. Trotzdem

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 6. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 3.30 Uhr nachm.: Märchenstunde. Friedrich Kayßler erzählt: 1. Grimm: Der Hase und der Igel. 2. Andersen: Der standhafte Zinnsoldat. 3. Grimm: a) Strohhalm, Kohle und Bohne, b) Sechse kommen durch die ganze Welt. 4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkette). 6.30 Uhr abends: Zehn Minuten für die Hausfrau. 6.45—7.35 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Völkerkunde. Dr. K. Th. Pressl: „Glaube und Mystik in der Völkerkunde“. 5. Vortrag. „Die höchste Gottheit und die Götter“. 7.15 Uhr abends: Abteilung Staatswissenschaft. Prof. Dr. Ernst Wagemann: „Konjunkturlehre und Krisentheorie“. 1. Vortrag. „Wirtschaft und Konjunktur“. 7.50 Uhr abends: Ministerialdirektor Dr. jur. v. Schoenbeck: „Die deutsche Handels- und Zollpolitik“. 2. Vortrag. 8.30 Uhr abends: Abendkonzert. 1. Mozart: a) Arie der Panina aus der Oper „Die Zauberflöte“, b) Arie der Konstanze aus der Oper „Die Entführung aus dem Serail“ (Hedwig v. Debizka, Sopran). 2. Mozart: a) Dort verließ ichs leines Flehn, aus der Oper „Figaro“, b) Ein Mädchen oder Weibchen, aus der Oper „Die Zauberflöte“ (Leo v. Bergel, Bariton). 3. Sperrvogel (1150 bis 1200): a) Gedicht. b) Der Tänzer unserer lieben Frau. Spielmannslied aus dem 13. Jahrhundert (Isa Oberländer, Rezitation). 4. Verdi: a) Arie der Leonore aus der Oper „Troubadour“, b) Er ist es, dessen wonnig Bild, Arie aus der Oper „La Traviata“ (Hedwig v. Debizka). 5. Verdi: a) Arie aus „Don Carlos“ (I. Akt), b) Romanzo aus der Oper „Maskenball“ (Leo v. Hergel). 6. a) Heinrich v. Morungen: Drei Liebeslieder (Übertragen von Käthe Heß, Worms), b) Dietmar von Alzei (1150 bis 1200): Zwei Gedichte (Übertragung von Will Vesper), c) Dichter unbekannt (1300—1400): Zwei Gedichte (Übertragen von Will Vesper), d) Aus des Knaben Wunderhorn: Hat gesagt — bleib's nicht dabei (Isa Oberländer). 7. Mozart: a) Bei Männern, welche Liebe fühlen, aus der Oper „Die Zauberflöte“, b) So lang' hab' ich geschmechtet, aus der Oper „Figaros Hochzeit“ (Hedwig v. Debizka und Leo v. Hergel). Am Flügel: Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Zuchthaus. Erwiesenermaßen habe der Angeklagte unmittelbar vor der Eidesleistung große lausmännliche Geschäfte in gereifter Weise zu seinen Gunsten abgeschlossen und offenbar sei er als Zeuge von den damaligen Angeklagten gekauft worden. R.-A. Dr. Bindar betonte die krankhafte Gerchmannsicht des Angeklagten, die ihm wiederum einen Streich gespielt habe. Angesichts der Sachverständigenurteilen mußten zugunsten des Angeklagten mindestens erhebliche Zweifel an seiner Schuld entstehen. Nach längerer Beratung schloß sich das Schwurgericht diesen Zweifeln an, die zugunsten des Angeklagten ausgelegt werden mußten. Infolgedessen wurde R. freigesprochen.

Der unheimliche Fahrgast.

Ein rätselhafter Hypnotisfall in der Stadtbahn.

Die Potsdamer Kriminalpolizei beschäftigt sich mit der Verfolgung einer Anzeige, die bei ihr über ein Verbrechen in einem Nachtzuge der Stadtbahn erstattet worden ist, das sich am 2. Mai ereignet hat. Um 11 Uhr 30 Min. bestieg in Charlottenburg eine Potsdamer Dame ein Abteil 2. Klasse. In einer Ecke des Abteils, ihr schräg gegenüber, sah ein etwa 35 jähriger, bartloser, dunkeläugiger Herr, der sie beharrlich fixierte. Unter der Einwirkung seiner scharfen Beobachtung verfiel die Dame in einen vollkommenen Erschlaffungs Zustand. Sie vermochte nicht mehr die Augen offen zu halten und war auch des Gebrauchs ihrer Sprache beraubt. Auch im Unterarm empfand sie einen lähmungsähnlichen Zustand. Den Mitreisenden fiel dieser plötzliche Körpererfall auf und man veranlaßte die Dame aus Fenster zu treten, um sich unter der Einwirkung des Luftzuges zu erfrischen. Im selben Augenblick sprang auch der Herr auf, legte der Dame die Hand auf die Schulter und suchte sie zu bewegen, mit ihm in Rietebusch den Zug zu verlassen. Dieses Ansuchen lehnte die Dame jedoch ab. Der unheimliche Passagier verließ nun allein den Zug und allmählich besserte sich, nachdem er aus ihrem Gesichtsfeld verschwunden war, ihr Befinden. Sie erlangte auch ihre Sprache wieder, empfand aber fortwährend heftige Kopfschmerzen und Beschwerden in den Augen. Am nächsten Tage stellten sich bei ihr wiederum ähnliche Erschlaffungs Zustände ein und sie zog einen Arzt zu Rate, der hypnotische Beeinflussung vermutete. Die Dame ist bis heute bettlägerig. Der Kriminalpolizei liegt daran, nähere Wahrnehmungen von Mitreisenden zu erfahren, um die Persönlichkeit des unheimlichen Fahrgastes feststellen zu können.

Erst zahlen!

Eine sonderbare Gebührenordnung.

Die Rot der Zeit hat die Entwicklung des Gebührenwesens in ungeahnter Weise begünstigt. Größer als vor dem Kriege ist jetzt die Zahl der Behörden, die nur dann sich in Bewegung setzen dürfen, wenn ihnen die einzelne Arbeitsleistung bezahlt wird. Wer das noch nicht weiß, der kann Ueberraschungen erleben. Gewiß ist es oft nicht unbillig, daß Behörden von dem, der sie in Anspruch nimmt, Gebühren fordern. Aber in dem folgenden Fall, der uns aus dem Wohnungsamt Schöneberg bekannt wird, möchten wir die Berechtigung denn doch bezweifeln.

Dem Wohnungsamt Schöneberg teilte jemand brieflich mit, daß eine im Verwaltungsbezirk Schöneberg gelegene Wohnung, wie nach etwa halbjähriger Beobachtung angenommen werden mußte, zu anderen als Wohnzwecken benutzt wurde. Angefragt wurde die Bitte, Ermittlungen darüber anzustellen, ob die Vermutung zutrifft, und in diesem Fall die Wohnung ihrem Bestimmungszweck zuzuführen. Der Einsender bat auch, ihm einen kurzen Bescheid zukommen zu lassen, und legte einen freigemachten Briefumschlag bei. Ein paar Tage später kam vom Wohnungsamt Schöneberg als Antwort die Aufforderung, zunächst mal drei Mark zu zahlen. In einem gedruckten Bescheid wurde ihm eröffnet, daß auf Grund der preussischen allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 20. Dezember 1923 in Verbindung mit der Verwaltungsgebührenordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt in Angelegenheiten der Wohnungszwangsbewirtschaftung vom 8. August 1924 und der Verwaltungsgebührenordnung des Magistrats Berlin vom 27. September 1924 die Wohnungsbehörden verpflichtet sind, Verwaltungsgebühren zu erheben. Für die Erledigung seines „Antrages“ sei eine Verwaltungsgebühr von drei Mark festgesetzt, und er sollte diesen Betrag an das Wohnungsamt zahlen. Bis zum Eingang der Gebühr müsse die Bearbeitung seines „Gesuches“ unterbleiben.

Hoffentlich bedeutet das nicht, daß die Ermittlungen unterbleiben, bis die drei Mark gezahlt sind. Wir nehmen an, daß die drei Mark nur für den „Antrag“ (an anderer Stelle wird er als „Gesuch“ bezeichnet) gefordert werden, einen Bescheid über das Ergebnis zukommen zu lassen. Aus dem Wortlaut geht das allerdings nicht sicher hervor, und leicht könnte er bei dem Empfänger zu dem Mißverständnis führen, daß die Behörde sich von ihm die Arbeit der Ermittlung bezahlen lassen will. Daß die Forderung einer Gebühr für den Bescheid in dem vorliegenden Fall berechtigt ist, glauben wir nicht. Sollte aber eine Berechtigung dazu etwa doch aus der Gebührenordnung hergeleitet werden können, so müssen wir die Zweckmäßigkeit bezweifeln. Wer soll noch Lust haben, Behörden auf vermeintliche oder wirkliche Ungehörigkeiten aufmerksam zu machen, wenn er mit seinem Eifer, dem Wohl der Gesamtheit zu dienen, sich in Gefahr bringen kann, dafür bezahlen zu müssen? Auch die Behörde hat einen Gewinn davon, daß sie dem, der ihr eine Beobachtung mitteilt, Auskunft gibt, ob er mit seiner Vermutung im Recht ist oder nicht. Müht sie ihn darüber im Unklaren, daß er (wir wollen einmal den Fall annehmen) nicht im Recht ist, so könnte er vielleicht bei Fortdauer der vermeintlichen Ungehörigkeit es für seine Pflicht halten, die Behörde durch erneute Anzeige zu „belästigen“.

Berliner Fernstromversorgung.

Eine dritte 100 000-Volt-Doppelleitung, die Groß-Berlin mit den auf der mitteldeutschen Braunkohle errichteten Großkraftwerken (Golpa-Zschornewitz, Lauta und Trattendorf) verbindet, ist am Sonntag in Betrieb genommen worden. Sie geht von Golpa-Zschornewitz aus, passiert auf ihrem 140 Kilometer langen Weg die Stadt Brandenburg und mündet in einem Umspannwerk bei Spandau. Durch diese neue Leitung, die den westlichen Teil der Provinz Brandenburg und Groß-Berlin mit elektrischer Energie versorgen soll, erhöht die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Berliner Fernstromversorgung durch die Elektrowerke A.-G. eine nicht unbedeutende Verstärkung.

Falsche Hundefangbeamte. In letzter Zeit sind in Berlin verschiedentlich falsche Hundefangbeamte aufgetreten, die an Ort und Stelle die Auslösunggebühr von dem Besitzer des Hundes verlangen haben. Der Deutsche Tierhugverein Berlin, Schilderstr. 4, weist darauf hin, daß im Sperrgebiet kein Beamter irgendwelche Gebühr an sich nehmen darf. Auslösung findet nur im Tierhort, Schilderstr. 4, statt. In Sperrzonen Gebieten hingegen beträgt die Gebühr an Ort und Stelle 3 M. Das Publikum wird gebeten, nur solchen Fangbeamten die Gebühr zu geben, die sich durch einen vollständigen Ausweis auf gelbem Papier legitimieren können und das Schild als Fangbeamte tragen.

Erleichterte Einreise ins Saargebiet. Zur Einreise ins Saargebiet, die bisher an eine vorherige Einreisegenehmigung der Regierungskommission gebunden war, bedarf nach einer Verordnung der Regierungskommission vom 4. April fortan nur noch eines ordnungsmäßigen Passes oder Personalausweises. Der Einreisende hat sich binnen drei Tagen bei der britischen Polizeibehörde zu melden und, falls er sich länger als 14 Tage außerhalb beabsichtigt, unter Vorlegung des Personalausweises eine Aufenthaltserlaubnis bei der Abteilung des Innern zu beantragen. Diese Aufenthaltserlaubnis kann bis zu drei Monaten erteilt und nach Ablauf verlängert werden.

Sprech-Chor für Professoreln. Uebungsstunde Donnerstag, den 7. Mai, 7 Uhr, im Gesangslokal der Sophienstraße, Behmestrasse 16/17. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich anwesend sein.

Kursuche in Tünnenberg. Ruhebedürftige Parteigenossen finden bei dem Genossen H. Grieb, Tünnenberg (Oberpfalz), Stat. Nabburg, Linie Berlin-Regensburg-Regensburg-München, bei guter Verpflegung, in gemüthlich-kameralistischem Hause freundliche Aufnahme. Ven. Monatspreis 4 M. Herrliche Aussicht in schöner Landschaft, Wald in der Nähe.

Das Jugunglück im polnischen Korridor. Die Schadenersatzansprüche.

Wie die Reichsbahndirektion Königsberg (Pr.) mitteilt, ist sie bereit, auf Wunsch die Vermittlung zwischen den deutschen Geschädigten und der polnischen Eisenbahnerverwaltung zu übernehmen. Die Rechtslage ist die folgende: Der Durchgangsverkehr durch den polnischen Korridor ist durch das Pariser Abkommen vom 21. April 1921, das als deutsches Reichsgesetz mit dem 6. August 1921 in Kraft getreten ist, geregelt. In dem Artikel 36 des Abkommens heißt es:

„Die betriebsführende Verwaltung übernimmt die Haftung gegenüber Personen, die durch den Betriebsunfall irgendwelchen Schaden erlitten haben. Für die Haftung bei Unfällen im Eisenbahnbetrieb sind die Befehle, Verordnungen und Bestimmungen maßgebend, die für die Eisenbahn dort Geltung haben, wo sich der Unfall ereignet hat.“

Vor der Einfahrt in polnisches Gebiet werden die Durchgangszüge von den polnischen Staatsbahnbeamten übernommen; die polnische Staatsbahnerverwaltung wird damit betriebsführende Verwaltung und hat die Verantwortung für Betriebsunfälle zu tragen. Die polnische Eisenbahnerverwaltung muß daher sowohl der Reichsbahngesellschaft gegenüber für den Materialschaden, als auch den Hinterbliebenen und Verletzten gegenüber für Tötung und Verletzung Schadenersatz leisten. Schadenersatzansprüche sind bei der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig geltend zu machen.

Reichsmietertag in Hamburg.

Im weiteren Verlauf der Hamburger Tagung erstattete Bundesvorsitzender Dzierz den Geschäftsbericht und schilderte eingehend die Bestrebungen einiger Mietersenatoren, die auf der Magdeburger Tagung im September vorigen Jahres gefaßten Beschlüsse illusorisch zu machen. Gegen den Willen der Quartiergeber hat das Amtsgericht in Dresden die Eintragung des Bundes vorgenommen und die Satzungen anerkannt. Damit ist die Gültigkeit der Magdeburger Beschlüsse außer allen Zweifel gerückt. Fortwährend sind in dem vergangenen Halbjahr neue Anmeldungen von Mietervereinigungen bei der Bundeszentrale eingelaufen und die heutige Tagung beweist, wie stark der Reichsbund Deutscher Mieter tatsächlich ist. Bei allen organisatorischen Arbeiten ist auch die geschäftliche Arbeit nicht vergessen worden. Dzierz gab einen sehr interessanten Überblick über seine und der übrigen Bevollmächtigten Tätigkeit bei den Regierungen und Parlamenten, durch die in vielen Fällen den Bestrebungen auf sofortige Befestigung des Mieterschutzes ein Niegel vorgeschoben werden konnte. Nun sind Reichsrat und Reichskabinett damit beschäftigt, die sämtlichen Anträge zum Wohnrecht und Mieterschutz in einer dem Allgemeinwohl dienlichen Weise zu verarbeiten. Zuverlässigen Nachrichten zufolge wird diese Arbeit aber noch eine Zeit von wenigstens 6 bis 7 Wochen in Anspruch nehmen. Bis dahin müssen die Mieter die Zeit nützen. Der Vorsitzende des Bundesausschusses Hammer-Frankfurt a. M. behandelte darauf in längerem Vortrage „Die organisatorischen Aufgaben der Zukunft“. Der Kampf auf wohnungspolitischem Gebiet, der von der Organisation der Mieter geführt wird, hat mindestens eine so große Bedeutung, wie der gewerkschaftliche Kampf. Denn was nützt es, wenn durch Lohn- und Gehaltsaufbesserung besondere Berücksichtigung fand. Deshalb muß es heißen: In der jetzigen Not der Zeit, hinter den grauenhaften Jahren des entsetzlichen Wahnsinns der Kriege- und Inflationszeit, wird hoffentlich nicht zu spät den noch unentschlossenen zur Miete wohnenden Bürgern der Mut kommen, der Volksgemeinschaft der Mieter beizutreten, um durch festen Zusammenschluß dieser Realen Bewegung zum Siege zu verhelfen, womit erreicht wird, daß der deutsche Mieter, sei er Angestellter, Beamter, Arbeiter, Kleinrentner, Gewerbetreibender oder Ladeninhaber nicht zum völligen Sklaven und Jähnschneid des ausländischen und deutschen Hauseigentümers wird. Hindurch zum Wohnungsbau durch die Organisation! Die neue Entwicklung in der Mieterbewegung wird von Bedeutung sein für die gesamte Entwicklung des deutschen Volkes. Der Staat ist um seiner Bürger willen da; er muß vor allem Leben und Arbeitskraft der Millionen Bürger schützen; die Bürger müssen ihm aus kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen wichtiger sein, als die Verzinsung der unverdienten Rente im Grund und Boden, des in Häusern angelegten Kapitals. Hier wurzeln die großen sozialen Probleme der neuen Zeit.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung: Abteilungsleiter! Nehmt die noch ausstehenden Berechnungen vom Juli und August und der Frühjahrsfeier vor.
Abteilung: Abteilungsleiter! Nehmt die von 5 bis 7 Uhr, Berechnung der Beitragsarbeiten, Ausgabe des „Jugendboten“ und der „Jugend“. Gebührende Begrüßung vom Abteilungsleiter und vom Jugendleiter abzuholen! Schluß: Rinderstraße, Schulhaus, Willenstraße, Taschenstraße.
Heute, Mittwoch, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Wahl: Schule Ruhberg, Ecke Antonstraße. — **Volkspark:** Jugendheim Kleiner Str. 102/103. — **Zoostraße:** Schule Schallreiterstr. 54. — **Parkstr.** Gemeindefaule Schulstraße. — **Waldstraße:** Jugendheim Waldstr. 114. — **Zoostraße:** Saalbau Germaniastr. 48. — **Ernter:** Jugendheim Volkstraße. — **Waldstraße:** Jugendheim Schwarzenbergstr. 108. — **Kanalarbeiter:** Schule Wolf-Friedrichstraße. — **Waldstraße:** Jugendheim Reichertstr. 22. — **Waldstraße:** Parkstr. 10. — **Schulhaus:** Jugendheim Reichertstr. 22. — **Waldstraße:** „Reichertstr. 22.“ — **Waldstraße:** Schule Berliner Str. 31. — **Waldstr.** „Jugend und Partei.“

Wetterbericht für Berlin: Zunehmend wolfig, strichweise Gewitterbildung mit vorübergehender Abkühlung. — **Für Deutschland:** Bkl., Ebd., und Mitteldeutschland etwas wolfig, kurzregenmäßig, strichweise Gewitterbildung mit vorübergehender Abkühlung. Ostdeutschland warm, heiter, erst später zunehmend wolfig.

Die Lehren des Präsidentschaftskampfes

Berliner Funktionärkonferenz.

Die Berliner Funktionäre hörten gestern ein Referat des Genossen Henke (Bremen) über die Lehren der Reichspräsidentenwahlen.

Genosse Künstler, der die Versammlung eröffnete, wies einleitend auf die aufopfernde Arbeit der Berliner Parteigenossen hin, die dazu beigetragen haben, daß im Herzen der deutschen Republik die Republikaner die Mehrheit behielten. Wenn neue Wahlschlachten notwendig werden, muß dafür gesorgt werden, daß Berlin die sozialistische Hochburg wird.

Genosse Henke

wies einleitend auf die französischen Wahlen und die in Aussicht stehenden Landtag- und Stadtverordnetenwahlen hin, die rasche Folge der Wahlen lasse kaum Zeit zur inneren Sammlung. Trotz der vielen Wahlen wird niemand von uns wünschen, daß die Volkssouveränität durch ein anderes System abgelehrt werde.

Bei der Reichspräsidentenwahl handelte es sich um ein weltgeschichtliches Ereignis. Die Niederlage der Republikaner wird sich weit über die Grenzen Deutschlands auswirken, denn hinter Hindenburg stehen die Feinde der Arbeiterklasse, die sich sofort ansetzen, ihren Sieg auszunutzen. Der Kampf um die Verteilung der Steuerlasten hat bereits im Reichstag begonnen. Aber die Sozialdemokratie hat bei dieser Gelegenheit ihren Gegnern bereits die Fäuste gezeigt. Und Kämpfe solcher Art werden der Arbeiterschaft Befriedigung geben, denn gerade sie lassen die Notwendigkeit des Kampfes scharf hervortreten.

Welche Lehren sind nun aus der Reichspräsidentenwahl zu ziehen? Karl Marx sagte einmal: „Eine Niederlage nach hartnäckigem Kampfe ist eine Tatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung, wie ein leicht gemonnener Sieg.“ Die Richtigkeit dieses Satzes hat die Arbeiterschaft oft genug erproben können. Die Niederlage vom 26. April ist eine nach hartnäckigem Kampfe, zum Teil ist sie es auch nicht.

Ein Teil der Genossen hat hartnäckig gekämpft, ein anderer Teil aber hat die Front verlassen.

Wie kam das?

Bei der ersten Wahl, als es sich für uns um Otto Braun handelte, war die Partei einig und geschlossen. Trotzdem es schon bei der ersten Wahl taktisch klüger gewesen wäre, sich auf einen republikanischen Sammellisten zu einigen, und trotzdem auch diese Ansicht in der Partei diskutiert wurde, fügte sich die Minorität. Genügte schon im ersten Wahlgang die Zahl der sozialistischen Stimmen nicht, so mußte sie im zweiten Wahlgang bei der Aufstellung eines bürgerlichen Kandidaten noch geringer werden.

Die Parteigenossen waren der Meinung, daß Otto Braun, der die größte Stimmenzahl erhalten hatte, auch Sammellistenkandidat werde. Sie haben sich getäuscht. Zentrum und Demokraten waren nicht zu bewegen, ihre Parteinteressen aufzugeben. Wir können daraus lernen, daß wir uns nicht reflexlos auf die Bundesgenossen des 26. April stützen können. Andererseits mag bei der Entscheidung der Sozialdemokratie mitgewirkt haben, daß ein neuer sozialistischer Reichspräsident eine schwere Belastung für die Partei gewesen sei. War diese Auffassung ein Fehler? Der Wahlausfall scheint dieser Auffassung recht zu geben. Denn, wenn wir verlieren mußten, so war es doch ehrenvoller, mit einem eigenen Kandidaten zu verlieren. (Zustimmung.) Aber Genossen,

wir wollten doch damals gewinnen! (Sehr richtig!)

Das Verstehen der Kommunisten kann uns nicht beirren, denn weder Marx und Engels lehnten ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien aus taktischen Gründen ab. Auch die bürgerlichen Parteien gehen nicht gern mit uns zusammen.

Die sozialistischen Wähler müssen und werden es lernen, die Dinge nicht schematisch zu sehen. Die Genossen, die der Wahl am 26. April fernblieben, haben nicht begriffen, worum es sich bei der Reichspräsidentenwahl gehandelt hat. Wir müssen die Genossen davon überzeugen, daß sie falsch gehandelt haben.

Genossen, wir müssen die Republik verteidigen, auch wenn sie uns noch nicht gefällt. Aber sie ist der beste Kampfboden für uns. Die Menschen vergessen eben zu leicht. Sie haben das Dreiklassenwahlrecht und vieles andere mehr vergessen.

Das Resultat vom 26. April ist nicht auf unsere politischen Einrichtungen, sondern auf die politische Unreife großer Massen zurückzuführen.

Auch bei uns selber müssen wir nachforschen, ob und wo wir Fehler gemacht haben.

War einmal Marx nominiert, mußte alles, was republikanisch war, für ihn eintreten. Es handelte sich in diesem Wahlkampf nicht darum, Marx zu wählen, sondern gegen Hindenburg zu wählen. Für Hindenburg wirkte die Legende, die um Hindenburg gebildet wurde und die nicht rechtzeitig zertrübt wurde. Gegen Marx sprach für viele die Zugehörigkeit zur Zentrumspartei. Aber auch unsere Gegner dürfen nicht vergessen, daß mehr als 13 Millionen Republikaner gegen ihn stimmten, und wenn die Kommunisten vernünftig wären, wäre Hindenburg trotz der um ihn gemachten Legende nicht gewählt worden. Es ist notwendig, daß die Partei mehr als bisher für Aufklärung im marxistischen Geiste sorgt. Nur im marxistischen Geiste können wir endgültig stehen über die bürgerliche Gesellschaft. Wir müssen unserer Weltanschauung zum Siege verhelfen. Es genügt nicht zu sagen, daß die Frauen an der Wahl von Hindenburg schuld seien. Wir müssen aber fragen: Warum haben sie so gewählt? Wir müssen wissen, daß man den Frauen mit dem Wahlrecht nicht auch gleichzeitig die politische Reife gegeben hat.

Der Redner kennzeichnet in treffender Weise das Verhalten der Kommunisten, die von der Überzeugung ausgehen, daß die Bürgerlichen eine einzige reaktionäre Masse seien. Diese An-

schauung ist falsch. Wir haben die Gegensätze unter den Bürgerlichen zu beachten und entsprechend zu handeln.

Die Kommunisten waren überall Zutreiber der Reaktion. Sie haben Horthy in Ungarn, Mussolini in Italien und Hindenburg in Deutschland an die Macht gebracht.

Hindenburg ist eine Gefahr. Er ist der oberste Befehlshaber der Reichswehr und sie wird ihn vergöttern. Er hat das Recht, den Artikel 48 zu gebrauchen. Darin liegt die Gefahr. Andere werden den „guten Hindenburg“ für ihre Zwecke benutzen. Für Hindenburg wirkten mehr als 1100 Blätter in Deutschland. Mit ihrer Hilfe gelang es, einen so großen Teil des Volkes im Sinne der Reaktionäre zu beeinflussen. Die Wahl Hindenburgs soll den deutschen Wirtschaftskreisen einen noch größeren Einfluß auf die Reichsregierung verschaffen.

Trotz des Sieges aber hat es den Anschein, als ob die Sieger nicht sehr siegesfroh seien. Am Freitag wird sich entscheiden, ob der Landtag aufgelöst wird. Die Sieger von gestern sehen dieser Möglichkeit nach den Keuchern ihrer Presse nicht gerade sehr hoffnungsvoll entgegen. Genossen, neue Kämpfe stehen uns bevor, wie haben viel zu arbeiten, viel aufzuklären, viel zu wirken, sodas keine Zeit dazu bleibt, den Kopf hängen zu lassen. Freich und mutig wollen wir die neuen Kämpfe führen mit der Siegeszuversicht, die wir noch nie einbüßten. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion

forderte zunächst Genosse Gudrian auf, der Freiwerkbewegung und der Agitation auf dem Lande mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Landagitation muß von Berlin aus wieder großzügig aufgezogen werden.

Genosse Lamba erklärte, daß, nachdem der Parteiauschuß für Marx eingetreten war, alle diesem Beschluß beizutreten hätten. Ich war gegen diesen Beschluß, aber in solchen Fällen gibt die Mehrheit die Entscheidung. Bei der Diktatur bestimmt der einzelne, und alle gehorchen, in der Demokratie bestimmt die Mehrheit. Die Disziplin muß unter allen Umständen aufrechterhalten werden. In der Frage Religion und Politik muß eine Klärung eintreten. Unsere Partei muß klar und stark gegen das Bürgerium auftreten. (Beifall.)

Genossin Wurm ging auf die Ausübung des Stimmrechts durch die Frauen ein. Die Sozialdemokratie hat bei allen Wahlen weniger Frauen- als Männerstimmen erhalten. Die Frauen haben erst seit sieben Jahren das Wahlrecht, die Männer seit 60 Jahren. Es hilft nichts, sich nach jeder Wahl der Frauen zu erinnern, das muß mit der größeren Stetigkeit geschehen. Es genügt nicht, nur an das Gefühl der Frauen zu appellieren; auch an ihren Verstand müssen wir uns wenden. (Beifall.)

Genossin Lohndagen weist auf die Versammlungen der Freiwerker hin, die in dieser Zeit nicht am Platze gewesen seien. Die Landagitation darf nicht nur während der Wahl, sie muß dauernd betrieben werden, damit das, was Berlin erringt, auf dem Lande nicht zerstreut wird. Zur Hebung der Frauenagitation wäre es nötig, in den Betrieben ein ähnliches Blatt wie den „Kämpfer“ zu verteilten. Auch bei der Frauenagitation höhlt steter Tropfen den Stein. (Beifall.)

Gen. Sonnemann sagt, um der klaren Front willen wäre es zu begrüßen gewesen, wenn Braun auch im zweiten Wahlgang aufgestellt worden wäre. Im übrigen versucht der Redner zu erklären, warum Marx nicht die Stimmen aller Republikaner auf sich vereinigen konnte.

Gen. Künstler wies nochmals auf den glänzenden Wahlausfall in Berlin hin. Er erklärte, daß nicht der Parteikonflikt in Sachsen das Wahlergebnis beeinflusst hat, sondern das Konfessionelle hat eine viel größere Rolle bei der Wahl gespielt, als wir vielleicht annehmen. Die Berliner Sozialdemokratie kann mit frohem Mut in die künftigen Kämpfe gehen.

Gen. Wagner wünscht, daß man sich damit beschäftigt, was unter „marxistischer Erziehung“ zu verstehen sei. Es ist notwendig, daß die Partei zu diesem Zwecke ein populäres theoretisches Organ schaffe.

Nach einem Schlußwort des Genossen Henke, der auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner im Sinne seines Referats einging, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Aus der Partei.

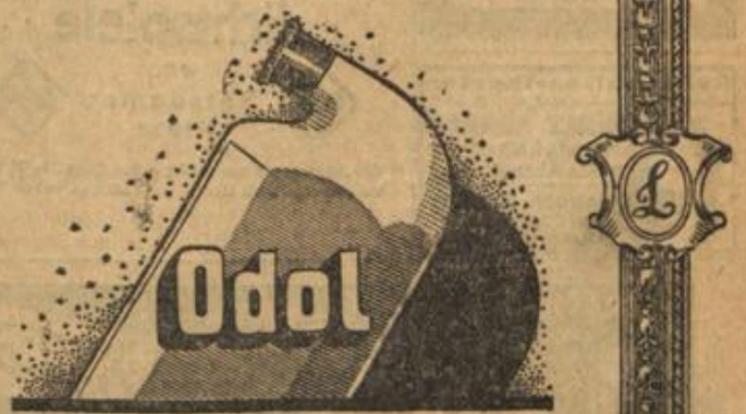
Vorbereitungen zum Internationalen Kongreß.

Die englischen Arbeiterparteien rüsten bereits zum kommenden Internationalen Kongreß. So hat die Exekutive der britischen Arbeiterpartei in ihrer letzten Sitzung die Delegierten zum Internationalen Kongreß nominiert. Es sind Macdonald, Henderson, Lansbury, Robert Williams, J. Barley, Rhys Davies und Genossin Dollan, ferner als Sekretär der Delegation Gilliers. Zu diesen Vertretern der Labour Party kommen nun noch die von der I.W.P. (Unabhängigen Arbeiterpartei) und eventuell anderen Verbänden zu bestimmenden Mitglieder der englischen Delegation.

Die I.W.P. hat sich ihrerseits in der letzten Sitzung ihres Parteitags mit dem Internationalen Kongreß beschäftigt und eine Reihe von Gegenständen bezeichnet, zu denen die Partei Resolutionen oder Anträge einzubringen wünscht.

Genossin Haenisch, die Witwe unseres verstorbenen Genossen Konrad Haenisch, dankt für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme, da es ihr bei der Fülle der Beileidskundgebungen nicht möglich ist, persönlich zu antworten.

Jeder Kaufmann lobt seine Ware. Aber wenn seine Ware nicht gut ist, dann wird sie nach einiger Zeit nicht mehr gekauft werden, weil sich das Publikum auf die Dauer nichts vormachen läßt. Wenn eine Ware lange Zeit und in der ganzen Welt abgesetzt wird, und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in immer riesigeren Mengen in der ganzen Welt verlangt wird, dann hat eine solche Ware den Beweis ihrer Existenznotwendigkeit, ihrer Güte, ihrer Preiswürdigkeit erbracht. Eine solche Ware ist Odol. Drei Jahrzehnte lang gibt es Odol in allen Ländern aller Erdteile. Der Verbrauch von Odol nimmt von Jahr zu Jahr riesigere Dimensionen an. Odol ist ein Kulturzeichen geworden. Odol gehört der Welt.



Parteinachrichten für Groß-Berlin

3. Kreis Wedding, Mittwoch, den 3. Mai, 4 Uhr, Versammlung aller im Bezirk amtschließlichen Arbeiter, Anwohner und Gewerkschaften im Bezirksverbandenhaus, Schönhafer Str. 1. Tagesordnung: „Die Republik und wir.“ Referent: Genosse Kuben.

Seute, Mittwoch, den 6. Mai:

8. Abt. Lichtenh. 1 Uhr Funktionärversammlung bei Junge, Friedrichstr. 24.
 9. Abt. Prenzl. 7 1/2 Uhr bei Vohann, Wilmersd. 18/19, Funktionärversammlung. Alle Gewerkschafts- und Parteifunktionäre müssen erscheinen.
 10. Abt. Charlottenburg, beim Kollnsee, 4, 8 Uhr, Diskussion: „Inferre Nöcker.“

Morgen, Donnerstag, den 7. Mai:

12. Abt. Neukölln, Täglich 8 Uhr Funktionärversammlung bei Hoff, Kaiser-Friedrich-Str. 173. Wichtige Tagesordnung. Die Bezirksleiter werden ein. Am Erscheinenden verhandelnde Funktionäre erschienen. Sekretär.
 107. Abt. Alt-Hilfstr. 8 Uhr im Jugendheim Fortbildung. Wichtige Tagesordnung.
 116. Abt. Lichtenh. 7 1/2 Uhr Vokalchor, Neue Schönhaferstr. 2. Sitzung der Parteifunktionäre und Parteimitglieder.
 127. Abt. Reinickendorfer-Bez. 8 Uhr Funktionärversammlung im Volkshaus, Schornhauserstr. 114.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

132. Abt. Wilmersd. Am 2. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied Genosse Wilhelm Schönebauer im Alter von 62 Jahren. Beerdigung Donnerstag, den 7. Mai, 6 Uhr, Krematorium Gerickestraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Geschäftsstelle: Berlin S. O. Gebälkstr. 57/58, Hof 2 Etz.
 Kameradschaft Wedding, Donnerstag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, Treffen der Kameraden in der Zentrale, Eilbichstr. 4.
 Kameradschaft Prenzlauer Berg, Donnerstag, den 7. Mai, veranstaltet der erste Tag ein gemütliches Beisammensein mit Damen bei Wäcker, Christenburger Str. 9.
 Kameradschaft Bernau, jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Restaurant „Bismarck“ Bernau, wobei das Erscheinen aller Kameraden dringend notwendig ist.
 Kameradschaft mit Musik nach Bobrowitz, Erscheinen aller Kameraden notwendig.

Arbeiter-Kabarett, Gruppe Schöneberg, Donnerstag, den 7. Mai, 7 1/2 Uhr, Aufnahmefunktion aller Mitglieder und wertigen Kabarettfreunde bei Kollnsee, Schöneberg, Eberstr. 66. Gäste willkommen.

Bereinigung für Sozial- und Erziehungsfreunde, Berlin-Tempelhof, im Reichenhof der 6. Tempelhofer Gemeindeschule, Wilmersd. 18/19, Freitag, den 8. Mai, 8 Uhr: „Ueber das Weien der Bewegung.“ Referent: Dr. Otto Hübner. Eintritt frei.

Vandemannshof der Schleswig-Holsteiner, (Geogr. 1892.) Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant Jakob Ufer, Rosenfelder Str. 70, literarischer Vortrag: „Ludwig-Ruhm-Abend.“ Vortragender: Landmann August Ullrich. Nachher gemütliches und gemütliches Beisammensein. Damen und Herren, sowie Gäste sind willkommen.

Reichsbund der Arbeiterkassen in Hindenburg, Bezirk Wedding 3, Mitgliederversammlung Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr, Eberstr. 64 (Vahrenholzer).

Bereinigung für deutsche Arbeiter (S. O.), Ortsgruppe Köpenick, Monats- versammlung am Freitag, den 8. Mai, 8 Uhr, im Feiertagsrestaurant in Pöhlchen, Seelstr. 10, Beschl. Schick und Reichsbund-Vereinigung für Arbeiter in jedem Dienstag und Freitag, abends von 8 bis 8 1/2 Uhr sowie Sonntag, nachmittags von 9 bis 12 Uhr, Sonntag abends.

In der Gesellschaft für Sozialreform spricht am Donnerstag, den 7. Mai, 8 Uhr, in der Schulstraße 126 (Draußenburger Tor), Richard Bankart über „Die Ehe und der Keil.“ Eintritt 50 Pf. Gäste haben Zutritt.

Manufaktur der Sozialreform, Berlin (Schöneberg) und Seefeld, Mittwoch, den 6. Mai, Monatsversammlung in der Akademie der Künste, Dorotheenstraße 10 (Ecke Charlottenstraße, Röhre Bahnhof Friedrichstraße), Vorkursabend, 8 Uhr, Gäste willkommen. Schriftführer: Alexander Reichardt, Berlin 39 50, Eberstr. 7.

Arbeitersport.

S. O. Germania (S. O. u. S. O.) Rudern, nächste Sitzung Freitag, den 8. Mai, 9 Uhr, bei Bär, Fehlfeldstr. 17 (Prenzlauer). Aufnahme neuer Mitglieder. Schriftliche Anfragen an Felix Bause, Fehlfeldstr. 17.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, den 5. Mai.

1. Rennen. 1. Abt. (Dietrich), 2. Barfild (D. Müller), 3. Döberitz (H. Lehmann). Toto: 12: 10. Platz: 10, 13, 11: 10. Ferner liefen: Troja, Hölmes, Dedenkraus, Schöten.

2. Rennen. 1. Glad Bridge (H. Kaiser). Toto: 25: 10. Platz: 26: 10. 1. Hermes (Hillemann), 3. Kasper (H. Dorn). Toto: 26: 10. Platz: 19: 10. Ferner liefen: Soja, Con Amore jun., Vulcan VIII, Döberitz, Palma, Kummel, Chronos, Hoptobis, Hannal, Eisenstein, Eusa, Belgia, Pralag.

3. Rennen. 1. Freia III (Grab), 2. Elmachgool (Dietrich), 3. Einfall (H. Jentsch). Toto: 52: 10. Platz: 17, 17, 56: 10. Ferner liefen: Kella, Patronin, Palma, Königlich, Hühner, Putz, Lada, Garob, Her, Dittel.

4. Rennen. 1. Grohquistor (Dietrich), 2. Ritt (H. Braun), 3. Monzo (Barga). Toto: 32: 10. Platz: 12, 16, 11: 10. Ferner liefen: Antonchen, Great Gola, Tarantel, Ruffing, Deutscher Reich, Stephanie, Gabe, Veto.

5. Rennen. 1. Demer (Barga), 2. Bippigo (H. Jentsch), 3. Kala-della (Garnus). Toto: 101: 10. Platz: 25, 28, 58: 10. Ferner liefen: Belle, Kiffelien, Reintje, Sanguiner, Fausch, Is Meer, Ritt, Diocour.

6. Rennen. 1. Kala (H. Jentsch), 2. Völpe (Barga), 3. Karo-bedis (Wald). Toto: 15: 10. Platz: 13, 13: 10. Ferner liefen: Kobel-stein, Laulunge.

7. Rennen. 1. Biack (H. Braun), 2. Sablentia (Grab), 3. Reimat-freier (Barga). Toto: 101: 10. Platz: 21, 23, 15: 10. Ferner liefen: Gienritter, Ringwald, Karobis, Klarid, Karoanna, Imhoff, Landrichter, Morgenröde, Stoflet, Ketterbege, Abendwind, Reptun, Seewaric.

Heute Abendrennen der Tempelhofer Rennfahrer-Schule. Nachdem am letzten Freitag infolge andauernden Regenwetters die Rennen der Tempelhofer Rennfahrer-Schule abgebrochen wurden, soll heute abend die erste größere öffentliche Prüfung vor sich gehen. Das Programm umfasst u. a. zwei Einzelrennen für Fahrer mit Draht- und Luftreifen. Die Sieger dieser beiden Rennen werden dann in einem dritten Rennen um die Entscheidung kämpfen. Dem Sieger winkt hier eine gestiftete komfortable Sempur-Rennmaschine. 30 Schüler der Straßen-schulungsdienstleistungen ein Hundelohren über 15 Runden, zu dem drei Vorläufe über dieselbe Strecke mit Punktwertung notwendig sind. In jeder 5. Runde erfolgt eine Wertung. 25 Fahrer auf Bahnrennen haben zum Hauptfahren über sechs Runden gemeldet. Das Rennen wird in drei Vorläufen und einem Endlauf gefahren. Zum Schluss kommt ein Prämien-fahren über 15 Runden zum Austrag, bei dem jeder 3. Runde eine Prämie gegeben wird. Auch hierfür sind nicht weniger als 25 Fahrer eingeschrieben. Die Rennen beginnen 7 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Man spart Seife. Es bedeutet eine genaue wirtschaftliche Erfassung beim Waschen, wenn man bei Seifenlange etwas Henke Seife's Wasch- und Fleck-Seife bezieht. Dies erspart, seit Jahrzehnten bei den Hausfrauen bekannt und beliebt, hat eine große Reinigungswirkung und unterläßt die Verschmutzung der Seife oder des Waschwassers sehr. Da Seife viel billiger ist als Seife, empfiehlt sich unbedingt, sich dieses ausgezeichneten Mittels beim Waschen zu bedienen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus
 6 Uhr: Salome
 Opernhaus am Königsplatz
 7 1/2 Uhr: TOSCA
 Schauspielhaus
 7 1/2 Pr. v. Homburg
 Schiller-Theater
 7 1/2 Uhr: Napoleon

Gr. Volksoper
 im Theat. d. Westens
 7 1/2 Uhr:
Mignon

Volksbühne
 7 1/2 Uhr: Segel am Horizont

Deutsch-Theater
 8 Uhr:
 Der Revisor

Kammerspiele
 8 Uhr:
 Die Wollst der Anständigkeit

Die Komödie
 Karlsruhener 106/107
 8 Uhr:
 Robert u. Bertram

Theater L. & Elisabeth Str.
 8 Uhr: Franziska

Komödienhaus
 8 U.: Das silberne Kanichen

Berliner Theater
 7 1/2 Uhr:
 Anneliese v. Dessau

SOVA
 8 Uhr:
VARIETE-REVUE

Lessing-Theater
 Tägl. 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Demimonde
 v. Alexander Dumas
Trianon-Th.
 Täglich 8 Uhr:
Yoshiwara
 Leppinger
 Kaiser-Tits
 Cosia

Kleines Th.
 Tägl. 8 Uhr:
 Die
Großfürstin
 und der
Zimmerkollner

Central-Theater
 7 1/2 Uhr: Hilfe! ein Kind ist im Himmel gefallen

Deutsch. Opernhaus
 7 1/2 Uhr:
Rigoletto
 Th. L. Kommand. Str.
 Täglich 8 Uhr:
USCHI
 von Jean Gilbert

Residenz-Th.
 Täglich 8 Uhr:
 Die Nacht
 der Barmherzigkeit
 von Max Hochdorf
 Regie: G. Altmann
 Sterier, Dieterle

Thalia-Th.
 8 Uhr: Das
 Dreimäderlhaus

Spectrol
 reinigt
Seide
Wolle
Leder

KAMMERLICHTSPIELE

Wege zu Kraft und Schönheit

Der erfolgreichste Film des Jahres ab heute

Kammerlichtspiele
 am Potsdamer Platz

Wochentags: 7 und 9 Uhr / Sonntags: 5, 7, 9 Uhr
 Vorkauf 12-2 Uhr / Jugendliche haben Zutritt

Metropol-Theater
 8 Uhr Die Novität 8 Uhr
Tausend süße Beichen
 von Walter Bromme
 Lea Soldt, Siegfried Arno,
 Ferry Sikla, Friedel Dotza,
 I. Perry, H. Krauss, F. Strehlen
Friedenspreise!
 Promenoir 2 M., Park 3,
 4, 5 M., Park-Faul 6, 8 M.
 Vorkauf ununterbrochen

WINTERGARTEN

Der glänz. Mai-Spiel. Sonnt.
 nachm. 3- halbe Pr. Ende Mai!

WALHALLA-THEATER
 Weinbergweg,
 Rosenhaier Tor.

Täglich 7 1/2 Uhr
Ensemble-
Gastspiel
 des
Metropol-
Theaters
 Der große Schlager
Gräfin
Mariza
 Original-
 Besetzung -
 Ausstattung
Preise:
 0.75-4.50 M.

Ufa-Palast am Zoo
 7 und 9 Uhr:
Wege zu Kraft und Schönheit
 Vorkauf 11-3 Uhr.

Zoologisch. Garten
 Täglich
Konzert
 Wochent. v. 4-8 U.
 Sonntags v. 4-9 U.
Aquarium
 öffnet von 3-7 Uhr
 Tier-Kunstausstellung

„ABTEI“

Insel-Restaurant - Treptow
ist eröffnet!!!

Casino-Theater
 Letztenspr. 17. Tag. 8 Uhr
 Komödie und besten Schauspiel
Müde vom
Kurfsendamm
 die von letzte Komödie
 Vorher das
 Mai-Programm!

Herrnfeld
 Theater
 im Intimen Theater
 Tägl. 8 1/2 Uhr:
Mabrias-Partie
Hausierer Jochel
Die zweite Frau

A. Beheim - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatklub
 (Inh. F. Eggert)
 Neukölln, Anmeldung, Gaughoferstr. 1
 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
 Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/2-Jahres-
 lehrjahre - Fernspr.: Neukölln 1063

Tailor-made
Softum
 auf rein seidenem Futter
 Schneiderarbeit

Westmann

1. Geschäft: Mohrenstr. 37 a * 2. Geschäft: Sr. Frankfurter Str. 115

Für stärkste Figuren: Keine Reklameware!
 Gilmann- u. Seidenmännel 135.- 85.- 65.- 43.-
 Harry-Männel, 2 reißig 65.- 46.- 31.- 21.-
 Gummimännel hier u. Dam. 55.- 42.- 29.- 10.-
 Herren u. Kids-Hosien und Hosen
 115.- 85.- 72.- 48.-
 Completts-Modelle . . . 150.- 110.- 89.- 69.-
Kaufen Sie jetzt!!! Nie wieder so billig!
 In Pilschmatt nur solange Vorrat 55.-
 Pelzmäntel 350.-
 Pelzjacken, entwürde Modelle . . . 150.-
 Zimmer- u. Astrachanmäntel . . . 55.- 33.-
 ABTEI 11066

Komische Oper
 8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Berlins einzigste und erfolgreichste REVUE:
 Das hat die Welt noch nicht geseh'n
 Bald 200 Auführungen!
 30 Bilder! 250 Mitwirkende!
Sommerpreise.
 Stg. 3 1/2 Uhr ermäßigte Preise
 Jed. Erwachsene 1 Kind
 frei!

Reichshallen-Theater
 Abends 8 U. u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Steffner Sänger
 Nachmittags halbe Preise
 volles Abendprogr.!

Dönhoff-Brettli:
 Mai-Programm!
 Falkner-Orchester

4 Worte merke vor!

Möbel Kredit Glogau Kollnseer Tor

Kottbuser Str. 28 Möbel-Glogau-Spezialhaus Direkt an der Hochbahn

SCHLEICH'S Medizinische Bäder Präparate

Kohlensäurebad Gas-Perle

Schwefelbad
 in Flaschen
 1 Flasche = 2 Vollbäder

Sauerstoffbad
 in Tüten

Fichtennadelbad
 in Kapseln

Badesalze
 Heliotrop-Fichtennadel

Bäder im eigenen Heim!

CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH GMBH
 BERLIN

Der Tod Höfles vor dem Ausschuss.

Bernehmung der Justiz- und Gefängnisbeamten.

Vom Untersuchungsausschuss des Landtags zur Prüfung der Durchführung des Strafverfahrens gegen den verstorbenen Reichsminister Dr. Höfle wurde gestern als erster Zeuge Staatsanwaltschaftsrat Dr. Felker vernommen. Die Bernehmung ergibt folgendes Bild: Die Beschuldigung gegen Dr. Höfle lautete zuerst auf gelegentlich einer Bernehmung bei der Staatsanwaltschaft. Es stellte sich der Verdacht der Bestechung, der Untreue und des gemeinschaftlichen Betruges gegenüber der Abteilung München heraus. Die Bernehmungen Dr. Höfles haben sich Anfang Januar über drei oder vier Tage erstreckt. Anfang Februar stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Aufhebung der Immunität. Dr. Höfle hat dann sein Mandat niedergelegt. Die „Deutsche Zeitung“ brachte damals einen Artikel mit der Überschrift „Mittägliche Aktentransporte“. Es sollten Akten nach der Villa Dr. Höfles in Lichterfelde gebracht und nachher in der benachbarten Schokoladenfabrik von Dr. Schandorf verbrannt werden. Auf Grund dieses Artikels erfolgten Nachforschungen, die zwar die Tatsache des Aktenverkehrs ergaben, nicht aber die der Aktenverbrennung. Man fand in Dr. Höfles Wohnung nur unbedeutendes Material. In Höfles Amtsbureau dagegen wurden weitere Akten beschlagnahmt, die für das Verfahren von Bedeutung waren.

Höfle hat gegen die Hausdurchsuchung nicht protestiert, er hat selbst gebeten, das in Frage kommende Material im Reichstag abzugeben.

Nach der Hausdurchsuchung hat Höfle bei einer telephonischen Unterredung um eine persönliche Aussprache mit dem Zeugen, die auch stattfand. Bei dieser Unterredung wurde Höfle mitgeteilt, daß man sich zum Untersuchungsrichter zwecks Erlass eines Haftbefehls begeben wolle.

Der Haftbefehl ist dann nach der Aussage des Zeugen nach Aufhebung der Immunität erfolgt, weil wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe Fluchtverdacht vorlag. Ueber die Höhe der Strafe habe man sich zwar Gedanken gemacht, jedoch könne darüber nichts mitgeteilt werden. Der Untersuchungsrichter habe Anweisung gegeben, Frau Dr. Höfle von der Verhaftung zu benachrichtigen. Das sei wohl durch ein Versehen unterblieben. Dr. Höfle wurde durch Professor Krauß und Medizinalrat Dr. Störmer auf Veranlassung des Untersuchungsrichters in der Charité untersucht und für haftfähig erklärt. Eine Anregung auf Durchführung einer Kur in Rauheim und ein Haftentlassungsantrag wurden von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Die Strafkammer schloß sich dem an. Bei der Staatsanwaltschaft bestand der Fluchtverdacht fort. Wenn Dr. Höfle nach Ansicht der Ärzte in der Lage war, eine Eisenbahnfahrt nach Rauheim zu machen, so war es

unendlich viel leichter, in einem Flugzeug über die Grenze zu gelangen.

Das Verfahren Höfle habe nach der Aussage des Zeugen von dem Verfahren Barmat nicht getrennt werden können, weil die Angelegenheiten zu eng miteinander zusammenhängen. Immerhin seien in letzter Zeit Erwägungen über eine selbständige Durchführung der Sache Höfle angestellt worden. Höfle sei jedoch über diese Erwägungen gestorben.

Als zweiter Zeuge wird Generaldirektor Hermkes, der Freund Dr. Höfles, vernommen. Er bekennt über das Gespräch zwischen Dr. Höfle und Staatsanwaltschaftsrat Felker: Dr. Höfle war vormittags in mein Bureau gekommen, um einige Privatbriefe zu schreiben. Am Laufe des Vormittags rief Frau Dr. Höfle an und machte Mitteilung von dem Besuch des Staatsanwaltschaftsrats Felker. Darauf riefen wir in Moabit an. Ich selbst stellte die Verbindung her.

Dr. Höfle richtete an Felker die Frage, ob das Gerücht stimmt, daß er verhaftet werden solle. Felker erwiderte, daran sei kein Gedanke.

Wenn er aber Bedenken habe, nach Moabit zu kommen, so könnten sie sich an einem neutralen Ort treffen. Dr. Höfle erwiderte, er werde nach Moabit kommen. Ich sagte zu Dr. Höfle: Redne damit, daß du verhaftet wirst, worauf dieser erwiderte: Felker wird mir doch die Wahrheit sagen.

Es wird darauf die Bernehmung des Zeugen Felker und Hermkes abgebrochen und als nächster Zeuge Oberstaatsanwalt Linde vernommen. Der Zeuge lernte Höfle bei der ersten Bernehmung kennen. Nach der Bernehmung habe er mit Höfle eine persönliche Aussprache gehabt. Aus dieser Unterhaltung sei die große Sorge Höfles um seine Familie hervorgegangen. Später hat der Zeuge Höfle auf Grund der ärztlichen Gutachten einige Male im Untersuchungsgefängnis besucht. Es wurde damals erwogen, Höfle wegen seines Zustandes nach Tegel zu überführen, wo ein besseres Zimmer für ihn zur Verfügung stand. Am 18. April hat der Zeuge Dr. Höfle im Lazarett im Bett gefunden. Höfle hatte die Fenster geöffnet, weil er frische Luft haben wollte. Gestrig sei Dr. Höfle seines Erachtens vollkommen frisch gewesen. Die schwere Sorge um seine Familie sei bei den Unterredungen immer wieder zum Durchbruch gekommen.

Auf Fragen des Vorsitzenden Dr. Seelmann (Dnat.) führt der Zeuge weiter aus, Dr. Höfle habe schon bei der ersten persönlichen Aussprache mit ihm den Eindruck gehabt, daß die Sache für ihn überaus unangenehm sei.

Der Vors. bemerkt dann, es sei denn die Frage aufgeworfen worden, ob trotz des Verhaltens Dr. Höfles in der vorangegangenen Zeit noch Fluchtverdacht angenommen werden konnte. Der Zeuge erklärt dazu:

Daß man sich streng an den 1918 herausgegebenen Erlaß, der noch nicht aufgehoben sei, gehalten habe.

Zeuge erklärt weiter, der Haftentlassungsantrag sei am 8. April gestellt und am 9. April deshalb abgelehnt worden, weil der dringende Tatbestand fortbauerte und auch noch Fluchtverdacht bestand. Man habe auch die Überzeugung gehabt, daß Haftunfähigkeit nicht vorlag. Dem Zeugen ist nicht aufgefallen, daß sich am 18. April Dr. Höfle äußerlich auffallend verändert hätte. Dr. Höfle erklärte auch, daß er über eine schlechte Behandlung seitens des Gefängnispersonals nicht zu klagen hätte. Er erschien aber seelisch sehr niedergedrückt und weinte bei beiden Besuchen und zwar immer, wenn er auf Frau und Kinder zu sprechen kam. Er äußerte zu mir, meiner Erinnerung nach, einmal:

Lassen Sie mich doch heraus, dann könnte ich an meine Freunde persönlich herantreten, und diese würden sicherlich ihre Unterstützung geben, die sie mir schriftlich nicht geben wollen.

Daß Dr. Höfle am Gewicht bedeutend verloren hätte, konnten wir nicht sehen.

Der Zeuge erklärt weiter, daß er bei der Obduktion zugegen war, und ihm dabei der besonders kräftige Körper aufgefallen sei. Es könne nicht stimmen, daß er bei seinem Tode nur 120 bis 130 Pfund gewogen habe. Sogar er wisse, habe das Gewicht damals 142 Pfund betragen. Im allgemeinen hätte der Zeuge den Eindruck, als ob Dr. Höfle körperlich zwar sehr rüstig, aber seelisch schwer niedergedrückt war; das sei auch der Grund gewesen, weshalb von ihm einen besseren Aufenthalt in Tegel geben wollte. Anträge von Herrn Dr. Höfle oder seiner Frau, die Zusammenkünfte über das gewöhnliche Maß hinaus zu gestatten, sind nicht gekommen.

Frau Dr. Höfle wäre es sicher ohne weiteres gestattet worden, auch außerhalb des gewöhnlichen Termins ihren Mann zu sprechen. Fluchtfähigkeit lag nach unserer Meinung vor: Dr. Höfle brauchte sich ja nur auf die Eisenbahn zu setzen. Wir haben abgewogen die Gründe, die für und gegen eine Flucht sprachen. Fluchtfähigkeit bei einem körperlich sehr schwer kranken Menschen würde ich auch verneinen. Dr. Höfle wußte damals noch nicht, welche Beweise wir hatten, insonderheit auch nicht, was wir über die Postgelder wußten. Ich hätte von vornherein auch bei den Zeugenbernehmungen nicht den Eindruck, als ob der Reichsminister Dr. Höfle sich unschuldig fühlte.

Außer dem Fluchtverdacht lag auch noch Verdunkelungsgefahr vor. In dem Augenblick, wo Dr. Höfle annehmen mußte, daß er bestraft werden müßte, wenn er alles, was er aufgebaut hatte, zusammenbrechen sah, dann mußte für ihn der Gedanke kommen, anderwärts hinzugehen. Dr. Höfle sprach zu mir jedenfalls in dem Sinne, daß er mit der Eisenbahn nach Rauheim fahren wolle. Der Fluchtverdacht war nicht geringer, sondern stärker geworden, und ärztliche Gutachten sahen, es liegt keine Lebensgefahr vor. Aus dem Gutachten von Dr. Thiele vom 16. April kam uns erst zur Kenntnis, daß Dr. Höfle seelisch beeinträchtigt war. Ende Februar und im März hatten wir davon noch nichts gehört.

Eine etwaige Behandlung der Kranken war Sache des Untersuchungsrichters oder der Strafvollzugsbehörde.

Ueber seinen körperlichen Zustand hat Dr. Höfle mir gegenüber nicht geklagt. Anträge auf Haftentlassung wegen seines Befindens sind von Dr. Höfle nicht gestellt worden.

Die Verlegung Dr. Höfles in die Nähe der Zellschleuse hat die Staatsanwaltschaft nicht veranlaßt, das ist Sache der Gefängnisverwaltung. In dem Gutachten von Medizinalrat Dr. Störmer und Medizinalrat Krauß war gesagt, daß Lebensgefahr nicht vorlag. In der Presse ist über den Gesundheitszustand sämtlicher Herren, die wir da haben, fast durchweg falsch berichtet worden.

Von Zentrumskreisen wird darauf der Antrag gestellt, in der Nachmittags Sitzung Frau Dr. Höfle darüber zu hören, daß ihre Besuchszeiten bei ihrem Mann, wenn noch Parteifreunde ihn sprächen, gestürzt wurden und daß sie ihn bei ihren Besuchen in einem wesentlich verschlechterten Gesundheitszustande als vor der Inhaftnahme gefunden habe. Ferner soll durch die Bernehmung der Frau Dr. Höfle der Widerspruch in den Aussagen der Zeugen, Staatsanwaltschaftsrat Felker und Generaldirektor Hermkes, gestärkt werden.

Zeuge Felker habe die Frage der Frau Dr. Höfle, ob ihr Mann verhaftet worden sei, verneint. Frau Dr. Höfle habe aber gefragt, ob ihr Mann verhaftet werden sollte, und diese Frage habe man verneint.

Da der Ausschuss der Meinung ist, daß die heutige Bernehmung der Frau Dr. Höfle die Mannhaftigkeit der Untersuchungsführung beeinträchtigen könne, wird der Zentrumsantrag auf die heutige Ladung der Frau Dr. Höfle zurückgezogen.

Es tritt darauf eine einstündige Mittagspause ein. In der Nachmittags Sitzung fand zunächst die Bernehmung des Untersuchungsrichters von Dr. Höfle, Rothmann, statt. Der Zeuge erklärt, Dr. Höfle sei von ihm bereits in einem früheren Stadium des Barmat-Verfahrens als Zeuge vernommen worden, und diese Bernehmung habe ihn dazu geführt, die Akten darüber der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten, weil es dem Zeugen erschien, als ob ein Verdacht wegen Beteiligung an der Barmat-Sache gegen Dr. Höfle vorliege.

Der Vorsitzende stellt fest, daß aus Mitteilungen des Justizministeriums ersichtlich sei, daß der ursprüngliche Haftbefehl nur erlassen wurde wegen passiver Bestechung. Der Zeuge bekennt, daß später wegen der Verstärkung der Verdachtsmomente, die auf Verbrechen der Untreue und des Betruges schließen ließen, sich eine Ausdehnung des Haftbefehls auf diegebe Latein notwendig machte. Das sei am 9. April geschehen. Im weiteren Verlauf gibt der Zeuge eine juristische Darlegung über die Abgrenzung der einzelnen Delikte, die für das Vorgehen gegen Dr. Höfle in Betracht kamen, und erklärt, daß, als er das Untersuchungsverfahren am 10. Februar eröffnet habe, er alle drei Fälle, sowohl den Fall der passiven Bestechung wie den der Untreue und des Betruges gemeint habe. Auch der Fall des Zweisemikontokredits falle unter den Gesichtspunkt der Untreue. Ferner bestätigt der Zeuge, daß man zurückgegriffen habe auf die attentunfähigen Lasten; es handle sich um den in der „Deutschen Zeitung“ behandelten Fall, der von Dr. Höfle angeordneten Herausgabe von Akten aus dem Reichspostministerium und deren Ueberführung in die Schokoladenfabrik von Schandorf. Ich habe spezielle Akten im Auge, die dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft überliefert worden sind von einem Herrn, dem sie illegal übergeben worden waren und der sich dann gedrängt gefühlt hat, diese auszuliefern. Auch der Verdacht war begründet, daß Dr. Höfle den Versuch machen könnte, Zeugen zu falschen Aussagen zu verleiten. Das schloß ich aus einer Differenz zwischen den Aussagen Dr. Höfles und Lange Hegermanns. Nachdem Dr. Höfle in Widerspruch verwickelt war und ihm die Unrichtigkeit gewisser Aussagen nachgewiesen war, mußte ich befürchten, daß er versuchen würde, durch Belpredung mit Lange Hegermann, der damals auch noch auf freiem Fuß war, diese Differenzen auszugleichen.

Eine schriftliche Begründung des Antrags der Staatsanwaltschaft ist mir nicht gegeben worden.

Eine mündliche Begründung ist möglicherweise bei den Besprechungen gegeben worden. Bei der laufenden Fühlungnahme zwischen Staatsanwalt und Untersuchungsrichter sind diese beiden Dinge, nämlich Fluchtverdacht und Kollisionsverdacht, besprochen worden. Der Kollisionsverdacht entstand durch das Verhalten des Abg. Dr. Höfle bei seiner Bernehmung. Die Festnahme des Abg. Dr. Höfle durch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Felker ist nicht im Einverständnis mit mir erfolgt. Frau Dr. Höfle ist amlich von der Verhaftung ihres Mannes nicht benachrichtigt worden. Es ist ein Beamter von mir beauftragt worden, noch abends oder in der Nacht Frau Dr. Höfle zu benachrichtigen. Ich habe dann zu meiner Ueberzeugung erfahren, daß Frau Dr. Höfle von der Verhaftung erst aus der Zeitung Kenntnis erhalten hat. Gegen den Beamten, der diesen Auftrag vernachlässigt hat, ist nichts erfolgt.

Nach dem 10. Februar habe ich Höfle dann noch sechs mal in langen Bernehmungen vernommen. Sie gestalteten sich in späteren Stadium schwierig mit Rücksicht auf die Gesundheit Dr. Höfles. Die zweite Bernehmung kam acht Tage später gewesen sein. Er sagte mir beim zweitenmal, er käme aus dem Lazarett. Damals habe ich auch noch nichts Auffälliges bemerkt. In der zweiten und dritten Bernehmung hatte ich den Eindruck, daß er unter der Haft mehr als andere litt. Bei der vierten Bernehmung fiel mir die Abmagerung auf. In der Bernehmung machte er einen besonders schlechten Eindruck.

Die Umagerung war so, wie ich sie bei Untersuchungsgefangenen noch nicht beobachtet habe.

Bei der dritten Bernehmung habe ich ihn im Lazarett vernommen, da der Arzt nicht wünschte, daß er aufstehe. Das Gut-

achten der Ärzte hat mir vorgelegen. Ich hatte die Sorge, daß es schlimmer mit seinem Zustand werden könnte. Deswegen habe ich die Ärzte auch immer wieder gefragt. Die Frage des Fluchtverdachts habe ich dahin beantwortet müssen, daß eine Flucht, trotz schlechten Gesundheitszustandes, doch noch möglich sein würde, wenn er nicht gerade bewußtlos sei. Auch in diesem Falle kann er von willigen Freunden noch fortgeschafft werden. Dr. Höfle hat mehrfach auf seine Entlassung gedrängt, aber mir ist nicht erinnerlich, daß er dabei auf seinen Gesundheitszustand hingewiesen hätte. Er hat immer wieder darauf hingedringt, seine Bernehmung und Voruntersuchung möglichst schnell zu Ende zu führen. Wenn er bei solcher Bernehmung nach dem Herzen sah und auch Sch wäch e anfälle befürchtete, habe ich eine Pause gemacht und ihn gefragt, ob ich die Bernehmung unterbrechen soll.

Klagen über verkürzte Sprechzeit sind mir nicht vorgebracht worden. Dr. Höfle ist in dieser Beziehung genau so behandelt worden wie alle anderen Untersuchungsgefangenen. Jeder bekommt alle 10 Tage Sprecherlaubnis für seine Ehefrau, Kinder und Eltern. Anträge auf häufigere Sprecherlaubnis sind bei mir nicht eingegangen, nur hat einmal ein Abgeordneter Dr. Höfle sprechen wollen. Das ist aber abgelehnt worden. Auf meine Frage erhielt ich die Antwort, der Abgeordnete wolle gar nicht selbst Dr. Höfle sprechen, sondern eine Dame. Ich erhielt auf weitere Fragen die Antwort, die Dame stände in verwandtschaftlicher Beziehung zu Dr. Höfle. Sie wüßte ihn zu sehen und ihm Trost zuzusprechen. Das habe ich abgelehnt.

Abg. Baumhoff (Z.) fragt dann den Zeugen nach den Daten der siebenmaligen Bernehmung Dr. Höfles. Er nehme an, daß die letzten fünf Bernehmungen erst schnell in der letzten Zeit erfolgten. Der Zeuge erwidert, daß er das im Moment nicht genau feststellen könne. Ebenso kann der Zeuge keine Auskunft geben, wer für die letztentätige Verzögerung des Antrages der Frau Höfle auf eine Untersuchung verantwortlich zu machen sei. Wenn nach dem Tode des Dr. Höfle ein ganzes Bündel Briefe an Frau Dr. Höfle überandt worden sei, so habe er das nicht veranlaßt. Vielleicht hatten die Briefe im Gefängnis oder im Krankenhaus gelegen.

Weiter stellt Abg. Baumhoff (Z.) fest, daß der Gefängniswärter bei einem Besuch von Frau Höfle die Begrüßung mit ihrem Mann unterbunden habe.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Weyl (Soz.) bemerkt der Zeuge, daß er einen Häftling entlasse, wenn der Arzt die Versicherung abgibt, daß eine Lebensgefahr besteht, und so der Zweck der Untersuchung hinfällig werde. Auf eine weitere Frage des Abgeordneten, wieviel solcher Entlassungen denn im Laufe des Jahres vorgekommen waren, erwidert der Zeuge, er erinnere sich keines solchen Falles. Der Zeuge habe einmal Gelegenheit gehabt, Dr. Höfle zu sehen, als er Schlafmittel bekam und er habe sich bei ihm persönlich dahin ausgesprochen, er leide sehr darunter, daß er zu wenig Schlafmittel bekomme. Bei dieser geringen Dosis Pulver könne er nicht schlafen. Die Frage der Haftfähigkeit sei zwischen ihm und Dr. Störmer eingehend besprochen worden. Eine Beurteilung nach Rauheim glaubte er nicht verantworten zu können, weil das einer Aufhebung der Untersuchungshaft gleichgekommen wäre. Wer die fortlaufenden Nachrichten über die Untersuchung in die Presse gegeben habe, wisse er nicht. Frau Dr. Höfle sei erstmalig etwa acht Tage vor dem Tode ihres Mannes bei ihm (dem Zeugen) gewesen und habe um die Entlassung Dr. Höfles gebeten. Der Zeuge hat Frau Dr. Höfle das Gutachten der Ärzte bekanntgegeben und ihr gesagt, daß er nicht in der Lage sei, ihrem Wunsch stattzugeben.

Darauf habe Frau Dr. Höfle erwidert, sie kenne ihren Mann besser als die Ärzte; er würde nicht mehr acht Tage leben.

Damit ist die Bernehmung Dr. Rothmanns beendet, und es wird der Oberstaatsanwaltsdirektor des Moabiter Untersuchungsgefängnisses, Bullig, vernommen. Er bekennt, er habe Höfle nur einmal gesprochen, unmittelbar nach seiner Entlassung. Höfle machte damals einen gesunden Eindruck. Später habe er dann erfahren, daß Höfle in die Charité übergeführt werden sollte. Beim Strafanwaltsarzt Dr. Thiele habe er dann später ein kurzes Zeugnis bekommen, wonach Dr. Höfle haftfähig sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß der Witwe Dr. Höfles nach dessen Ableben noch ein ganzes Paket von Briefen übergeben worden sei.

Der Zeuge erklärt dazu, daß Höfle die Briefe wahrscheinlich gar nicht abgeliefert habe. Ihm sei nichts davon bekannt, daß Briefe Dr. Höfles zurückgehalten worden seien.

Der Zeuge gibt auf Fragen an, daß seit dem 1. Januar 1924 im Gefängnis acht Untersuchungsgefangene gestorben sind. In Krankenhäuser überführt und dort verstorben sind drei. Wegen Krankenhäuser übergeführt und dort verstorben sind drei. Wegen 21, in diesem Jahre bis jetzt 5.

Bewußtlos wurde Höfle am 18. April nachmittags. Der Gefängnisarzt Dr. Thiele wurde zweimal telephonisch benachrichtigt und kam um 6 1/2 Uhr. Davon, daß Dr. Thiele es das erste mal abgelehnt habe, zu kommen, weiß der Zeuge nichts. Eine Wagnispülung ist nicht vorgenommen worden, da Höfle bewußtlos war. Auf Fragen bekennt der Zeuge weiter, es seien in dem Bette von Dr. Höfle noch 31 Tabletten Panthronon und Luminal gefunden worden. Es bestrebe der Verdacht, daß ein ungetreuer Pfleger Dr. Höfle diese großen Mengen zugeföhrt hatte. Medizinalrat Dr. Störmer hat der Zeuge am 18. April nachts gegen 11 Uhr gesprochen, nachdem vorher Dr. Thiele schon dagewesen war. Dr. Störmer sagte damals, der Zustand wüßte nicht ernst. Das habe der Arzt auf Grund der Untersuchung geäußert. Die Einnahme der Schlafmittel sollte durch den Wärter kontrolliert werden, so lautete die Anweisung. Die Wärter bekommen nur diejenige Anzahl von Tabletten, wie sie zur die verschlehten Kranken benötigt werden. Ueberflüssige Tabletten seien des Morgens zurückzugeben. Auch am Sonntag, den 19. April, sei Dr. Thiele wieder zur Untersuchung gekommen, wo er diesmal festgestellt, daß der Zustand Dr. Höfles ernst sei, da die Bewußtlosigkeit anhalte. Als eine Lunaticitätsbehandlung hinzutrat, sei Dr. Thiele die ganze Nacht bei Dr. Höfle geblieben. Am anderen Morgen sei dann die Ueberführung nach dem Hebdwigenfrankenhaus erfolgt. Frau Dr. Höfle war in der Nacht gegen 12 Uhr 15 Minuten von dem Zeugen von dem ersten Zustande ihres Gatten benachrichtigt worden. Den vollständigen Untersuchungsrichter habe man zweimal von dem verschlimmerten Zustand des Erkrankten in Kenntnis gesetzt. Dieser habe darauf die Ueberführung angeordnet. Der Zeuge erklärt nochmals, daß die Pfleger Anweisung hatten, bei der Einnahme der Tabletten durch die Kranken anzuwesend zu sein. Aber ein Pfleger habe ihm gegenüber erklärt, er habe sich nicht an die Verordnung gehalten, da es üblich war, daß die Kranken die Tabletten um 7 Uhr bekamen, die Wirkung bei Dr. Höfle aber ausgeblieben sei, wenn er sie schon um 7 Uhr genommen hätte. Im Vertrauen auf die soziale Stellung Dr. Höfles habe er ihm die Einnahme der Tabletten um 10 Uhr abends selbst überlassen.

Damit ist die Bernehmung beendet. Der Ausschuss verlagert sich auf Mittwoch vormittag 11 Uhr.

Getreidepreise und Brotzoll.

Zu den bevorstehenden Zolldebatten.

Am 29. April konnte auf der Hauptversammlung der Deutschen Industrie- und Handelskammer der frühere Reichswirtschaftsminister Hamm die Frage der Agrarzölle eine der ernstesten, die einer leidenschaftslosen Prüfung bedürfte. „Wenn die Landwirtschaft für Getreide ungefähr die Realpreise für 1913 erhält“, so erklärte er, „so kann sie nur zukünftige Sorgen geltend machen. In einer Besprechung dieser Rede bezeichnete ein Organ der rheinisch-westfälischen Industrie, die „Kölnische Zeitung“, es als Tatsache, daß „Getreidezölle gegenwärtig sinn- und zwecklos wären“. Bei dieser Gelegenheit trumpfte das politisch volksparteiliche Blatt mit der Feststellung auf, daß die Getreidezölle nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Landwirtschaft, in der Hauptsache den Großgrundbesitz, begünstigten. „Die geschickte Werbetätigkeit des Reichslandbundes hat diese Zusammenhänge verwischt, so daß heute oft hinter den Vertretern des Getreidezolls Kreise der Landwirtschaft stehen, deren Interessen an sich gegen einen Getreidezoll gehen müßten.“

Über die parlamentarische Situation bezüglich der Getreidezölle machte die „Kölnische Zeitung“ in diesem Zusammenhang interessante Eröffnungen. Sie wies nachdrücklich auf einen Bruch in der Front der bürgerlichen Parteien hin, der „möglichst weitestgehende parlamentarische Gruppierungen erkennen lassen“ wird. Denn: „Keine Partei kann es sich ihrer Wählerchaft gegenüber erlauben, geschlossen für die Getreidezölle einzutreten.“ Daß dieser Bruch mitten durch die Parteien geht, dafür ist gerade die Deutsche Volkspartei in den letzten Tagen zum Beispiel geworden. An demselben Tage, an dem die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ ihre Kritik der Getreidezölle veröffentlichte, konnte der „Vorwärts“ schon Kenntnis geben von einem Antrag der Deutschen Volkspartei im Reichstag, die Regierung möge schleunigst die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Zollschutzes und der Veterinärpolizei treffen, um der sich ungleich immer schwieriger gestaltenden Lage der Landwirtschaft abzuwehren. Der Bruch zwischen Industrie- und Agrarkapital ist damit nochmals hervorgehoben.

Der Preisstand des Brotgetreides.

Die Bemerkung des Reichswirtschaftsministers Hamm über die Realpreise für 1913, welche die agrarischen Getreidelieferanten zurzeit genießen, lenkt die Aufmerksamkeit erneut auf die Preisgestaltung. Das tägliche Getreide- und rüchläufigen Getreidepreisen reizt zur Nachprüfung. Da ergibt sich dann für die Zeit seit Anfang dieses Jahres im Vergleich mit dem Jahre 1913 das folgende Zahlenbild. Es kostete an der Berliner Börse die Tonne (1000 Kilo):

Im Durchschnitt	Weizen	mehr als 1913	Roggen	mehr als 1913
des Jahres 1913	198,90	164,30		
des Monats Januar 1925	252,50	27,6 Proz.	247,00	50,7 Proz.
des Monats Februar 1925	252,40	26,9 Proz.	250,—	52,2 Proz.
des Monats März 1925	252,20	26,8 Proz.	237,50	44,5 Proz.
des Monats April 1925	247,15	24,3 Proz.	225,40	37,2 Proz.

Es ist demnach Tatsache, daß die Brotgetreidepreise gesunken sind. Deshalb stehen sie doch noch ohne Zollschutz weit über den durch Zollwucher erreichten (gegenüber den Weltmarktpreisen um den Zollbetrag überhöhten) Vorkriegspreisen. Im Monat April erfreuten sich die deutschen Brotgetreideproduzenten einer Preishöhe, die (Weizen- und Roggenentmengen des Jahres 1924 zueinander ins Verhältnis gesetzt) durchschnittlich 33% Proz. über Vorkriegshöhe lag. Nach der Reichstatistik kollidiert dagegen im Monat März landwirtschaftliche Maschinen 27,7 Proz. mehr als vor dem Kriege und Elektromotoren 21 Proz., landwirtschaftliche Werkzeuge und Geräte 52,5 Proz., Wagen und Karren 26,4 Proz. mehr. Andere Produktionsmittel der Landwirtschaft weisen zum Teil geringere Leertumsraten auf. Im ganzen kann man feststellen, daß bei den gegenwärtigen Brotgetreidepreisen die deutsche Landwirtschaft ohne Schutz keine geringeren Realpreise erhält, als vor dem Kriege. Dazu kommt, daß sie für nicht wenige ihrer Produkte stärker gestiegene Preise erreicht, als für Roggen und Weizen. Sie profitiert gleichzeitig von der Entschärfung durch die Inflation. Ein durch zu niedrige Preise verschuldeten Kostendruck ist demnach keinesfalls vorhanden, am wenigsten ein dringender.

Die wahren Gründe der Agrarkrise.

Der tatsächliche Notstand der Landwirtschaft ist in der Knappheit an Betriebskapital begründet, welche die Inflation hervorgerufen hat. Diese Knappheit aber ist in der Gegenwart durch spekulative Momente weit über ihre sachlich begründete Bedeutung gesteigert. Diese Spekulation knüpft an die nun schon lange Zeit dauernde Zollwuchererhöhung der Großagrarien an. Sie äußert sich in einem möglichst umfassenden Festhalten der Bestände durch „die erste Hand“, die Landwirte, um von erhofften höheren Preisen profitieren zu können. Inzwischen dient die so verschärfte Kapitalknappheit dazu, die „Not“ der Landwirtschaft stärker zu betonen und damit die Zollbesetzungen zu fördern.

Daß dem tatsächlich so ist, das ist leicht zu beweisen. Beispielsweise sei vermerkt, daß ein Bericht der „Kölnischen Zeitung“ vom Berliner Markt für Landeserzeugnisse vom 3. April feststellte: „Nicht uninteressant ist, daß die Provinzforderungen für deutsches Brotgetreide bei sehr schwachem Angebot sehr wenig nachgiebig waren...“ Damit sind die Preise deutschen Brotgetreides für Roggen höher, als amerikanischer Roggen zu kaufen ist, und stellen sich auch für inländischen Weizen, wenn man die soviel bessere Beschaffenheit des Auslandsgetreides in Betracht zieht, verhältnismäßig teurer als überseeische Ware. Der Bericht derselben Zeitung vom 9. April sagte: „Die Knappheit des inländischen Getreideangebots hat angehalten, so daß die Mühlen sich nach wie vor damit nur völlig ungenügend versorgen können. Die Preise für deutsches Brotgetreide bleiben verhältnismäßig sehr hoch...“ Vom selben Tage berichtete die „Industrie- und Handels-Zeitung“:

„Was die Situation in Deutschland betrifft, so haben wir es hier nach wie vor mit einer kaum je erlebten Knappheit des Angebotes von Brotgetreide zu tun. Wenn auch gegenwärtig die Feldarbeiten alle landwirtschaftlichen Gespanne in Anspruch nehmen und schon daraus sich schwaches Angebot erklärt, so geht die Knappheit der Offerten doch weit über alles frühere Maß hinaus.“

Vom 18. April wurde aus Berlin wiederum berichtet: „Das Inlandangebot von Brotgetreide bleibt knapp und stellt sich merklich teurer, als sich Auslandware nach Berlin legt.“ Schließlich sei noch folgende Nachricht vom 24. April verzeichnet: „Das Geschäft in Roggen lag im allgemeinen am Berliner Markt weniger fest als das des Weizens. Nachdem anfänglich hier der Preis der amerikanischen Flüsse nicht entsprechend gefolgt war, hatte sich für die Erforderungen der zahlreichen amerikanischen Roggenangebote ein guter Bezugsnutzen entwickelt, und es waren große Mengen von allen Teilen Deutschlands erworben worden.“ Immer wieder spricht

man in den Berichten von den deutschen Getreidemärkten auf solche Klagen über den

mangelnden Lieferwillen der deutschen Getreidebesitzer.

auf die Feststellung spekulativer Zurückhaltung, auf die Tatsache, daß in Deutschland Getreide auch ohne Zollschutz über dem Weltmarktpreis steht, daß das durch die Fracht und andere Umkosten verteuerte Auslandsgetreide billiger als das auch qualitativ geringwertige deutsche Getreide zu haben ist. Dies Treiben ist so gemein wie raffiniert. Das Wohl der Volksmassen ist für die Agrarier eine belanglose Nichtigkeit, wenn nur ihr Geschäft gedeiht. Auf ihr Spiel immer nachdrücklicher hinzuweisen, ist um so notwendiger, weil nunmehr der Schlussschlachtkampf um die Schutzzölle nahe bevorsteht. Am 29. April hat der Landwirtschaftsminister Graf Konig im Haushaltsausschuß des Reichstages offiziell den „lückenlosen Zolltarif“ verlangt. Zur Begründung der Agrarforderungen war ihm das alte Märchen von der Nichtigkeit, alle in Deutschland benötigten Agrarprodukte in Deutschland zu erzeugen, gerade recht. Der Reichskanzler hat am selben Tage erklärt, daß die Reichsregierung beabsichtige, sich in den nächsten Tagen über die endgültige Gestaltung der Zollvorlage schlüssig zu werden, um dann ihr Möglichstes zu tun, damit der Reichstag und der Reichsrat die Vorlage schnell verabschieden.

Grenzen des Getreidepreisrückgangs.

Der Rückgang des Getreidepreises darf nicht zu der falschen Annahme verführen, daß nun etwa billige Kornpreise zu erwarten wären. In all dem spekulativen Treiben hin und her, nach oben und unten, ist schließlich doch die Befestigung in einem kleineren Kreis um den „richtigen“ Preis durch. Haben erst die Hausiers in den Vereinigten Staaten von einer an sich richtigen Voraussetzung aus die Preise übermäßig heraufgetrieben, so haben dann alle Anstrengungen der Baissiers den Preis doch nur so weit zu werfen vermocht, daß sie jetzt immer noch weit über Vorkriegsstand stehen. Das auch jetzt noch vorhandene tägliche Auf und Ab der Preise pendelt um den Versorgungsstand mit Brotgetreide, der entscheidend bestimmend ist durch die Lage Rußlands, das nicht mehr Ausfuhrland größten Stils ist, sondern bestenfalls sich selbst genügt. Aus den verschiedensten Anzeichen schließt der Sachverständige des amtlichen Landwirtschaftsbureaus der Vereinigten Staaten, Baker, daß die Welt für viele Jahrzehnte an Getreidemangel leiden wird. Mag dies auch zu weit gehen, so verdienen doch alle Sachverständigen, daß die Versorgung auf lange Zeit sehr knapp sein wird. Das bedeutet aber für eben so lange Zeit hohe Getreide-, hohe Brotpreise.

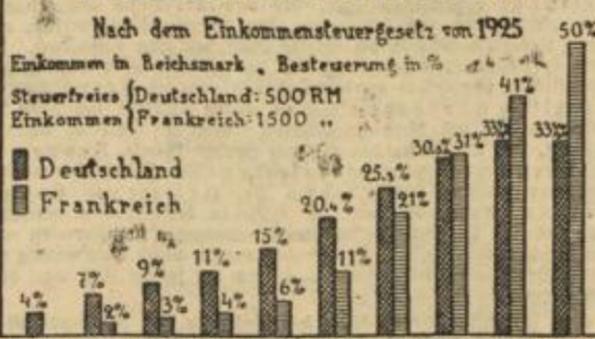
Alle ernsthaften Beurteiler, die nicht den nackten Agrarier egoismus zur Richtlinie ihres Urteils nehmen, sind darin einig, daß die Zeit der Brotgetreidezölle vorbei sein muß. Die Zollfrage ist aber keine Rechts-, sondern eine Machtfrage. Die breiten Massen werden in dieser Frage nur dann ihre Interessen, die auch die Interessen des sozialen Fortschritts sind, durchsetzen können, wenn sie ihre Macht geschlossen einsehen. Führerin in den kommenden Kämpfen wird die Sozialdemokratie sein.

Der Abfall des Deutschen Kalibndikats G. m. b. H. im Monat April 1925 betrug 667 731 Doppelzentner Reinfali gegen 560 659 Doppelzentner Reinfali im April 1924. Der Gesamtabfall der ersten vier Monate des Jahres 1925 beträgt 5 787 937 Doppelzentner Reinfali gegen 2 778 113 Doppelzentner Reinfali in den ersten vier Monaten des Jahres 1924. — Die starke Steigerung des Kalibndikates — sie war während der ersten vier Monate doppelt so groß wie im Vorjahr — läßt den Schluss zu, daß Lage und Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft längst nicht so trostlos sind, wie es von Agrarierführern behauptet wird.

Einkommensteuer in Deutschland und Frankreich.

Bereits in seiner Reichstagsrede zum Finanzhaushalt hat Genosse Herz darauf hingewiesen, wie groß der Unterschied in der Besteuerung des Einkommens in Deutschland und Frankreich ist. In der folgenden graphischen Darstellung ist nun zusammengefaßt, wie die steuerliche Belastung der kleinen und der großen Einkommen in Frankreich sich zu derjenigen in Deutschland verhält. Das französische Einkommensteuergesetz ist angenommen. Seine Sätze wurden in Goldmark umgerechnet. Die deutschen Steuersätze sind dem Regierungsentwurf über das Einkommensteuergesetz entnommen.

Die Besteuerung des Einkommens in Deutschland und Frankreich



Hier tritt mit einer Deutlichkeit zutage, wie die kleinen Einkommen in Deutschland drei und dreieinhalbmal so hoch besteuert werden wie in Frankreich, während die deutsche Steuer mit einem Satz von 33% Proz. aufhört. Die französische Einkommensteuer erfaßt dagegen die großen Einkommen sogar mit fünfzig Prozent.

Ähnlich ist die Gestaltung der Einkommensteuer in England, sofern man deren Sätze mit den deutschen vergleicht.

Herr v. Schlieben meint, daß die Steueremoral hohe Steuersätze über 33% Proz. hinaus nicht verträglich. Mit diesem Worte wird die geringe Besteuerung der hohen Einkommen begründet. Ob Herr v. Schlieben damit sagen will — wozu man übrigens bei einem Vergleich der deutschen mit den ausländischen Einkommensteuersätzen kommen muß —, daß nirgends die Steueremoral der Besitzenden so tief ist wie in Deutschland?

Ludw. Loewe u. Co. A.-G. Berlin. Bilanz und Geschäftsbericht des bekannten Unternehmens verstärken den Eindruck, den schon die Halberstadtbilanz hinterließ; die Gesellschaft legt mit Nachdruck ihre außerordentlich vorsichtige Geschäfts- und besonders Gewinnpolitik der Vorkriegszeit fort. Hatte schon die Goldbilanz die im Wert seit der Vorkriegszeit sicher nicht verringerten Grundstücke und Gebäude um über 30 Proz. niedriger angelegt als 1913, die gesamte Fabrikeinrichtung aber, die über 3500 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, zu dem lächerlich geringen Betrag von 1,70 Mill. M., so setzen Bilanz und Gewinnrechnung von 1924 die alte Übung stiller Reservenbildung fort. Bei den Betriebs- und Fabrikationsmaschinen wird nicht nur der sicher niedrig bewertete Zugang von 281 000 M., sondern der ganze Posten mit 50 Proz. (1,125 Mill.) abgeschrieben, so daß die Fabrikeinrichtung noch mit ganzen 1 125 416 M. zu Buch steht. Ebenso sind sämtliche Zugänge an Werkzeugen, Einspannvorrichtungen, Vehren, Modellen, an Utensilien und Fahrzeugen voll aus dem Jahresertragnis von 1924 abgeschrieben worden; alle diese Posten sind mit je 1 M. ausgewiesen. Die Fabrikate und Materialien, die 1913 trotz der auch damals sehr vorsichtigen Bewertung noch doppelt so hoch angelegt waren als in der Goldbilanz, erscheinen mit 3,50 und 0,55 Mill. Die Erträge aus den 8,34 Mill. Beteiligungen, über deren genauere Zusammensetzung auch heute noch nichts verraten wird und die im Durchschnitt 8—10 Proz. Dividende bringen, fehlen in der Gewinnrechnung von 1924 noch. So kann der ausgewiesene Reingewinn von 1,42 Mill. M. nicht viel über den tatsächlichen Reingewinn von 1924 belagen. Die 8 Proz. Dividende, welche die Gesellschaft auf ihre 15 Mill. Aktien verteilt, hätten ebensogut auch 12 oder 16 Proz. sein können, ohne den tatsächlich erzielten Gewinn zu überschreiten oder den Aktienkurs ungebührlich zu erhöhen (am 5. Mai 133 Proz.). Wenn man berücksichtigt, daß die Loewe-Aktionäre heute über ein gegenüber 1913 verdoppeltes Aktienkapital verfügen, obwohl sie kaum die Hälfte dieser Verdoppelung wirklich eingezahlt haben, so haben ihre Aktien heute wieder annähernd den Wert der Vorkriegszeit, wo 20 Proz. Dividende die Regel waren. Nur steht dieser Wert im Unternehmen selbst und wird auch wieder, wie früher, sich im Kurs der Aktien geltend machen. Allerdings ist der Vorteil der Aktionäre den Inflationsgewinnen aus den Obligationsschulden zu danken, die 1913 noch 10% Mill. ausmachten, während sie heute ganze 51000 M. betragen. Als Beweis für die Notlage der deutschen Metall- und Maschinenindustrie kann der Geschäftsabfall der Firma Loewe u. Co. jedenfalls nicht dienen.

Fusion in der Zink- und Bleihüttenindustrie. Die A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation Stolberg und die Rhein-Rassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G. stehen vor der Verschmelzung. Da sich mindestens 80 Proz. des Kapitals der letzteren im Besitze der Stolberger Zink- u. G. befinden und die Rheinisch-Rassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G. ihr Geschäftsjahr 1924 mit Verlust abgeschlossen hat, dürfte letztere der Verschmelzung mit der Stolberger Zinkgesellschaft wohl zustimmen. Beides sind alte Unternehmungen, hatten aber zunehmend unter der immer heftigeren Konkurrenz, besonders der ausländischen Produzenten, zu leiden. Trotz ihrer reichlichen Inflationsgewinne aus Obligationsschulden aus der Vorkriegszeit konnte die Stolberger Zinkgesellschaft ihr Vorkriegskapital (16,9 Millionen) nur mit 12,08, die Rheinisch-Rassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G. (10 Millionen) gar nur mit 3,3 Millionen erhalten, wenn auch für bessere Konjunkturzeiten im Anlagen- und Förderbesitz der beiden Gesellschaften große mobilisierbare Reserven stecken. Die beabsichtigte Verschmelzung wird bei ihrer Durchführung auf dem bisherigen Verhältnis der beiden Gesellschaften wenig ändern. Kurz nach dem Erwerb der Aktienmehrheit durch die Stolberger Zinkgesellschaft wurde zwischen den beiden Werkgruppen ein Interessengemeinschaftsvertrag mit gemeinsamer Betriebsverwaltung und Gewinnverteilung abgeschlossen, wobei den Aktionären der Rhein-Rass. Bergwerks- und Hütten-A.-G. eine bestimmte Dividende garantiert, die gesamte Betriebsführung aber der Stolberger Zinkgesellschaft übertragen wurde. An die Stelle dieser Interessengemeinschaft wird bei der Verschmelzung die Einheit der beiden Unternehmungen treten, die äußerlich durch Einfluß der Rhein-Rassau-Aktien gegen Stolberger Zinkaktien zum Ausdruck kommt. Für diesen Austausch wird der Stolberg-Konzern sein Aktienkapital von 12,08 auf 13,5 Millionen erhöhen. Der Stolberg-Konzern hat eine Belegschaft von etwa 5000 Arbeitern und Angestellten.

Die Berliner Effektenbörse bleibt im Monat Juni an den Sonnabenden geschlossen. Eine Rotierung für Devisen und Renten findet ebenfalls nicht statt. Am Sonnabend vor Pfingsten, 30. Mai, bleibt die Effektenbörse ebenfalls geschlossen.

Fünfter Deutscher Bauhüttenkongress. Der Verband sozialer Baubetriebe beruft den Fünften Deutschen Bauhüttenkongress auf die Zeit vom 14. bis 16. Mai nach München ein. Die Tagung zerfällt in eine öffentliche und in eine geschlossene Sitzung. In der öffentlichen Sitzung am 15. Mai, zu der auch die Regierungen des Reiches und der Länder, eine Reihe großer deutscher Städte, sowie die öffentlich-rechtlichen und gemeinnützigen Bauauftraggeber eingeladen sind, wird Herr Finanzminister a. D. Hermann Lüdemann über „Die Bauhütten im Wirtschaftskampfe“, Herr Geheimrat Dr. H. Bachem, Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu Berlin, über „Geldmarkt und Baugewerbe“, Reichstagsabgeordneter Hermann Silberstein über den „Sturm auf die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen“, und Herr Architekt Richard Linneke über „Die wirtschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe“ sprechen. In der geschlossenen Sitzung am 16. Mai sollen organisatorische Fragen der Bauhüttenbewegung behandelt werden. Mit der Tagung ist eine kleine Ausstellung sowie die Besichtigung der Bauhütte München und Südbayern und am Sonntag ein gemeinsamer Ausflug ins bayerische Hochland verbunden.

Die Neubildung des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbndikats ist durch den freiwilligen Beitritt sämtlicher Zeichenbesitzer des Ruhrgebiets am Dienstag erfolgt.

Mexikofahrt. Nachdem im vorigen Jahre von Skandinavien aus eine lautmännliche und industrielle Expedition nach Mexiko fahrgelunden hat, läßt jetzt das Generalkonsulat von Mexiko in Hamburg zu einer gleichartigen Veranstaltung, die für deutsche Interessenten bestimmt ist, ein. Die Reise soll insgesamt etwa 2 1/2 Monate dauern; die Ueberfahrt kostet 350 Dollar, die Gesamtkosten werden auf etwa 500 Dollar geschätzt. Der Regierung von Mexiko liegt daran, daß auch Arbeitervertreter sich an dieser Fahrt, auf der in 31 Tagen alle Sebenswürdigkeiten und insbesondere die wirtschaftliche Organisation des Landes gezeigt werden sollen, beteiligen. Erinnert sei daran, daß bereits früher aus ähnlichem Anlaß deutsche Gewerkschafter Mexiko besucht haben, dessen Präsident Calles der Gewerkschaftsbewegung selbst nahesteht. Die mexikanische Vertretung in Deutschland ist bemüht, für Arbeitervertreter, die die immerhin recht beträchtlichen Kosten der Fahrt nicht aufbringen können, noch besondere Vergünstigungen zu gewähren. Auskunft hierüber kann beim Generalkonsulat von Mexiko in Deutschland, Hamburg, an der Wilfer 65, und bei der mexikanischen Gesandtschaft in Berlin eingeholt werden. Die Fahrt beginnt am 30. Mai.



Servus

mus man benutzen zum Stiefel putzen

Der Mensch als Lebensmasse.

Von R. Francé.

Irgend ein Anzeichen, daß es Leben außerhalb der Erde gibt, existiert nicht. Der Verstand erhebt da zwar gewisse Forderungen, aber die Erfahrung hat davon noch nichts bestätigt.

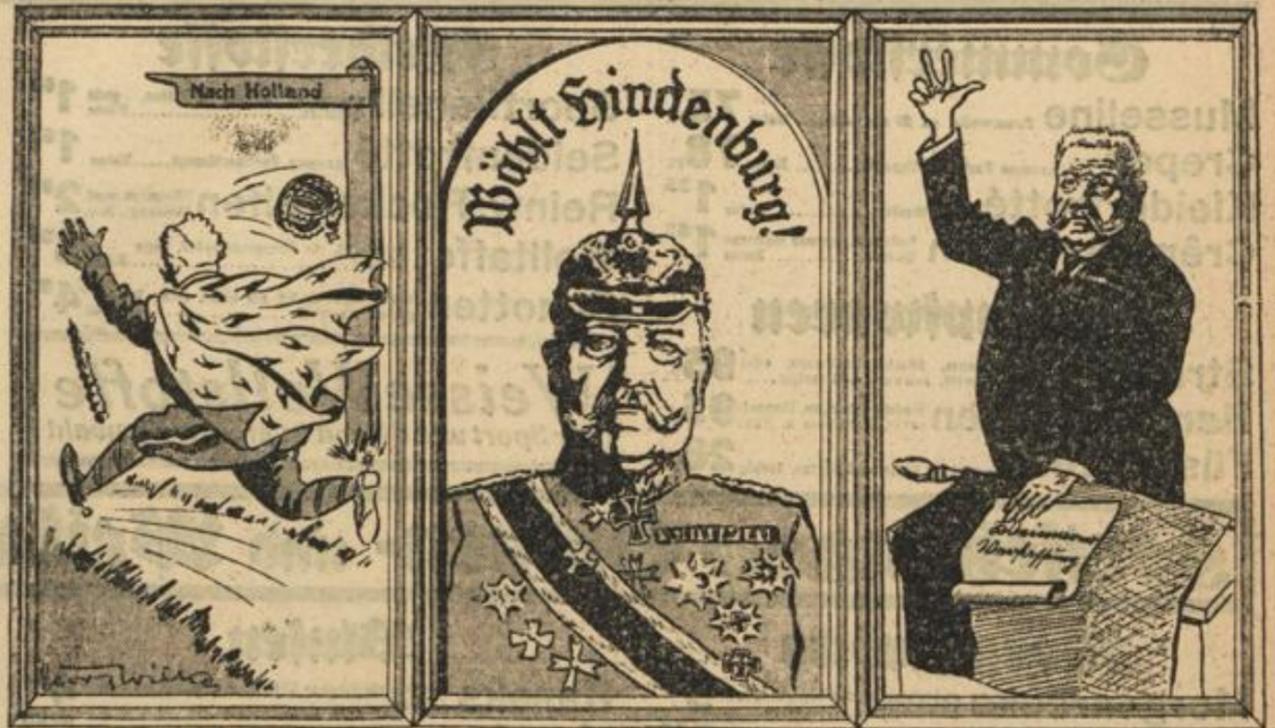
Auch auf der Erde ist nur die feste, flüssige, luftige Außenschale von Leben erfüllt. Wie tief das Leben in die Erdrinde hinabreicht, darüber bestehen erst gelegentliche, aber noch keine geordneten Untersuchungen. Ich selbst habe solche angestellt und habe gefunden (Das Euphon. Untersuchungen über bodenbewohnende Mikroorganismen. 11. Auflage, Stuttgart 1923), daß schon wenige Meter unter der Oberfläche alles Leben erloschen ist. Höhlenbewohner kann man in diesem Sinne nicht als unterirdisch betrachten, weil ja die Höhlen selbst nichts als Einseitungen der Erdoberfläche sind. Das Wasser ist allerdings bis in seine tiefsten Einbruchsbeden mit einer Tiefseeflora und -fauna besiedelt. Auch die Luftfülle ist von fliegenden Wesen aller Art bis in große Höhen besetzt und trägt ein „Luftplankton“ aus Kleinlebewesen mit den Pollatwinden in ständigem Kreislauf um die Erde herum. Wie hoch sich dieses erstreckt, darüber fehlen uns derzeit noch positive Angaben. Ob die Vermutung von Spanghienius, daß einzelne Bakterien durch den Lichtdruck bis in den Welt-raum hinausgerissen werden, zutrifft, darüber besteht gar keine Erfahrung.

In der Erde als Ganzes gemessen ist es also nur eine sehr dünne Ruggelkante, welche von Leben besiedelt ist; demzufolge kann das Leben auf die Erde als Ganzes keinen nennenswerten Einfluß üben. Es ist kaum denkbar, daß es einer der ausschlaggebenden Faktoren des Erdenscheitens ist; dazu sind schon die Lebensmassen zu gering, die Lebensfunktionen zu unbedeutend gegenüber den geophysikalischen Kräften. Dem Weltall gegenüber kann das irdische Leben kaum mehr bedeuten, als ein Atom in unserem Körper. Damit allein ist schon dem luftigen Bau von Einbildungen, die sich der Mensch von seiner Bedeutung im Weltall gemacht hat, der Boden entzogen.

Es ist in diesem Sinn auch überaus lehrreich, sich Klarheit zu verschaffen, welche Rolle der Mensch zunächst als „Lebensmasse“ auch nur im Bereich des irdischen Lebens spielt. Er bezeichnet sich so gern als Herr der Erde und hat ja tatsächlich etwa $\frac{1}{1000}$ ihrer Oberfläche in den Kulturländern umgestaltet. Da aber schon rein geographisch das Meer und die Wüstenteile einen unvergleichlich größeren Antriebsraum bieten, als die Festländer, die zudem zum dritten Teil Wüsten sind, ist dem Leben das Wasser und die Luft als Hauptverbreitungsraum gegeben gewesen. Nun sind aus Gründen, die eine besondere Untersuchung erfordern würden, reine Luftwesen sehr selten. Die Flora und Fauna des Staubs ist nur in einem Lebergangsstadium auf der Reise, und demgemäß auch in einem Keifezustand, nämlich verpackt. Das Süßwasser hingegen ist nur zum geringsten Teil offen und oberirdisch; gut neun Zehntel seiner Masse ist von dem Humusboden der Festländer verschluckt, oder flutet als Grundwasser an der oberen Grenze der wasserundurchlässigen Schichten dahin. Diese Menge ist allerdings sehr bedeutend und man wünschte sich, daß einmal eine zuverlässige Berechnung zustande käme, welche uns ihr Verhältnis zum Meer klarmacht. Beide: der unterirdische Süßwasserzoozon (mit seinen als Fisch und See zuzuge tretenden Ausläufern) und das Weltmeer sind nun reichlich besiedelt. Aber die Fische, Korallen, Tange und Wirseln des Meeres, an die man zunächst denkt, kommen als „Lebensmasse“ gar nicht in Betracht, neben der unzählbaren Menge von Bakterien, Kieselalgen, Radiolarien und Foraminiferen. Die kalten Meere sind von einer solchen mikroskopischen Lebensmenge erfüllt, daß man ihr Quantum höher schätze als das einer gleichgroßen üppig bemachten Wiese. Dagegen kommen als Gesammenge auch die Urwälder der Erde nicht auf.

Im Besonderen ist es eine Gruppe von Lebewesen, die durch ihre Massenhaftigkeit alle Vorstellungen übersteigt. Das sind die Kieselalgen. Ich habe im Humusboden bis zu 60 000 im Kubikzentimeter gefunden, in den kalten Meeren ist ihre Zahl im Plankton nicht geringer.

Sie überragen dadurch an Lebensmasse alle anderen Organismen um ein Vielfaches, sie sind in diesem Sinne die „Herren der Erde“. Alles übrige Leben verschwindet neben ihnen und man müßte, wollte man der Wirklichkeit nahekommen, alle Lebensbegriffe von ihnen als Norm ableiten, die übrigen Lebewesen als die Ausnahmen ansehen.



Alles Vergängliche
Ist nur ein Gleichnis.

Das Unzulängliche,
Hier wird's Ereignis.

Das Unbeschreibliche,
Hier ist's getan!

(Jahrg. II. Teil.)

umso mehr, als die Kieselalgen auch zu den ältesten aller Geschöpfe gehören. Weil wir das nicht tun, sind wir eingetaucht in ein Meer von menschlichen Irrtümern. Jedenfalls, und diese eine Tatsache muß man diesen Irrtümern gegenüber unter allen Umständen verteidigen, bedeutet der Mensch der Lebensmasse gegenüber nur ein Teilchen unter Tausenden und darf unter keinen Umständen als die „Norm des Lebens“ angesehen werden.

Butterblume und Pyramidenpappel.

Die Butterblume, nach den scharfen Auszackungen ihrer Blätter auch Löwenzahn genannt, blüht fast das ganze Jahr hindurch, im Mai aber erscheinen die gelben Köpfchen am massenhaftesten auf Wiesen und Grasplätzen. Wenn sie dann das Füllgranwert ihrer febrigen, reifen Samen als tügelige „Pustblumen“ dem Winde freigeben, haben die Kinder ihre Freude daran, aber auch die Flugschneider und Fallschirmflieger können viel an ihnen lernen. Das eigenartigste Kästel aber bieten die Blüten selbst. Sie sind mit Staubbeutel und Stempel besetzt, aber diese Organe sind hier völlig überflüssig für das Reifen der Samen geworden. Sie reifen ohne ihre Mitwirkung, ohne irgendwelchen sexuellen Vorgang. Schneidet man den oberen Teil noch nicht ausgeblühter Knospen so fort, daß nur die noch unreifen Samen zurückbleiben, so reifen sie dennoch völlig keimfähig aus. Die gleiche Erscheinung hat man allmählich bei immer mehr Pflanzenarten festgestellt. Sie ist deshalb so überraschend, weil man gewohnt war, sexuelle Vermischung von Individuen als eine für den Fortbestand der Art unerlässliche Bedingung anzusehen. Daß das nicht durchweg der Fall ist, beweisen übrigens auch Kartoffel und Banane, die schon seit Jahrhunderten nur auf ungeschlechtlichem Wege durch Knollen und Ableger erhalten werden, ohne irgendwelche Abnahme zu zeigen. Ueberlegt man, daß Knollen und Ableger nicht auf geschlechtlichem Wege entstehen, im

üblichen Sinne daher auch keine „Kinder“, „Enkel“ usw. einer Mutterpflanze sind, so sollte man annehmen, daß mit dem Tode der Mutterpflanze schließlich auch alle ungeschlechtlich aus ihr gezogenen Abkömmlinge absterben müßten. Während das bei Kartoffeln, Bananen und vielen anderen Pflanzen ebensoviele der Fall ist wie bei der Butterblume, gibt es dennoch auch Fälle entgegengelegelter Art, die jene Annahme bestätigen und das Problem noch mehr verwirren. So ist z. B. die einst berühmte, nur durch Ableger vermehrte La-France-Rose nicht mehr in alter Schönheit zu erhalten, sondern im Absterben begriffen. Und Ähnliches geht mit unseren Pyramidenpappeln vor sich, mit denen Napoleon I. seinerzeit die Heeresstraßen bepflanzen ließ, um sie auch im Schneewinter für seine Armeen kenntlich zu machen. Sie sind allesamt aus Ablegern einer einzigen italienischen Pappel entstanden und leiden seit geraumer Zeit an Wipfeldürre, die das schließliche Absterben aller dieser Pappeln voranzreibt!

Vom Mars. Die günstige Gelegenheit einer großen Annäherung des Mars an die Erde, die im Sommer 1924 stattfand, ist gründlich ausgenutzt worden. Zahlreiche genaue Beobachtungen und Lichtbilder wurden gemacht. Die Ergebnisse dieser Forschungen liegen nun vor. Folgendes ist erwähnenswert: die Marsluft spielt eine viel größere Rolle, als man bisher dachte; sie bedingt nicht nur die Farbe des Mars (rötlichgelb), sondern auch die weißen Vulkane. Diese werden durch hochschwebende Wolken hervorgerufen. Die Höhe der Marsluft wird auf 30 Kilometer angegeben (Erde etwa 800 Kilometer). Was die Marsatmosphäre anbelangt, so wurde von ihnen nicht die Spur gesehen, und die Meinung bricht sich mehr Bahn, daß es Marsatmosphäre überhaupt nicht gibt. Es handelt sich da also nur um optische Täuschungen, denen das menschliche Auge so gut wie die photographische Platte bei geringer Vergrößerung aus bestimmten Gründen ausgeht ist.

Sommer auf dem Lande.

Dadelerlebnisse von Soend Fleuron.

Aus des Verfassers Dadelroman „Schnipp Fabelius Abenteuer“, der im Verlag von Eugen Diederichs in Jena herausgegeben ist.

Wenn Nachtigall und Kuckuck in Dänemark eintreffen, hält der Wittsommer seinen Einzug ins Land.

Schon lange vorher war es bloß Frühling, und verheißungsvoll stöhnten die Stare, trillerten die Lerchen; der Ruf der Buchfinken und der Schlag der Droffeln mischte sich in die schmetternden Fanfaren der Schwarzjamseln.

Aber wenn der Mai anbricht und das Laub den Knospen entspricht, dann kommen die vornehmen Sänger mit ihrer Zauberstimme, dann erwärmt sich die Luft, der Hopfen spinnt seinen lurrenden Faden, die Obstbäume treiben Blüten, und die helle Nacht schwingt ihre gedämpfte Riesensackel.

Dann erwachen die Acker! Das Schwarze, Einförmige, Rote ist von ihnen verschwunden, weg sind Schlamm und Morast. Eine Hülle von Grün und Gelb, Blau und Rot ruft das verlorene Erdenparadies ins Leben. Es gibt kein abgegrenztes Morgengrauen mehr, kein gedehntes Sonnenlebewohl; der eine Tagwechsel greift in den anderen über, und die Abendröte reicht dem Morgengold verheißend die Hand.

Dann tut es wohl, die engen Mauern, den Lärm der Stadt zu verlassen und das Land zu umarmen. . . das Pflaster und den Asphalt mit dem Waldmeisterboden des Waldes zu vertauschen, über einen blumenbetränkten, grauweichen Feldpfad durch den Garten Eden zu wandern, den eine gnädige Vorsehung von neuem hervorzubereit.

Das Automobil nähert sich der Villa. . . Schon sieht man die Buchen des Strandwäldchens in ihrem jungen Blätterkleid schimmern, man entdeckt große Büschel perfekten Nießers und den ersten Goldregenstrauch in seinem goldenen Flor, während weiße Gänseblümchen und bernsteingelber Löwenzahn ununterbrochen vorbeigleiten längs der Grabenränder und Wegrabbotten.

Bald erspäht man die wohlgepflegte Hecke, die mit wildem Wein verzierte Garage, die Blutbuche in der Ecke des Gartens und die lange Rottornalle.

„Schau, Schau. . . es ist geflaggt!“ Und vor dem weißgestrichenen Gartentürchen steht Herr Christian, selbst — der Werwölfer des nahegelegenen kleinen Landguts, das der Herrschaft gehört. Ehrerbietig zieht er den Hut, als das Auto einbiegt.

„Guten Tag, Christianen!“ ruft der Herr ausgeräumt. „Wie steht's? Gut? Die Kühe kalben. . . und die Schafe haben Lämmer.“

„Ja, so ist's.“ Christianien lächelt, nickt und heißt die Herrschaft willkommen.

Dann springt man ab und umfängt in einem einzigen Blick die ganze Herrlichkeit: die frischgeputzten, glänzenden Mauern, das hagebuttenrote, glanzfunkelnde Dach, die Erker und Giebel und das Türmchen, von dessen Spitze der drollige, grell vergoldete Teufel sich um seine Stange dreht und dem Winde die Zunge herausstreckt.

Man legt die Mäntel ab, breitet die Arme aus und streckt die Beine wie Hampelmänner; man nimmt die Eindrücke gierig und unmittelbar in sich auf und streift alle Steifheit der Saison von sich ab. . . Nun ist man hier, nun bleibt man hier — und genießt die Glückseligkeit des dänischen Sommers! Heil dem, Heil denen, die hinauskommen, die sich frei machen können. Schnipp, der Glückliche, war unter ihnen!

In der Gartenhecke, die die große Strandvilla umgab, hatte er ein Schlupfloch.

Es führte auf ein offenes, grasreiches Feld hinaus, einen noch unbenutzten Bauplatz.

Dort wimmelte es von äußerst interessanten Dingen: Spähen und Schwärmen, Schmetterlingen und Bienen.

Dort fand er auch eine Menge kleinerer Wöcher im Erdboden, die in seinen Pfoten ein arges Grabstieber wackten. So ein wirkliches kleines Mäuseloch war ein rechtes Wunder für ihn. Besonders ein Loch fesselte seine Aufmerksamkeit lange und erregte seine Neugier und sein Interesse.

Minute auf Minute stand er oft davor, mit starkgezuckelter Stirn und aufgeschlachten Ohren; seine Pfoten, die mitten in das Loch gesteckt waren, hatten ganz aufgehört zu graben. Hier war eine fürchterlich schwere Aufgabe für ihn. Er war wie ein Karussell rings um das Loch herumgejagt, sich dabei um seine spitze Schnauze drehend, die er hinabhielt wie einen Zapfen, und die ganz warm und verzerrt war. Er hatte das Loch mit den Zähnen aufgedrückt, und das war ihm ebenso schwer geworden wie einer ungeübten Hand das Deckeln einer Dose Sardinen; aber er kam und kam nicht weiter. Nun war er eine ganze Schnauzenlänge tief hinabgelangt — und siehe da, die Röhre machte eine Biegung. Er grub weiter. Schau, da kam wieder eine Biegung. . . so ein armer, unerfahrener Autohund wie Schnipp mußte schier verzweifeln.

Na, schließlich gelangte er doch auf den Grund und stand plötzlich Nase an Nase vor einer seiten, runzligen Kröte. Sie sah da und rülpfte in einem fort. Durch viele feine Öffnungen der Haut schwappte sie eine klebrige Flüssigkeit aus. . . Schnipps Beine wurden steif, und seine Rute klappte empor; die Kröte kniff vor Schreck die Augen zu. Dann berodete Schnipp sie, und er mußte niesen — so eifrig toll war sie.

Ganze Tage lang konnte er sich hier auf dem Felde herumtreiben.

Des Morgens leckte er Tau und froh Gras; er packte ganze Büschel und kaut sie, wie wenn es Knochen wären. Das half so schön, wenn er sich überfressen hatte.

Dann tummelte er sich lustig und streckte die Pfoten — und jedesmal, wenn er an einen der Daunenballons der zahlreichen Gaudyfliegen vorüberschlüpfte, die schmeichelnd den Hals vorredeten, um ihre Samen loszuwerden, wälzte er sich zwischen ihnen herum und rieb sich den Nacken, alle Biere in die Luft streckend. Schmetterlinge umschwebten ihn, und einer der zuletzt geborenen und ganz unerfahrenen verwechelte seine wippende Schwanzspitze mit einer Kaprijoite; er ließ sich darauf nieder. Da erstarnte Schnipp, seine Augen stierten wie auf Stielen; er versuchte einen Garnelenhopfer — und war ebenso erlitten wie der Schmetterling.

Zuf einmal hörte er alle die kleinen Vögel in der Hecke fürchterlich schreien und freischen.

„Pink, pink!“ riefen die Buchfinken in einem fort, und sie und die Spähen scharten sich dicht zusammen.

Schnipp mußte hin.

Die Hecke war blank-grün wie das Gras des Feldes; sie trug ihr Frühlingkleid; aber drinnen entdeckte Schnipp schließlich den Urheber der Aufregung der Vögel. Es war eine kleine Hornheule, die ihrer Gemütsstimmung durch ihre Hörner Ausdruck verlieh. Bald leate sie sie zurück und ließ den Jörn ahnen, bald spitzte sie sie zu, sobald nämlich ihre Neugier die Oberhand gewann und sie näher erforschen wollte, wer in ihr Versteck einbrach. Aber die Aminen führen fort, als wollten sie Schnipp anfeuern: „So war's recht, drauf, pack' sie, schmeiß sie raus!“

Schnipp ließ die wohlgemeinte Aufmunterung nicht unbeachtet; er gebärdete sich wie rasend, bläffte, grölte und machte ungeheuerliche Luftsprünge.

Aber als der Lärm rührte die Gule nicht.

Sie war gutmütig und sah dem Rosio Fabelius auch einen Meter zu hoch. In der Mittagshöhe aber hatte er mehr Glück; er bekam den Flügel einer Biene zu fassen.

Bis, summe die Biene und gab durch diesen Laut zu erkennen, wie sehr es sie ärgerte daß sie gefangen war.

Schnipp verstand sie nicht; er hatte ein Ohr für das Buh und Toff-töff der Automobilhupe; den Zuruf Bis dagegen kannte er nicht.

Nun wurde der Bis-Laut schärfer; die Geduld des Brummers ging zu Ende.

Aber Schnipp hielt natürlich trotzdem fest.

Da erfuhr er im Nu und für das ganze Leben, was für ein mächtiges Ding eine kleine Biene ist. . . Nach ihrem fürchterlichen Stich rannte er in seinem Drang nach Kühlung mit seiner wunden Schnauze so hart gegen einen Stein, daß er es bis in die Schwanzspitze hin spürte.

(Fortsetzung folgt.)

